

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Rechte Gewalt in den 1990er Jahren

Christian Bangel

#BASEBALLSCHLÄGERJAHRE

Fabian Virchow

RECHTE GEWALT
IN DEUTSCHLAND
NACH 1945

Janosch Steuwer · Till Kössler
DEUTSCHER HERBST 1991

Massimo Perinelli
UMKÄMPFTES ERINNERN

Franka Maubach

MÖLLN, SOLINGEN UND
DIE LANGE GESCHICHTE
DES RASSISMUS IN DER
BUNDESREPUBLIK

Raj Kollmorgen

RADIKALE RECHTE ALS
OSTDEUTSCHES PROBLEM?

Lucia Bruns

JUNG, MÄNNLICH,
OSTDEUTSCH, GEWALTÄTIG?

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

Rechte Gewalt in den 1990er Jahren

APuZ 49–50/2022

CHRISTIAN BANGEL

#BASEBALLSCHLÄGERJAHRE

„Ihr Zeugen der Baseballschlägerjahre. Redet und schreibt von den Neunzigern und Nullern. It's about time.“ Mit diesem Tweet aus dem Herbst 2019 wurde das Hashtag „Baseballschlägerjahre“ zu einem Archiv lebensweltlicher Erzählungen aus einer Zeit, die weit ins Heute reicht.

Seite 04–09

FABIAN VIRCHOW

RECHTE GEWALT IN DEUTSCHLAND

NACH 1945

Die rechte Gewalt der 1990er Jahre zeichnet sich durch mehrere Besonderheiten aus: Sie wurde zu einem Massenphänomen, sie blieb relativ wenig sanktioniert, und sie zielte zumindest in einigen Regionen Ostdeutschlands darauf, den öffentlichen Raum zu kontrollieren.

Seite 10–14

JANOSCH STEUWER · TILL KÖSSLER

DEUTSCHER HERBST 1991

Durchlebte die Bundesrepublik mit der Welle rechter Gewalt 1991 nach dem RAF-Terror von 1977 einen zweiten „Deutschen Herbst“? Die Diskussion dieser Frage birgt Potenzial für die Auseinandersetzung mit der rechten Gewalt der frühen 1990er Jahre heute.

Seite 15–20

MASSIMO PERINELLI

UMKÄMPFTES ERINNERN

Die Perspektive der Betroffenen von rassistischer Gewalt und strukturellem Rassismus blieb im vorherrschenden Narrativ zur deutschen Einheit lange außen vor. Zugleich verstellte der Fokus auf rechte Gewalt den Blick auf Einwanderung als soziale Gesellschaftsgeschichte.

Seite 21–26

FRANKA MAUBACH

**MÖLLN, SOLINGEN UND DIE LANGE
GESCHICHTE DES RASSISMUS
IN DER BUNDESREPUBLIK**

Die Bilder der ausgebrannten Häuser in Mölln und Solingen zählen zu den ikonischen Zeugnissen der „Baseballschlägerjahre“. Die Gewaltform des Brandanschlags auf die Wohnhäuser türkischer Familien hat eine historische Genese, die in die alte Bundesrepublik zurückführt.

Seite 27–32

RAJ KOLLMORGEN

**RADIKALE RECHTE ALS OSTDEUTSCHES
PROBLEM?**

Die radikale Rechte in den ostdeutschen Bundesländern ist eigentümlich und ohne Reflexion ihres historischen Gewordenseins nicht zu verstehen. Macht das den Rechtsradikalismus in der heutigen Bundesrepublik zu einem ausschließlich oder vor allem ostdeutschen Problem?

Seite 33–38

LUCIA BRUNS

**JUNG, MÄNNLICH, OSTDEUTSCH,
GEWALTÄTIG?**

Als Reaktion auf den Anstieg rechter Gewalt widmen sich in den 1990er Jahren sozialpädagogische Programme Jugendlichen in Ostdeutschland. Die Debatte um Zielgruppe, Wirkung und Passgenauigkeit der Maßnahmen gegen jugendlichen Rechtsextremismus hält bis heute an.

Seite 39–45

EDITORIAL

Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln und Solingen – die Ortsnamen stehen für die Welle rechter Gewalt, die zu Beginn der 1990er Jahre das frisch vereinte Deutschland prägte. Sie symbolisieren einen sich entladenden Hass auf Eingewanderte, Geflüchtete und vermeintlich „Andere“, dem Behörden und Politik wenig entgegenzusetzen wussten und der sich abseits tagelanger Pogrome und nächtlicher Brandanschläge vor allem in Ostdeutschland in einer alltäglichen, von einer rechten Jugendkultur getragenen Straßengewalt niederschlug. Diese Zeit, in der sich auch das mordende Trio des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ formierte, wird heute als „Baseballschlägerjahre“ bezeichnet.

Drei Jahrzehnte später rückt dieses Kapitel der deutschen Geschichte in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit. Die Retrospektive auf die rechte Gewalt und ihre zeitgenössische Rezeption macht Nuancen im Bild der Jahre nach „Friedlicher Revolution“ und „Wiedervereinigung“ sichtbar: Der Blick ruht nicht mehr nur auf der Beziehung zwischen Ost und West und dem Transformationsprozess in Ostdeutschland, sondern richtet sich verstärkt auch auf die Geschichte von Einwanderung und Rassismus in beiden deutschen Staaten und auf die Verhandlung gesellschaftlicher Vielfalt im vereinten Land.

Damit öffnet sich der Diskurs für die lange vernachlässigte Perspektive der Betroffenen von rechter Gewalt. In einer postmigrantischen Gesellschaft gilt es, ihre Erfahrungen insbesondere hinsichtlich des behördlichen und gesellschaftlichen Umgangs mit ihren Verletzungen, Verlusten und Traumata systematisch aufzuarbeiten und angemessen an sie zu erinnern – und zwar über die 1990er Jahre hinaus. Denn seit 1990 wurden laut Bundeskriminalamt über 100, nach Angaben von NGOs sogar über 200 Menschen von Rechtsextremen getötet, und weitere Ortsnamen sind ins kollektive Gedächtnis eingegangen, darunter Kassel, Halle an der Saale und Hanau.

Anne-Sophie Friedel

ESSAY

#BASEBALLSCHLÄGERJAHRE

Ein Hashtag und seine Geschichten

Christian Bangel

Es begann im Oktober 2019, in jenen Tagen, als die Friedliche Revolution sich zum 30. Mal jährte, aber kaum jemand so richtig feiern mochte. Nur wenige Wochen zuvor hatte ein Attentäter in Halle versucht, die etwa 80 Besucher einer Synagoge zu töten. Im Juni war der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke in seinem Haus von einem Neonazi erschossen worden. Bald würde ein Rechtsextremer in Hanau neun Menschen umbringen. Die AfD wuchs währenddessen immer weiter, in Sachsen holte sie 27,5 Prozent, und auch im Westen ging es für sie stetig bergauf. Die große Frage lautete: Woher kommt plötzlich wieder diese rechte Gewalt?

In diesen Tagen zeigten Hunderte, Tausende Menschen, dass schon diese Frage falsch gestellt war. Sie taten es im digitalen Raum, bei Twitter, unter einem Tweet, den zufällig ich verfasst hatte.

Ihr Zeugen der Baseballschlägerjahre. Redet und schreibt von den Neunzigern und Nullern. It's about time.

Mit diesen Worten hatte ich einen Zeitungsartikel des Rappers Testo alias Hendrik Bolz geteilt, der darin die rechte Straßenkultur im Stralsund seiner Jugend beschrieb.⁰¹ Ich war berührt davon, weil diese Erinnerungen ziemlich genau meinen aus den 1990er Jahren entsprachen: Faschos in Bomberjacken überall, an der Supermarktkasse, in der Familie, im Freundeskreis.

Und dann geschah etwas Erstaunliches. Im Minutenabstand antworteten mir Menschen mit ihren eigenen Erinnerungen. Sie beschrieben die rechte Gewalt, die sie in ihrer Jugend oder Adoleszenz erlebt hatten. Die Tweets führten in die Nachwendzeit, sie führten auf Parkplätze, in Freibäder, auf Schulhöfe. Sie erzählten von Überfällen auf öffentlichen Toiletten, von Gaspistolen an Schläfen, von Adrenalin und Todesangst, aber auch von einer Alltäglichkeit der Gewalt, von einem fast routinierten Umgang mit tödlicher Gefahr. Mit jedem dieser 280-Zeichen-Berichte

wurde deutlicher, dass es hier nicht nur um vereinzelte traumatische Erlebnisse ging, sondern um eine Generationenerfahrung.⁰²

TRIGGERWARNUNG

Wenn ich auf das Hashtag und die Reaktionen darauf zurückblicke, sollte ich vorher anmerken, dass ich zu dem Thema weder wissenschaftlich noch journalistisch vollständige Distanz halten kann. Mehr als 20 Jahre ist es her, dass ich selbst das letzte Mal in Todesangst vor Rechten weggerannt bin. Ich habe dieses Gefühl seitdem sehr tief in mir vergraben, aber manchmal kommt es an die Oberfläche. All diese Tweets schildern rassistische, homophobe, ideologisierte und teils entgrenzte Gewalt und können Menschen, die das betraf und betrifft, retraumatisieren und wieder in diese Welt aus Panik und Einsamkeit zurückwerfen.

Ich halte es bis heute nicht gut aus, diese Tweets zu lesen. Auch deswegen bin ich dankbar, dass es Friedemann Schwenzer in seiner Masterarbeit getan hat, in der er anhand des Hashtags Erinnerungen an rechte Gewalt in der DDR und Wendezeit untersucht. Einige der strukturellen Aussagen, die ich hier treffe, und der hier gezeigten Tweets stammen aus seiner Arbeit.⁰³

RÜCKLAUF

Etwa 2700 Antworten kamen innerhalb der ersten zehn Tage zusammen. Mehr als 400 davon berichteten konkret und anekdotisch über eigene Erlebnisse.⁰⁴ Binnen kürzester Zeit wurde das Hashtag zu einer digitalen Kiste voller grauenvoller, schwarzer Erinnerungen. Noch heute steht sie da und lässt sich nutzen als ein Archiv lebensweltlicher Niederschriften einer Zeit, die weit ins Heute reicht.

Wer die Menschen sind, die unter dem Hashtag ihre Erlebnisse posteten, wissen wir nur annäherungsweise, und verifiziert sind ihre Geschichten nicht. Twitter ermöglicht die anonymisierte Re-

gistrierung, sodass uns keine strukturierten Daten über Alter, Geschlecht, Herkunft und Bildungsgrad der Nutzer vorliegen. Obgleich auch erschütternde Berichte aus dem Westen darunter sind, spielen die meisten Berichte im Osten. Den Selbstzuschreibungen zufolge stammen sie häufig aus der sogenannten Dritten Generation Ostdeutschland, also jener Generation der zwischen 1975 und 1985 Geborenen, die ihre Teenagerzeit in den 1990er und 2000er Jahren erlebten. In dieser Zeit spielen auch die allermeisten Schilderungen. Viele beschreiben sich als dem nicht-rechten Spektrum zugehörig, also jener breiten Palette an alternativen Jugendkulturen aus Gothic, Metal, Punk, HipHop, Skate und anderen Independent-Kulturen, die sich im Osten der 1990er oft notgedrungen zusammenfanden.

Zu dieser Mischszene gehörte auch ich. Ich lebte als alternativer Teenager in den 1990er Jahren in Frankfurt an der Oder, das, begünstigt durch seine Lage an der damaligen EU-Außengrenze und eine vielfältige und gewaltaffine Neonaziszene, ein aktiver Schauplatz rechter Subkultur und Straßengewalt war. Das, was in den Tweets beschrieben ist, habe ich entweder so ähnlich erlebt, oder ich hatte Kenntnis von Vergleichbarem.

ALLTÄGLICHE GEWALT

Von einer Horde Skins mit Baseballschlägern quer durch die Stadt gejagt worden, weil mein buntes Techno-Outfit mich in ihren Augen zur „schwulen Zecke“ machte.

1994, mit 13 Jahren ist mir das erste Mal bewusst geworden, wie gefährlich Faschos sind, als ca. 30 Glatzen mit Baseballschlägern vor dem Nachbarhaus standen und jemanden suchten. Ich stand

01 Vgl. Hendrik Bolz, „Sieg-Heil-Rufe wiegten mich in den Schlaf“. Jugend im Osten, in: Der Freitag 41/2019, S. 21.

02 Es gab vor und nach diesem Tweet Menschen, die die ostdeutsche Nachwendezeit und ihre rechten Gewaltexzesse aus der Sicht ihrer Opfer und Betroffenen thematisierten. Es gibt Daniel Schulz und Testo, Manja Präkels, Katharina Warda und viele andere. Es hatte auch zuvor schon Peter Richter, Clemens Meyer und Ingo Hasselbach gegeben. Heute gibt es unzählige andere – und aktuellere – Zeugnisse dieses Lebensgefühls als ostdeutscher Teenager, wie etwa das Buch „Unter Nazis“ von Jakob Springfield, der die Präsenz rechter Gewalt im heutigen Zwickau beschreibt. Über all diese Entwicklungen im Westen schrieb Norbert Frei in seinem Buch „Zur rechten Zeit“.

03 Vgl. Friedemann Schwenzer, #baseballschlägerjahre. Ostdeutschland erinnern, Masterarbeit, Universität Potsdam 2021.

04 Vgl. ebd.

zu Hause am Fenster hinter der Küchengardine. Meine Mutter zog (...) mich weg und sagte mir, dass uns das nichts angeht.

Ende der 90er, Provinz in Ostthüringen. Man fährt mit 16 mit'n Moped hin, wo irgendwas los is. Irgend nen Dorffest, irgendwann kamen immer die Nazis übernehmen erst Bierstand, dann den Rest des Festes. Erst Onkelz, dann Landser. Bloss rechtzeitig weg. #baseballschlägerjahre

Ich erinnere mich, dass es in den 1990er-Jahren in Sachsen-Anhalt immer opportun war, sich nachts beim Tanken zu beeilen – wegen der lungernden Springerstiefel. Das konnte ich aus dem Münsterland nicht.

Was die unter dem Hashtag geschilderte rechte Gewalt so abhebt von anderen generationellen Gewalterfahrungen, ist ihre Verbreitung und ihre Alltäglichkeit, vor allem im Osten. Dort musste man nicht an einen falschen Ort gehen, um Opfer dieser Gewalt zu werden, es konnte buchstäblich überall geschehen – besonders, wenn man Neonazis optisch auffiel. Dabei genügte es, von den Rechten als dem alternativen Spektrum zugehörig gelesen zu werden. „Zecke“ konnte im Zweifel jeder sein, der dem rechten Dress- und Stylecode widersprach. An einem Tag kam man mit seinem Aussehen durch, an anderen nicht. Das Ergebnis war eine ständig in der Luft liegende Gewaltmöglichkeit, die auch wegen ihrer vollkommenen Willkür teils alptraumhaft wirkte.

Die übergeordnete strategische Funktion dieser Gewalt war es, Machtansprüche an Straßen, Stadtteilen oder ganzen Gemeinden abzusichern. Wer mehr darüber wissen mag, sollte das Wort „Viersäulenkonzept“ googeln. Im Alltag aber begegnete einem diese Gewalt als entgrenzt und ideologisiert. Sie war nicht auf materielle Güter aus, sondern von dem Willen zur Vernichtung angetrieben. Es ging darum, Menschen zu vertreiben oder gar auszulöschen.

BLINDE FLECKEN

Die Nazis, die einen Obdachlosen mit dem Moped totgefahren haben. Direkt im Hausdurchgang nebenan. #baseballschlägerjahre

#baseballschlägerjahre Wenn deine schwarze Freundin auf dem Weg in den Kindergarten an-

gespuckt wird. Und scheinbar niemand sich daran stört, weil es „ganz normal“ ist.

Schmerzhaft fehlen in den Berichten zwei bedeutsame Betroffenenengruppen, nämlich einerseits Schwarze Menschen und People of Color, andererseits Obdachlose und andere sozial Benachteiligte, die den Statistiken zufolge sehr häufig dem Neonazi-Terror zum Opfer fielen. Dadurch sind die Aspekte des Rassismus und des Sozialdarwinismus in den Schilderungen weitgehend ausgeklammert beziehungsweise nur als Zeugenerzählung vertreten. Glücklicherweise melden sich inzwischen auch immer mehr ostdeutsche Schwarze und People of Color zu Wort, sowohl um ihre Sicht auf die Baseballschlägerjahre einzubringen als auch um den aktuellen Rassismus im Osten zu benennen.⁰⁵

Weißén, nicht-obdachlosen Menschen, die von Nazigewalt betroffen waren, blieb zumindest theoretisch immer die Option des Abtauchens, der Anpassung oder sogar der taktischen Kollaboration mit den Rechten – Schwarzen, People of Color und Obdachlosen waren diese Wege verschlossen. Sie waren der Gewalt vollkommen ausgeliefert. Noch heute schildern viele von Rassismus Betroffene, die im ländlichen oder kleinstädtischen Osten leben, dass sie in den Abendstunden nicht allein auf die Straße gehen. Manche meiden den ländlichen Raum noch immer, selbst für Sonntagsausflüge.

DESINTERESSE UND SYMPATHIE

Wir waren mit dem täglichen Problem allein. Ich bin zum ersten Mal verprügelt worden, da war ich 14. Das war 1991. Die Reaktion war: „Na Kind, dann geh da halt nicht mehr hin.“ Also mussten wir uns selbst helfen. #baseballschlaegerjahre

Wie die Nazis damals, Ende der 90er, an unserem Haus vorbei kamen bei einem Aufmarsch und nicht mal meine Großeltern (Kriegsgeneration) irgendetwas dazu gesagt haben. Nur Schweigen. Ignoranz. Bagatellisierung. #baseballschlaegerjahre

Erfurt Mitte der 90er. Zeit lang haben Nazis jeden Tag vor Schultor gewartet und einen von uns

abgefangen. Kamen manchmal auch während des Unterrichts in die Klasse, schnell zugeschlagen, wieder gegangen. Lehrer haben nie etwas gemacht. Hatten genauso Angst wie wir.

Plauen 90er, gab einen Jugendclub „Schuldenberg“. Dieser wurde regelmäßig von Nazis überfallen. Alles komplett zerlegt, mehrere Verletzte. Polizei blieb untätig, da in #Plauen keine #Naziszene. Irgendwann stellte sich heraus: Anführer der #Nazis war Sohn des Plauener Polizeichefs

Chemnitz in den 90ern: Wenn Rummel/Jahrmarkt war sollte man dieses Gebiet meiden. Ich erinnere mich an viele Situationen. Wenn man dann die Polizei um Hilfe gebeten hat kamen Aussagen wie: „Wir haben gerade keine Streifenwagen da, da müßt ihr rennen.“ Und es waren (Streifenwagen) da.

Von Nazis im Zug „aus Spaß“ Waffe an den Kopf gehalten bekommen. Freund wurde wegen langer Haare zusammengeschlagen, Polizei meinte nur, er hätte mit der Frisur ja provoziert.

Die Gewalt traf auf eine mit dem ökonomischen Überleben beschäftigte gesellschaftliche Mitte, die den Rechten kaum zivilgesellschaftlichen Widerstand entgegensetzte. Wie wenig Schutz Betroffene von den Eltern, Lehrern, Schuldirektoren, öffentlichen Autoritäten erfuhren, zeigt sich in den Tweets. Das weit verbreitete Desinteresse oder sogar die klammheimliche Sympathie wirkte sich auch auf die Politik aus. Besonders Anfang der 1990er Jahre, als in Ost und West die Geflüchtetenunterkünfte brannten, war die Tendenz sichtbar, solche Gewalttaten als „Volkes Wille“ zu deuten und die Betroffenen noch durch Abschiebung oder andere Sanktionierungen zu strafen. Das wohl eindringlichste Beispiel für das Zurückweichen der Politik vor der rechten Gewalt ist der sogenannte Asylkompromiss im Gefolge des Pogroms von Rostock-Lichtenhagen.

Zur Realität der frühen 1990er gehört besonders im Osten zudem eine strukturell überforderte, unterausgestattete und teils auch desinteressierte Polizei, die den rechten Gewalttätern keine Gefahr war. Während einzelne Fälle bundesweite Aufmerksamkeit erlangten, etwa die Tötungen Amadeu Antonio Kiowas in Eberswalde im Dezember 1990 oder Torsten Lamprechts in Magdeburg im Mai 1992, als die Polizei nicht bezie-

⁰⁵ Siehe zum Beispiel das Projekt „MigOst. Ostdeutsche Migrationsgesellschaft selbst erzählen“: www.damost.de/projekte/migost/ueber-das-projekt.

hungsweise sehr spät eingriff, zeugen die Berichte unter dem Hashtag davon, wie alltäglich polizeiliche Abwesenheit war. Insbesondere im Osten war dies fatal, denn für viele rechte Gewalttäter war das Zurückweichen und Gewährenlassen der Sicherheitsbehörden – und mit ihnen weitere Teile der gesellschaftlichen Mitte – eine bis heute prägende Erfahrung. Sie lernten: Wenn wir etwas wollen, dann müssen wir zuschlagen. Dieses Lernwissen spricht auch noch fast drei Jahrzehnte später aus den gewaltsamen Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen.

UMGANGSSTRATEGIEN

Aus meiner Jugend auf Rügen, um die Jahrtausendwende. Schon mit 10 oder 11 war es selbstverständlich, Fluchtpläne zu haben für Orte, wo man lang musste und bekannt war, dass Nazis dort rumbhängen. Falls die einem auf die Fresse hauen wollen. #baseballschlägerjahre

Du wechselst an der Umsteigehaltestelle vom Nachtbus die Klamotten, damit sie Dich nicht gleich auf den ersten Blick erkennen (...).

Bin jahrelang nachts immer mit dem Fahrrad gefahren, um schneller abhauen zu können. #baseballschlägerjahre

Als in den frühen 90ern hinter der Erfurter Krämerbrücke div. Subkulturen schon aus Selbstschutz gemeinsam den Sommer verbrachten, gab es Radpatrouillen zum nahen Nazitreff.

Wir spielten '92 im besetzten Haus Zwickau. Man klingelte, im 2. Stock öffnete sich ein Fenster. Wenn alles save war, öffnete sich die gepanzerte Tür. Auf dem Dach stand ein 20l Weinballon, Molotowcocktail. Bei massiven Angriff wäre der gekippt worden. #baseballschlägerjahre

Schönstes Nazi-Erlebnis war aufm Zeltplatz. Glatzen hatten schon paar Stunden Leute terrorisiert. Kumpel kam, dessen Bruder Eishockey spielte. Rief an. 30min später gingen ein Dutzend Erfurter Eishockey-Spieler auf Nazi-Jagd. Rest des Zelt-Urlaubs war sehr entspannt.

Silvester in Guben war am schlimmsten, wenn mensch bunte Haare hatte, Punk war oder nicht ins Bild passte. Habe mit 14 angefangen Karate zu

trainieren und war immer mindestens mit Reizgas bewaffnet – hatte einfach Angst und Glück: mir ist nie etwas passiert, aber vielen Freunden.

1996, nach Ende der Ausbildung und mit Jobangebot in einer Großstadt bin ich dann aus meinem Dorf im Erzgebirge/Sachsen weggezogen – hab's einfach nicht mehr ausgehalten. #baseballschlägerjahre

Viele Tweets verweisen auf Copingstrategien der Tarnung und des Abtauchens, der Schleichwege und Meldekettens, die angesichts dieser Gewalt entstanden. Aber auch Strategien der Gegengewalt kommen zur Sprache.

LANGZEITPRÄGUNGEN

Noch immer mustere ich aufmerksam jede grölende Männergruppe, die irgendwo steht und checke das Gefahrenpotential. Wer nicht aufmerksam ist, kassiert leicht mal – sowas vergisst man nicht wieder. #baseballschlägerjahre

Aufgrund mehrfacher #Nazi-Übergriffe in öffentlichen Verkehrsmitteln benutze ich diese bis heute kaum. Bis heute fährt die Angst mit. Mich haben die #baseballschlägerjahre nachhaltig geprägt.

Ich war 16 (1994) und mit einer Gruppe jüngerer Kinder im Thüringer Wald zelten. Nachts kamen die Skins, um unseren Teil des Campingplatzes ‚aufzumischen‘. Der Platzwart schloss sich ein. Wir versteckten uns im tiefen Wald. Nachts. So viel Angst hatte ich nie wieder.

Wer Jahre und Jahrzehnte alltäglich drohender rechter Straßengewalt ausgesetzt war und dabei die alptraumhafte Erfahrung einer daran desinteressierten gesellschaftlichen Mitte gemacht hat, hat oft auch psychische Narben aus dieser Zeit mitgenommen. Mir bleibt bis heute ein schwer zu fassendes Grundgefühl der Angst erhalten, eine Unsicherheit bis hin zur Panik in Situationen, die anderen völlig normal erscheinen. Auch unter dem Hashtag finden wir Beschreibungen solch ungewollt erlernter Wahrnehmungsweisen.

KEIN ABGESCHLOSSENES KAPITEL

Die Tweets unter #baseballschlägerjahre sind das bedrückende Abbild einer generationellen Teiler-

fahrung, die – darauf deuten auch die medialen Reaktionen hin – bis dato offenkundig nicht in den gesamtdeutschen Kanon Eingang gefunden hatte. Es war für viele nach 30 Jahren immer noch etwas Neues, die Alltagspraxis rechts-extremer Hegemonie geschildert zu bekommen. Das ist bemerkenswert, weil die Gewaltfähigkeit und die Präsenz der rechtsextremen Straßenkultur im Osten auch schon Anfang der 1990er Jahre im Westen bekannt gewesen war. Sie war zu Zeiten von Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen zu einem Thema von Nachrichten, Reportagen und Dokumentationen geworden. Sie war filmisch und literarisch verarbeitet und fast schon zu einem Klischee von Ostdeutschland geronnen. Doch offensichtlich existierte die Erzählung vom rechten Osten nur als Bild eines tumben, rückständigen Täters. Dass der rechte und rassistische Terror im Osten auch Opfer hatte, dass er vor allem dort Menschen traumatisierte, das war hingegen offenkundig kaum angekommen – übrigens auch nicht bei jenen Journalisten und Politikern, die die Verankerung der extremen Rechten und ihrer Diskurse im Osten heute noch als historisch gewachsenen Konservatismus missdeuten.

Gleichzeitig konterkarierten die Baseballschlägerjahre auch das ostdeutsche Gegenarrativ. Seit der Wiedervereinigung hält sich die – vor allem ostdeutsche – Behauptung, die Ostdeutschen sollten durch eine Stigmatisierung als „rechts“ erniedrigt werden, es solle letztlich ihre gleichberechtigte Teilhabe an gesamtdeutschen Debatten verhindert werden, indem ihnen eine demokratische Rückständigkeit unterstellt werde. Dieser Verdacht wird inzwischen sogar von manchen ostdeutschen Linksliberalen vorgetragen. So wird die Beobachtung und Thematisierung der extremen Rechten wieder zunehmend politisiert und zum Ausdruck einer linken oder „westdeutschen“ Agenda umgedeutet.⁰⁶

Eine Zeitlang, zwischen dem langsamen Verschwinden der Skinhead-Kultur Anfang der 2000er und dem Aufkommen der flüchtlings- und islamfeindlichen Proteste Mitte der 2010er Jahre, konnte man, wenn man nicht genau hinschaute, tatsächlich glauben, die Baseballschlägerjahre seien ein düsteres, aber abgeschlossenes Kapitel der Wiedervereinigung. Heute kann es keinen Zweifel mehr daran geben, dass sich die Zustände mancherorts sogar noch verfinstert haben.

⁰⁶ Vgl. Schwenzer (Anm. 3).

Ja, es gibt ostdeutsche Städte, die es geschafft haben, nicht nur rechte Strukturen in unterschiedlichem Maße zurückzudrängen, sondern auch eine Atmosphäre zu kreieren, in der die gesellschaftliche Mitte gegen Rassismus und rechte Gewalt vorgeht: Leipzig, Jena, Rostock, auch meine Heimatstadt Frankfurt an der Oder und viele andere. An anderen Orten aber brennen wieder die Geflüchtetenunterkünfte und alternativen Jugendzentren. In vielen Mittel- und Kleinstädten und Dörfern bestehen wieder – oder immer noch – Angsträume auf den Straßen. Hinzu kommen heute soziale Netzwerke und Messengerdienste als Hassverstärker. Viele Politiker, die sich gegen rechten Hass wehren, erleben regelmäßig Drohungen und physische Attacken. Journalisten, Alternative, People of Color und Schwarze müssen vor allem bei Demonstrationen gegen Geflüchtete, Corona-Maßnahmen und Russlandsanktionen um ihre körperliche Unversehrtheit fürchten. Ein Mehrgenerationen-Rechtsextremismus marschiert zusammen mit einer wütenden ostdeutschen Bürgerlichkeit, der es letztlich komplett egal ist, wer da mit ihr zum Sturz des Systems aufruft. Die Baseballschlägerjahre sind nicht vorbei, im Gegenteil. In manchen ländlichen Räumen haben sich mehr oder minder alle Handlungsstränge dieser Zeit verstärkt.

So sind die allermeisten Täter und Mitläufer von damals mittlerweile in ihren Vierzigern und Fünfzigern, weder verschwunden noch bereuen sie. „Die Bomberjacken-Skinheads und ‚Reenies‘ der 1990er-Jahre sind heute fast wieder wirkende Eltern, die im Alltag wenig auffallen, aber ihre Kinder zu asylbewerber:innenfeindlichen Demonstrationen oder ‚Spaziergängen‘ gegen die angebliche ‚Corona-Diktatur‘ mitnehmen – oder in der lokalen Nachbarschaftsgruppe auf Facebook oder auf Instagram mit Shirts von Rechtsrock-Bands posieren, wahlweise Katzenbilder oder rassistische Slogans posten.“⁰⁷

Betroffene der Baseballschlägerjahre, die oft auch wegen dieses Terrors ihre Heimat verlassen haben, müssen immer wieder feststellen, dass es an vielen dieser Orte kaum eine Auseinanderset-

⁰⁷ Axel Salheiser/Matthias Quent, Rechtsextremismus zwischen Normalisierung und Konfrontation: Befunde aus Eisenach, in: Daniel Mullis/Judith Miggelbrink (Hrsg.), Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen, Bielefeld 2022, S. 165–182, hier S. 165. Mit „Reenies“, auch „Renees“, sind rechte Skinhead-Frauen gemeint (Anm. d. Red.).

zung mit dieser Vergangenheit gegeben hat. Als hätte es all die Schläge und Schläger nie gegeben. Als sei aus dieser Straßen-Nazikultur nicht auch Terrorismus wie der des NSU entstanden. Was geblieben ist, ist der Unwille vieler Bürgermeister und Landräte, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Auch ich bekomme in meiner Arbeit als Journalist noch heute von manchen ostdeutschen Politikern und Journalisten zu hören, dass ich den Osten schlechtschreiben würde. Doch solange die Mitte diese Traumata nicht sieht und die Mechaniken der Normalisierung ignoriert, wird in diese Regionen auch kein nennenswerter Zuzug entstehen. Solange werden solche Gegenden mit jedem Abiturjahrgang viele ihrer jüngeren, gebildeteren Einwohner verlieren.

Und das hat Folgen. Ob im Erzgebirgskreis, im Eichsfeld, in Mittelsachsen, im sächsischen Dreiländereck oder der Lausitz, ob in Städten wie Eisenach oder Anklam: Extrem rechte Akteure müssen dort mit vergleichsweise wenig Widerstand rechnen. Denn jahrzehntelange Abwanderung hat, verbunden mit Desinteresse und Abwehrdiskursen der Mitte angesichts rechter Einschüchterungspraktiken, diese Gegenden zu sicheren Rückzugsräumen für sie gemacht. In

jüngerer Zeit kommt noch hinzu, dass rechts-extreme Akteure aus dem Westen Deutschlands diese Regionen entdecken. Ein rechter Immobilienboom ist im Gang, und damit ein sich selbst verstärkender Kreislauf, der sich eigentlich nur durch ein Zuzugswunder zerschlagen ließe, das gerade viele dünnbesiedelte strukturschwache Räume angesichts des grassierenden Arbeitskräftemangels ohnehin bräuchten.

Die einzige Möglichkeit, eine Verhärtung der ländlichen Räume des Ostens zu Zonen der Unzugänglichkeit zu verhindern, sind Menschen, sehr viele Menschen. Ob die kommen, hängt aber entscheidend damit zusammen, ob Lehren aus den Baseballschlägerjahren gezogen werden. Ob Opfer geschützt, ob Täter verfolgt und isoliert werden, ob Polizei und Justiz, Politik und Medien das Thema ernst nehmen. Im Augenblick sieht es eher danach aus, als würden die Fehler aus den 1990er Jahren einer nach dem anderen wiederholt werden.

CHRISTIAN BANGEL

ist Redakteur im Ressort Politik, Wirtschaft, Gesellschaft bei „Zeit Online“. 2017 erschien sein Roman „Oder Florida“ im Piper-Verlag. christian.bangel@zeit.de

Zum Weiterlesen.



2019
Bestell-Nr. 71949



2021
Bestell-Nr. 10629



2023
Bestell-Nr. 10899
ab Februar bestellbar

RECHTE GEWALT IN DEUTSCHLAND NACH 1945

Eine Einordnung der 1990er Jahre

Fabian Virchow

Der inzwischen häufig verwendete Begriff der „Baseballschlägerjahre“ steht für die breite Welle rechter Gewalt nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten.⁰¹ Dabei markiert er weniger die im öffentlichen Gedächtnis der Bundesrepublik vielfach mit Verweis auf Rostock, Hoyerswerda, Solingen oder Mölln aufgerufenen Orte schwerer rassistischer Gewalt in Gestalt von Pogromen oder nächtlichen Brandanschlägen. Insbesondere mit Blick auf die ostdeutschen Bundesländer verweist der Begriff vor allem auf die ungezählten Fälle von Straßengewalt und gezielten gewaltsamen Angriffen auf diejenigen, die von rechten Täter*innen als Feinde des „deutschen Volkes“ betrachtet wurden.

Das können die zahlreichen Überfälle auf ehemalige vietnamesische Vertragsarbeiter*innen gewesen sein, die sich durch Handel mit Zigaretten oder Textilien ein Auskommen verschaffen mussten. Das waren die Überfälle auf Jugendliche aus linken und alternativen Jugendkulturen, die nicht nur in den wenigen ihnen zur Nutzung gebliebenen Jugendtreffs, sondern immer wieder auch in ihren Wohnungen angegriffen wurden. Oder es handelte sich um Ereignisse wie die sogenannten Magdeburger Himmelfahrtskrawalle am 12. Mai 1994, als extrem rechts eingestellte Jugendliche eine Gruppe Schwarzer Menschen stundenlang durch die Stadt hetzten.⁰² Geteiltes Ziel solcher Aktivitäten waren die Einschüchterung sozialer Gruppen sowie die Vertreibung der Betroffenen.

ERWEITERUNG DER PERSPEKTIVE

Anfang der 2010er Jahre führte das allgemeine Bekanntwerden der Morde des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ zu verstärkter Aufmerksamkeit für Rechtsterrorismus als besondere Form rechter Gewalt. Demgegenüber rückt der

Verweis auf die „Baseballschlägerjahre“ stärker die rechte Alltagsgewalt in den Mittelpunkt, deren Umfang und Auswirkungen bis heute noch nicht hinreichend erfasst sind. Dass es auch in den beiden deutschen Staaten vor 1989/90 rechte Gewalt gegeben hat, ist inzwischen in der Forschung weithin Konsens und findet auch den Weg in das öffentliche Bewusstsein. Allerdings bleibt es weiterhin eine Herausforderung, Ausmaß und Wirkung der verschiedenen Gewaltformen angemessen abzubilden.

Hinsichtlich rechtsterroristischer Gewalt richtet sich die Aufmerksamkeit verstärkt auf die 1980er Jahre. Bei den Forschungen zu rechtsterroristischen Strukturen wie den „Deutschen Aktionsgruppen“ oder der „Hepp-Kexel-Gruppe“ können dabei umfangreiche Archivbestände und Quellen herangezogen werden.⁰³ Etliche andere Gruppen, deren Wirken in der zeitgenössischen Berichterstattung zumindest kurz sichtbar wurde, wie etwa die Kasseler Gruppe „Aktion Wehrhafte Demokraten“,⁰⁴ sind jedoch hinsichtlich ihrer Aktivitäten und deren Auswirkungen noch nicht einmal systematisch erfasst. Noch immer steht auch begründet zu vermuten, dass die Zahl der Menschen, die aufgrund einer rechtsextremen Weltdeutung getötet wurden, nicht bekannt ist. In mehreren Bundesländern sind nachträgliche Überprüfungen veranlasst worden, um die Einstufung von Taten gegebenenfalls zu korrigieren, die staatlicherseits bisher nicht als politisch motiviert bewertet wurden.⁰⁵ Für den Zeitraum bis 1990 gilt zudem für die alte Bundesrepublik, dass rechtsextrem motivierte Tötungsdelikte von den Ermittlungsbehörden nicht gesondert ausgewiesen wurden und ein Verständnis von Rechtsterrorismus als gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichtetes Handeln beispielsweise dazu führte, dass rassistische Tatmotive nicht beachtet wur-

den. Hinsichtlich tödlicher rassistischer Gewalt in der DDR ist das Ausmaß noch schwieriger zu bestimmen,⁰⁶ wurde diese doch häufig als „Rowdytum“ entpolitisiert.⁰⁷

Noch unschärfer bleibt das Ausmaß an Sachbeschädigungen, Bedrohungen und Körperverletzungen, die aus extrem rechter Motivation und Weltsicht begangen wurden und auf die (Wieder-)Herstellung einer sozialen Ordnung zielten, die durch völkische Homogenität und gesellschaftliche Hierarchisierung mit entsprechender sozialer Platzzuweisung charakterisiert ist. Im April 1982 fand sich beispielsweise in der Tageszeitung „Die Welt“ die folgende Kurzmeldung: „25 maskierte Jugendliche überfielen am Samstagabend eine Tanzveranstaltung im Haus der Jugend am Alten Teichweg. Die mit Gaspistolen und Baseballschlägern bewaffneten Rowdys schossen wahllos in die Menge und schlugen auf ausländisch aussehende Jugendliche ein.“⁰⁸ Die organisierte Gewalttat zielte auf die Vertreibung der Angegriffenen von diesem Ort und auf ihren Ausschluss von gesellschaftlicher Teilhabe. Sie erregte keine besondere Aufmerksamkeit und ist bestenfalls bei der Polizei als Auseinandersetzung zwischen Hamburger Jugendgruppen aktenkundig geworden.

Inzwischen hat sich das gesellschaftliche Bewusstsein bezüglich einer angemessenen Einordnung solch rassistischer Gewalt verändert. In der Rückschau Ausmaß, Dynamik und Formen rechter Gewalt in ihrer vollen Bedeutung in den beiden deutschen Staaten zu ermitteln, bedarf jedoch

noch umfangreicher weiterer Forschung, zumal sich auch die Erfassungskriterien staatlicher Instanzen und zivilgesellschaftlicher Akteur*innen im Laufe der Zeit verändert haben. Insofern ist es für eine empirisch abgesicherte Typologie rechter Gewalt, in der sich gegebenenfalls auch strategische Entscheidungen extrem rechter Akteur*innen widerspiegeln, noch zu früh.

RECHTSTERRORISMUS

Rechtsterroristische Gewalt als eine spezifische Form der aus politisch rechten Motiven verübten physischen Gewalt reicht zurück in die 1960er Jahre, als insbesondere ein grenzrevisionistischer Terrorismus Schlagzeilen machte: Unter Beteiligung deutscher Rechtsextremist*innen wurden in Norditalien Bomben gelegt, um Südtirol wieder an Österreich zu binden; extrem rechte Kroat*innen verübten Anschläge und Morde, um die Volksrepublik Jugoslawien zu destabilisieren und einen eigenen Nationalstaat durchzusetzen; und vielfach kam es auch zu Gewalttaten gegen Repräsentant*innen und Einrichtungen der DDR, Polens und der Sowjetunion.⁰⁹ Rechtsterroristische Akteur*innen planten beziehungsweise verübten zudem zahlreiche Anschläge gegen Gruppen und Individuen, die als „fünfte Kolonne“ der Ostblockstaaten angesehen wurden. Einer der Betroffenen war der Wortführer der Studierendenbewegung, Rudi Dutschke, der am 11. April 1968 bei einem Schusswaffenattentat schwer verletzt wurde.

Ab den 1970er Jahren wurden zunehmend auch jüdische Einrichtungen und Vertreter*innen des Judentums in Deutschland zu Zielen rechtsterroristischer Täter*innen. So wurden am 19. Dezember 1980 der jüdische Verleger und Rabbiner Shlomo Lewin und seine Lebensgefährtin Frieda Poeschke in ihrem Haus in Erlangen von einem Neonazi ermordet. Eine antisemitische Weltsicht stand auch hinter den gewaltsamen Angriffen auf Formate zur kritischen Aufarbeitung und zum Erinnern der NS-Verbrechen, etwa durch die „Deutschen Aktionsgruppen“ mit ihrem Sprengstoffanschlag auf eine Ausstellung zum Vernichtungslager Auschwitz im Landratsamt Esslingen sowie auf das Wohnhaus des Landrates Hans Peter Braun am 1. April 1980.

⁰⁹ Vgl. Fabian Virchow, Zur Geschichte des Rechtsterrorismus in Deutschland, in: APuZ 49–50/2019, S. 15–19.

⁰¹ Vgl. den Beitrag von Christian Bangel in dieser Ausgabe.

⁰² Vgl. Landtag von Sachsen-Anhalt, Plenarprotokoll 1/62, S. 7342–7363.

⁰³ Vgl. Ulrich Chausy, Oktoberfest – das Attentat, Berlin 2014; Uffa Jensen, Ein antisemitischer Doppelmord, Berlin 2022; Hendrik Puls/Fabian Virchow (Hrsg.), Rechtsterrorismus in der alten Bundesrepublik. Historische und sozialwissenschaftliche Perspektiven, Wiesbaden (i. E.).

⁰⁴ Vgl. Bombenleger gegen „zu viele Ausländer“, in: Frankfurter Rundschau (FR), 8.2.1982.

⁰⁵ Vgl. etwa Christoph Kopke/Gebhardt Schultz, Abschlussbericht zum Forschungsprojekt „Überprüfung umstrittener Altfälle Todesopfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt im Land Brandenburg seit 1990“, Potsdam 2015.

⁰⁶ Vgl. Harry Waibel, Rechte Kontinuitäten. Rassismus und Neonazismus in Deutschland seit 1945, Hamburg 2022.

⁰⁷ Vgl. exemplarisch Rainer Ericas, Hetzjagd im August 1975 in Erfurt: Wie Ausländerfeindlichkeit in der DDR verharmlost und verleugnet wurde, in: Gerbergasse 18. Thüringer Vierteljahresschrift für Zeitgeschichte und Politik 4/2018, S. 22–25.

⁰⁸ Krawall beim Tanz, in: Die Welt, 26.4.1982.

Ab den späten 1970er Jahren griffen rechtsextreme Terrorist*innen vielfach Geflüchtete und Arbeitsmigrant*innen an. In Hamburg starben nach einem Brandanschlag auf eine Unterkunft für Geflüchtete am 22. August 1980 die beiden Vietnamesen Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân. Am 24. Juni 1982 wurden in Nürnberg William Schenck, Rufus Surlis und Mohamed Ehap aus rassistischer Motivation ermordet.

Rechtsterroristische Gewalt speist sich aus einer extrem rechten Weltanschauung und deren völkischem und organistischem Kern, also der Idee, dass in einer „Volksgemeinschaft“ jede*r/m qua Natur eine bestimmte Aufgabe zufällt. Vor diesem Hintergrund werden politische und gesellschaftliche Entwicklungen wie zum Beispiel Migrationsprozesse, Grenzverschiebungen oder die Auflösung heteronormativer Geschlechterordnungen als existenzielle Angriffe wahrgenommen, denen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln begegnet werden muss.

Über die thematischen Konjunkturen hinweg sind rechtsterroristische Strukturen in der Bundesrepublik – mit Ausnahme des späteren NSU – in der Regel ohne hohe Kontinuität geblieben. Es war den jeweiligen Akteur*innen gleichwohl vielfach möglich, die entsprechenden Ressourcen wie Geld, Waffen und Infrastruktur zu mobilisieren, sich mithilfe internationaler Netzwerke zu organisieren und mit Gewaltakten ihre Zielsetzungen zu verfolgen, insbesondere Einschüchterung, Vertreibung, Bestrafung, Eskalation.¹⁰

Über rechtsterroristische Gewalt in der DDR mit dem Ziel, politische Botschaften zu verbreiten oder Entscheidungen politisch verantwortlicher Instanzen zu beeinflussen, lassen sich bisher kaum belastbare Aussagen treffen. Hinweise auf straff organisierte extrem rechte Strukturen sind bisher nicht vorhanden.¹¹ Zu Recht wird allerdings darauf hingewiesen, dass unter den durch die Bundesrepublik zwischen Ende 1962 und 1989 freigekauften DDR-Bürger*innen auch Häftlinge waren, die anschließend „im Westen“ in neonazistischen Strukturen zum Teil wichtige Rollen spielten – und dass die Gründe für die

Verurteilungen durch DDR-Gerichte noch nicht ausreichend erforscht wurden.¹²

ALLTÄGLICHE RECHTE GEWALT

Die Abgrenzung zwischen rechtsterroristischer Gewalt und anderen Formen rechter Gewalt kann trotz systematischer Vorschläge zu ihrer Unterscheidung im Einzelfall unscharf bleiben.¹³ Für die von rechter Straßengewalt unmittelbar betroffenen Menschen kann die traumatische Erfahrung und die emotionale Erschütterung ebenso gravierend sein wie für Betroffene rechtsterroristischer Gewalt. Für die soziale Gruppe, die dabei stellvertretend angegriffen wurde, sind insbesondere Kontinuität und regionale Verbreitung der gegen sie gerichteten Gewalt für das Gefühl der Verunsicherung und Einschüchterung relevant. Am Auftreten antisemitischer Gewalt lässt sich nachvollziehen, dass rechtsterroristische Gewalt gegen Jüdinnen und Juden – bei fortbestehendem Dunkelfeld – immer eingebettet war in einen breiteren Strom antisemitischer Gewalt.¹⁴

Wer sich entsprechend auf die Suche nach rassistischen Gewaltpraktiken begibt, wird auch für die Jahrzehnte vor den 1990er Jahren vielfach fündig: Brandstiftungen in Häusern in Bad Homburg, die von Einwander*innen aus der Türkei bewohnt wurden;¹⁵ Überfälle auf Unterkünfte von Asylsuchenden, etwa in Mannheim;¹⁶ rassistische Gewalt unter Einsatz von Schusswaffen oder Schlagwerkzeug.¹⁷ Solch exemplarisch ausgewählte Fälle lassen sich durch eine ebenso zufällig getroffene Zusammenstellung von Angriffen auf Einrichtungen linker Parteien und Organisationen ergänzen: Brand- und Sprengstoffanschläge auf Einrichtungen der Deutschen Kommunistischen Partei, der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins, der SPD sowie lin-

¹² Vgl. Carsta Langner, „Affen und Banditen“ – über die historische Rekonstruktion von Rassismus und rechter Gewalt in der späten DDR, in: *Wissen schafft Demokratie* 2/2020, S. 101–109.

¹³ Vgl. Jan Schedler, *Rechtsterrorismus und rechte Gewalt: Versuch einer Abgrenzung*, in: *Wissen schafft Demokratie* 6/2019, S. 104–117.

¹⁴ Vgl. Ronen Steinke, *Terror gegen Juden*, Berlin 2020.

¹⁵ Vgl. Erneut Brandanschlag auf Wohnhaus, in: *FR*, 18. 4. 1981.

¹⁶ Vgl. Eberhard Reuß, So richtig Lust hatte keiner, in: *Die Zeit*, 2. 12. 1988.

¹⁷ Vgl. Schläger machen Jagd auf Türken, in: *Die Welt*, 23. 6. 1982; Ein Jahr Freiheitsstrafe, in: *taz. Die Tageszeitung*, 21. 2. 1983.

¹⁰ Vgl. ders., *Einschüchtern und Vertreiben, Bestrafen und Eskalieren. Instrumentelle Zielsetzungen rechtsterroristischen Handelns*, in: *Soziale Probleme* 2/2021, S. 131–149.

¹¹ Vgl. Andreas Förster, *Zielobjekt Rechts: Wie die Stasi die westdeutsche Neonaziszene unterwanderte*, Berlin 2018.

ker Verlagsprojekte;¹⁸ gewaltsame Störungen von Veranstaltungen etwa der Humanistischen Union oder der Jugendorganisation der SPD in Gütersloh;¹⁹ Angriffe auf Wahlkämpfer*innen demokratischer Parteien;²⁰ Überfälle auf Gruppen oder einzelne Personen, etwa auf deren Weg zu einer antifaschistischen Veranstaltung.²¹ Ins Visier rechter Gewalttäter*innen gerieten bereits vor einigen Jahrzehnten Politiker*innen und Aktivist*innen, die sich für die Anerkennung der Vielfalt sexuellen Begehrens und geschlechtlicher Orientierungen einsetzten. So wurde etwa in München auf den grünen Bundestagsabgeordneten Herbert Rusche geschossen, der im Rahmen einer Veranstaltung zum Thema „Gleichberechtigung Homosexueller“ sprach; in Berlin wurde ein entsprechendes Fest überfallen.²²

Bedrohungen und physische Gewaltpraktiken der extremen Rechten waren in der alten Bundesrepublik also bereits vor den „Baseballschlägerjahren“ Realität. In den 1980er Jahren gelang es der extremen Rechten in Gestalt der Deutschen Volksunion sowie der Republikaner zudem, erstmals seit den späten 1960er Jahren wieder in Landesparlamente einzuziehen.

In der DDR war die Bildung rechtsextremer Parteien nicht möglich, allerdings gab es dort ab den späten 1950er Jahren einige informell strukturierte Kleingruppen Jugendlicher, die Hakenkreuze schmierten und zum Teil Waffen sammelten. Insbesondere gegenüber den Vertragsarbeiter*innen aus Kuba, Angola und Mozambique gab es verbreitetes Missbehagen, aber auch offene Ablehnung in der DDR-Bevölkerung. Die rassistischen Einstellungen führten immer wieder zu Schlägereien, etwa bei Tanzveranstaltungen. Wiederholt wurden bei solchen Auseinandersetzungen auch Black and People of Color ermordet. Ab Ende der 1970er Jahre entwickelte sich eine rechte Skinhead-Szene,

die sich in den 1980er Jahren deutlich politisierte. 1988 zählten sich zwei Prozent der DDR-Jugendlichen zu den Skins, weitere vier Prozent sahen sich als Sympathisant*innen, und etwa dreißig Prozent zeigten ein gewisses Verständnis für sie.²³ Mit dem Überfall auf Besucher*innen eines Konzerts in der Ostberliner Zionskirche am 17. Oktober 1987 wurde das Problem rechter Skinheads einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. Der Verfolgungsdruck staatlicher Instanzen nahm zu. Allerdings fand das Auftreten der Skinheads, die sich mit der Bezugnahme auf nationalsozialistische Symbole und Rhetorik der höchstmöglichen Provokationsmöglichkeiten bedienten, die in einem sich antifaschistisch verstehenden Staat denkbar waren, auch Zustimmung – und sei es in Form einer Interpretation, die darin vor allem den Wunsch nach mehr Freiheiten sah. Aufgrund ihrer sozialen Anpasstheit im Alltag und im Arbeitsleben wurden die Skinheads in der vielfach an kleinbürgerlichen Werten orientierten Bevölkerung viel eher akzeptiert als etwa die Punk- oder die Blues-Szene.²⁴

DAS BESONDERE DER 1990ER JAHRE

Vergleicht man das Auftreten rechter Gewalt in den 1990er Jahren mit der vorhergehenden Periode, lassen sich signifikante Unterschiede ausmachen.

So nahm die rassistische Gewalt in den frühen 1990er Jahren angesichts einer steigenden Zahl Schutzsuchender aus dem zerfallenden Jugoslawien besonders stark zu und erreichte in den Jahren 1991 und 1992 bis dahin nicht gekannte Ausmaße – bis hin zu Pogromen wie in Hoyerswerda, Mannheim-Schönau und Rostock-Lichtenhagen, zu nächtlichen Brandanschlägen, Schusswaffeneinsatz und kollektiven Hetzjagden.²⁵ In der medialen Berichterstattung wurden Begriffe wie „Flächenbrand“ aufgerufen und auf die begrenzten Kontrollmöglichkeiten der Poli-

18 Vgl. Erbe lebt, in: Der Spiegel, 29.8.1977, S. 49–52; Nächtlicher Brandanschlag auf ein SPD-Büro in Höchst, in: FR, 6.10.1980; Anschlag auf DKP-Büro, in: Süddeutsche Zeitung (SZ), 17.7.1981; Anschlag auf „Volksbuchladen“, in: FR, 23.11.1981.

19 Vgl. Ermittlungsverfahren gegen rechtsextremistische Störer, in: SZ, 31.3.1981; Neonazis stören Juso-Kongress, in: SZ, 10.11.1986.

20 Vgl. Nazi verletzt Wahlkämpfer, in: Metall, 30.6.1989.

21 Vgl. Ermittlungen gegen Schlägergruppe, in: FR, 19.1.1981; Mildes Urteil für rechte Schläger, in: Die Welt, 20.4.1983; Schlägerei mit Neonazis, in: Der Tagesspiegel, 24.4.1983.

22 Vgl. Schuß auf Redner der „Grünen“, in: SZ, 14.3.1984; Skinheads überfallen Homosexuellenfest, in: SZ, 27.5.1991.

23 Vgl. Wolfgang Brück, Skinheads als Vorboten der Systemkrise, in: Karl-Heinz Heinemann/Wilfried Schubarth (Hrsg.), Der antifaschistische Staat entläßt seine Kinder. Jugend und Rechtsextremismus in Ostdeutschland, Köln 1992, S. 37–46.

24 Vgl. Werner Süß, Zur Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS, Berlin 1993.

25 Vgl. Schüsse auf Heim für Asylbewerber in Dinslaken, in: SZ, 9.1.1992; Skins auf Ausländerjagd, in: FR, 24.12.1991.

zei verwiesen.²⁶ Dabei zielte die rassistische Gewalt nicht allein auf die Einschüchterung von Geflüchteten, Arbeitsmigrant*innen und entlang von Kultur und Sprache als nicht zugehörig markierter Menschen. Insbesondere in Regionen der ostdeutschen Bundesländer, in denen deren Anteil vergleichsweise niedrig war, ging es den Gewalttäter*innen und ihren Claqueur*innen tatsächlich um eine Politik der Vertreibung, um dem Ziel eines „ausländerfreien“ Deutschland näher zu kommen.

Dies verband sich immer wieder auch mit dem Anspruch einer weitreichenden Raumkontrolle, der sich vor allem in ostdeutschen Bundesländern in den zahllosen Angriffen und Überfällen auf Jugendliche niederschlug, die den lokalen rechtsextremen Hegemonieansprüchen nichts abgewinnen konnten oder ihnen ablehnend gegenüberstanden. Den rechten Gewalttäter*innen ging es darum, diese Jugendlichen entweder so lange anzugreifen, bis sie sich zu einem Umzug entschlossen, auf öffentliche Präsenz verzichteten oder sich den rechten Strukturen in der Hoffnung anschlossen, damit der Gewalt zu entgehen. Konnten extrem rechte Akteur*innen eine solche Situation herstellen, sank die sichtbare Gewalt. In der Öffentlichkeit, die nicht selten vor allem die Gewaltförmigkeit, weniger jedoch die weltanschaulichen Grundlagen thematisierte, galt der Ort dann vielen Beobachter*innen als weniger problematisch.

Die Spezifik rechter Gewalt der 1990er Jahre zeigt sich also zum einen in ihrem Ausmaß. Damit verbunden war zum anderen der Anspruch, nicht nur vereinzelt Akte der Einschüchterung und Bestrafung umzusetzen, sondern mittels Kontrolle des Raumes durch eigene Präsenz und gezielte Gewalt möglichst nachhaltig Einfluss auf die soziale Ordnung zu nehmen. Mit dem Konzept der „national befreiten Zone“, das Anfang der 1990er Jahre in extrem rechten Kreisen zirkulierte, gab es einen strategischen Ansatz, der diese Zielsetzung systematisch umriss. In solchen „Zonen“ sollten Rechtsextreme den öffentlichen Raum und das Alltagsleben prägen und über erlaubtes beziehungsweise nicht-erlaubtes Verhalten entscheiden. Andersdenkende oder

als „fremd“ und damit als nicht zugehörig Definierte sollten in diesen „Zonen“ nicht geduldet werden. Auch wenn es kaum gelang, solche „national befreiten Zonen“ dauerhaft und in relevanten räumlichen Größenordnungen zu realisieren, so blieb doch aufseiten der rechtsextremen Gewaltakteur*innen vielfach die Erfahrung, Gewalt weitgehend sanktionsfrei zur Durchsetzung politischer Ziele und sozialer Ordnungsvorstellungen ausüben zu können.

Diese Erfahrung teilt die „Generation Hoyerswerda“ ebenso wie die Erkenntnis,²⁷ dass die massive rassistische Gewalt der frühen 1990er Jahre politische Entscheidungen beeinflussen konnte, etwa so weitreichende wie die Änderung des Artikels 16 des Grundgesetzes, der bis zur Verfassungsänderung am 28. Juni 1993 das Recht auf Asyl verbürgte. Nach dem tagelangen Pogrom in Rostock-Lichtenhagen Ende August 1992 fand sich eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Deutschen Bundestag, um dieses Grundrecht zu beschneiden.

Die Wirksamkeit massiver politisch motivierter Gewalt und die vielfach ausbleibende strafrechtliche Sanktionierung trugen erheblich zum Selbstbewusstsein extrem rechter Milieus in den 1990er Jahren bei. In diesen Milieus entwickelte sich damit nicht nur eine rassistische Gewaltpraxis, wie sie in der Anschlags- und Mordserie des NSU ab den späten 1990er Jahren zum Ausdruck kam, sondern auch ein intergenerationeller und intrafamiliärer Transfer der oben genannten Erfahrung an jüngere Rassist*innen und Rechtsextreme. Dies wurde in der Vermassung rechtsextremer und asylfeindlicher Straßenproteste Mitte der 2010er Jahre ebenso sichtbar wie in der begleitenden Gewaltwelle. Sie sind insofern auch als Erbe der 1990er Jahre zu betrachten.

FABIAN VIRCHOW

ist Professor für Politikwissenschaft am Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften der Hochschule Düsseldorf und leitet dort den Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus.

fabian.virchow@hs-duesseldorf.de

²⁶ Vgl. Anschläge auf Asylbewerber mit Flächenbrand verglichen, in: FR, 10. 10. 1991.

²⁷ Vgl. Heike Kleffner/Anna Spangenberg (Hrsg.), *Generation Hoyerswerda*, Berlin 2016.

DEUTSCHER HERBST 1991

Rechte Gewalt und nationale Selbstbetrachtung

Janosch Steuwer · Till Kössler

Im Dezember 1991 blickte der Soziologe Wilhelm Heitmeyer zurück auf ein Jahr, das „in die Geschichte des angeblich ‚neuen‘ Deutschlands eingehen“ werde.⁰¹ Angesichts des welthistorischen Geschehens in den Jahren 1989 und 1990 kann diese Einschätzung erstaunen. Doch Heitmeyer war sich sicher, dass eine dramatische, nur wenige Wochen zurückliegende Welle rassistischer Gewalttaten das Jahr 1991 in die kollektive Erinnerung als eines einschreiben werde, „in dem Fremdenfeindlichkeit und Gewalt (...) einen vorläufigen schrecklichen Höhepunkt erreicht haben“.

Mit dieser Einschätzung war der Wissenschaftler nicht allein. Auch andere teilten das Gefühl, in den gewaltvollen Wochen des vergangenen Herbst einen historischen Moment miterlebt zu haben, der das frisch vereinte Land verändert hatte. Ausdruck fand dieses Gefühl unter anderem in einer vor allem in linken und liberalen Zeitungen und Publikationen häufig gebrauchten Wendung, die das Erschrecken über die unerwartete Gewalt mit einem Erinnerungsbild zu fassen versuchte: mit dem Verweis auf den Terror der Roten Armee Fraktion im sogenannten Deutschen Herbst 1977. Der Schriftsteller Stephan Hermlin hatte in diesem Sinne am 4. Oktober 1991 auf einer Konferenz gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Nationalismus das erste Mal vom „Deutschen Herbst 1991“ gesprochen.⁰² Andere taten es ihm nach und formulierten eine historische These, die bis heute zu provozieren vermag: dass die rassistische Gewalt im Herbst 1991 einen historischen Fixpunkt darstelle und sich ebenso in die Erinnerung des Landes einschreiben werde wie die Ermordung von Hanns-Martin Schleyer, die Landshut-Entführung und die Selbstmorde von Stuttgart-Stammheim 1977.

Zumindest mit Letzterem lagen die Zeitgenossen falsch. In historischen Darstellungen zur Geschichte der Bundesrepublik spielt das Jahr 1991 keine besondere Rolle. Und auch in der öffentlichen Erinnerung ist es nicht zu einer ähn-

lichen Referenz geronnen wie 1977. Doch das Gefühl, eine Zäsur erlebt zu haben, war deshalb nicht falsch. Gegenwärtig wächst die Einsicht, dass vor allem in Ostdeutschland die Nachwendjahre nicht nur durch den Übergang in die marktwirtschaftliche Demokratie geprägt waren, sondern ebenso von massiver Gewalt. Sie entwickelte sich zu einem entscheidenden Signum der „Baseballschlägerjahre“, denen im Abstand von drei Jahrzehnten nun größere Aufmerksamkeit in Geschichtswissenschaft und Öffentlichkeit zuteil wird. Eine genauere historische Beschreibung, die die innere Dynamik der rechten Gewalt in den 1990er Jahren erfasst, steht jedoch aus. Hierfür bietet die Wendung vom „Deutschen Herbst 1991“ einen Ausgangspunkt.

RECHTE GEWALT IM HERBST 1991

Was also war geschehen? Mitte September 1991 wurde die deutsche Öffentlichkeit auf eine Welle von Angriffen auf Geflüchtete und ihre Wohnstätten aufmerksam, die das kaum ein Jahr geeinte Land tiefgreifend erschütterte. Bereits Ende August hatten Verfassungsschutz und Bundeskriminalamt in ihren Statistiken eine Zunahme „fremdenfeindlicher Gewalttaten“ registriert.⁰³ Öffentlich bemerkt wurde dieser Anstieg allerdings erst nach den heftigen rassistischen Attacken im sächsischen Hoyerswerda, wo seit dem 17. September mehr als hundert Gewalttäter mehrere Abende in Folge die Wohnheime von Arbeitsmigranten und Geflüchteten angriffen. Unterstützt wurden sie von einer wachsenden Menge an Schaulustigen, deren „Ausländer raus“-Rufen Polizei und Behörden schließlich nachgaben und die attackierten Menschen aus der Stadt brachten.⁰⁴

Gewaltsame Übergriffe auf „Ausländer“ und „Fremde“ hatte es in beiden Teilen Deutschlands auch zuvor gegeben. Das Pogrom von Hoyers-

werda schuf aber eine neue Situation, weil das tagelange Gewaltgeschehen das Interesse der Medien bündelte und durch spektakuläre Pressefotos und Fernsehbilder der rechten Gewalt eine ungekannte Sichtbarkeit verschaffte. „Hoyerswerda“ wurde über die Landesgrenzen hinaus zu einem Schreckensbild rechter Gewalt, zugleich aber auch zum Vorbild für eine Welle an Folgetaten, die im Herbst 1991 durch die Bundesrepublik rollte.

Im 400 Kilometer entfernten Biebertal bei Gießen verfolgte etwa ein 18-jähriger Bäckerlehrling über die Medien die Gewalt in Hoyerswerda mit Neugier und Zustimmung.⁰⁵ Keine zwei Wochen später, am Abend des 7. Oktober, griff er die Geflüchtetenunterkunft im benachbarten Fellingshausen an. Rund 40 Menschen, fast alle Kurden aus der Türkei, lebten zu dieser Zeit in dem Gebäude, auf das der unschwer als Skinhead zu erkennende Mann mit einem Freund aus der Szene zwei Molotowcocktails schleuderte. Es war pures Glück, dass die Brandsätze nicht zündeten. Ähnliches geschah an zahlreichen Orten im gesamten Bundesgebiet mit oftmals weitaus dramatischerem Ausgang. In Saarlouis war bereits am 19. September 1991 der aus Ghana stammende Samuel Kofi Yeboah gestorben, als Neonazis das dortige Asylbewerberheim angezündet hatten.⁰⁶ Andernorts führten Brandanschläge zu schweren Verletzungen durch Verbrennungen, Rauchvergiftungen und Sprünge aus oberen Stockwerken.⁰⁷

01 Wilhelm Heitmeyer, Vorbemerkungen zur 4. Auflage (Dezember 1991), in: ders., *Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen*, Weinheim–München 1995, S. 6.

02 Zit. nach Verstummen und Wegblicken, in: *Frankfurter Rundschau* (FR), 5. 10. 1991, S. 4.

03 Alle folgenden Zahlenangaben nach Bundesministerium des Innern (Hrsg.), *Verfassungsschutzbericht 1991*, Bonn 1992, S. 74–83; dass. (Hrsg.), *Verfassungsschutzbericht 1992*, Bonn 1993, S. 68–81; Frank Neubacher, *Fremdenfeindliche Brandanschläge*, Mönchengladbach 1998, S. 420f.

04 Ausführlich hierzu Christoph Wowtscherk, *Was wird, wenn die Zeitbombe hochgeht? Eine sozialgeschichtliche Analyse der fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Hoyerswerda im September 1991*, Göttingen 2014.

05 Vgl. Jörg Bergmann/Claus Leggewie, *Die Täter sind unter uns. Beobachtungen aus der Mitte Deutschlands*, in: *Kursbuch „Deutsche Jugend“* 113/1993, S. 7–37.

06 Vgl. Lorenzo Gavarini, *Erinnern ohne Vergangenheit*, 19. 9. 2022, www.zeit.de/zett/politik/2022-09/rechtsextreme-gewalt-samuel-kofi-yeboah-saarlouis-brandanschlag-fluechtlingsheim.

07 Vgl. Bundeskriminalamt, Abteilung Staatsschutz: *Lagebild über fremdenfeindliche Straftaten insbesondere gegenüber Asylbewerbern, Ausländern und Aussiedlern*, Stand: 21. 11. 1991, in: Bundesarchiv, B 106, 317913.

Ihr Ausmaß lässt sich heute kaum genauer beziffern. Besser sind wir über den Verlauf der Gewalt informiert. Hatten die Sicherheitsbehörden Anfang 1991 noch rund 30 „fremdenfeindliche Gewalttaten“ pro Monat registriert, waren es im Sommer bereits 80. Im September zählten Kriminalpolizei und Verfassungsschutz dann mehr als 220 „fremdenfeindliche Gewalttaten“, von denen drei Viertel auf die Tage nach dem Beginn der Gewalt in Hoyerswerda entfielen. Im Oktober waren es 489.

Verantwortlich für das Anschwellen der Gewalt war vor allem die Häufung von Brandanschlägen, von denen allein im Oktober 154 gezählt wurden. Weit mehr als das in der Erinnerung haften gebliebene Pogrom von Hoyerswerda repräsentieren Brandanschläge wie jener im hessischen Fellingshausen die Gewalt des Herbst 1991, die auch kein ostdeutsches Phänomen war. Die große Mehrheit der Brandanschläge im Oktober 1991, 115 an der Zahl, wurde vor allem in ländlichen Regionen Westdeutschlands verübt.

Die Gewalt umfasste zudem zahlreiche schwere Sachbeschädigungen und Körperverletzungen aus „fremdenfeindlichen“ Motiven, die im Herbst 1991 ebenfalls drastisch zunahmen. Offiziell stieg ihre Zahl von rund 50 Vorfällen im Sommer auf insgesamt 486 Vorfälle im September und Oktober 1991, wobei die Statistiken der Sicherheitsbehörden diese Entwicklung wahrscheinlich deutlich unvollständiger erfassten als bei den recht zuverlässig registrierten Brandanschlägen. Rassistische Bedrohungen und Beleidigungen, die die Statistik nicht als Gewaltdelikte klassifizierte, sondern als andere „fremdenfeindliche“ Gesetzesverstöße, wurden noch weniger erfasst. Doch selbst ohne ihre systematische Berücksichtigung stieg die Zahl der insgesamt registrierten „fremdenfeindlichen“ Gewalt- und weiterer Straftaten allein für den Oktober 1991 zusammengenommen auf fast tausend – mehr als dreimal so viele, wie für die gesamte erste Jahreshälfte gezählt worden waren.

Am Jahresende lagen die Zahlen der „fremdenfeindlichen“ Gewalt noch immer deutlich über denen aus dem Frühjahr und Sommer, auch wenn sie seit Mitte Oktober wieder rückläufig waren. Doch die Gesamtbilanz des Jahres 1991 zeigte in aller Deutlichkeit, dass der sprunghafte Anstieg im Herbst rechte Gewalt auf ein ungekanntes Niveau gehoben hatte: Im Vergleich

zum Vorjahr hatte sich 1991 allein die Zahl der Sachbeschädigungen, Körperverletzungen und Brandanschläge auf annähernd 1500 Vorfälle fast verfünffacht.

ZWEITER „DEUTSCHER HERBST“?

War dies ein zweiter „Deutscher Herbst“, wie es Wilhelm Heitmeyer und anderen 1991 schien? Darauf gibt es zwei Antworten, je nachdem, wie man den Ausdruck versteht. Begreift man ihn als Aufforderung, das Gewaltgeschehen aus dem Herbst 1991 mit jenem aus dem Jahr 1977 zu vergleichen, um die rechte Gewalt der frühen 1990er Jahre im Lichte des Linksterrorismus zu deuten, erweist sich die Wendung vom „Deutschen Herbst“ als wenig hilfreich. Zu offensichtlich sind die Unterschiede zwischen 1977 und 1991.

Die Soziologen Jörg Bergmann und Claus Leggewie haben dies am Beispiel des Brandanschlags in Fellingshausen eindrucksvoll beschrieben.⁰⁸ Dessen Täter waren keine Mitglieder „einer vielmarmigen ‚rechten RAF‘, die den Nationalsozialismus wieder herbeizündeln“ wollten. Ihr Anschlag war nicht geplant entstanden, nicht einmal ein richtiges Motiv vermochten die beiden Männer anzugeben. Womit man im Herbst 1991 konfrontiert war, so Bergmann und Leggewie, sei ein „kleinteilige[r] Massenterror“, der einer eigenen „Logik“ folge. Ähnliches unterstrichen auch die Spitzen der deutschen Sicherheitsbehörden, als sie im Herbst 1991 von Journalisten und Politikern zu einem „Vorgehen wie gegen die RAF“ aufgefordert wurden.⁰⁹ Die Anschläge, so betonte etwa das Bundeskriminalamt, würden „überwiegend spontan und ohne größere Tatvorbereitung verübt“ und daher „bedingte Möglichkeiten für zentrale Bekämpfungsansätze“ eröffnen.¹⁰ Anders als 1977, als der Staat Härte gegenüber den Terroristen zeigte, sahen sich die Sicherheitsbehörden mit ihrem auf organisierten Terrorismus ausgerichteten Instrumentarium 1991 der Gewalt „weitgehend machtlos“ gegenüber. Begreifen lässt sich die Gewalt des Herbst 1991 mit dem Verweis auf die RAF insofern kaum.

Doch die Wendung vom „Deutschen Herbst“ lässt sich für das Jahr 1977 ebenso sehr als Ausdruck begreifen, der weniger die Gewalt selbst als die besondere Dramatik und Spannung fasst, in die der Terror der RAF die bundesdeutsche Gesellschaft versetzte. Sie setzten Volker Schlöndorff, Rainer Werner Fassbinder und andere Regisseure 1978 in ihrem Episodenfilm „Deutschland im Herbst“ eindrucksvoll ins Bild, der den Ausdruck in der politischen Sprache der Bundesrepublik verankerte.¹¹ So verstanden, verweist die Wendung vom „Deutschen Herbst 1991“ auf die zeitgenössische Erfahrung und Reflexion der gewaltvollen Wochen im September und Oktober 1991, die in der Tat eine heute weitgehend vergessene Dramatik besaßen, die jener des Jahres 1977 nicht nachstand.

EIN FEIERTAG IM SCHATTEN DER GEWALT

Auch im Herbst 1991 provozierte die Gewalt heftige Reaktionen und Diskussionen, die rasch grundlegende Fragen der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung betrafen. Sie setzten mit dem Pogrom von Hoyerswerda ein, wurden in ihrer Dramatik aber vor allem am ersten Jahrestag der „Wiedervereinigung“ am 3. Oktober sichtbar, der zufällig mitten in die Gewaltwelle fiel. Das Datum war 1990 zum neuen Nationalfeiertag bestimmt worden, der den Deutschen Anlass zur Rückschau auf den Einigungsprozess geben sollte. 1991 stand der Feiertag dann aber im Schatten der Gewalt. Hierfür sorgten nicht zuletzt teilnehmerstarke Demonstrationen „gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus“ in zahlreichen Städten,¹² zu denen Parteien, migrantische Organisationen, kirchliche und andere gesellschaftliche Gruppen aufriefen. Ihnen schlossen sich Tausende Menschen an: 5000 in Hamburg, wo die offiziellen Feierlichkeiten stattfanden, 10000 in Berlin, 6000 in Frankfurt am Main. Die Demonstranten beklagten nicht nur die Gewalt, sondern ebenso ein „Staatsversagen“ und ein „Scheitern des Rechtsstaates“, das in manchen

⁰⁸ Vgl. Bergmann/Leggewie (Anm. 5), S. 10, S. 15f.

⁰⁹ Vgl. etwa Asyl-Anschläge wie Terror verfolgen, in: FR, 9.10.1991, S. 1.

¹⁰ Vgl. Anschläge auf Asylbewerber mit Flächenbrand verglichen, in: FR, 10.10.1991, S. 4.

¹¹ Vgl. Hanna Laura Klar, Deutschland im Herbst, in: Michael Töteberg (Hrsg.), Metzler Film Lexikon, Stuttgart–Weimar 2005, S. 164f.

¹² Tagesschau, 3.10.1991, www.tagesschau.de/multimedia/video/video986516.html.

Städten Aktivisten schon in den zurückliegenden Tagen dazu getrieben hatte, mit nächtlichen Mahnwachen Geflüchtetenheime vor Angriffen zu schützen. Ihr Entsetzen darüber, wie unvorbereitet die Gewalt Staat und Gesellschaft traf, bündelten die Demonstrationen am 3. Oktober nun in lautstarken Forderungen an Regierung und Sicherheitsbehörden, entschlossen gegen die Gewalt vorzugehen.

Auch Politiker aller Parteien nutzten den Nationalfeiertag, um die Deutschen in Ost und West zur „Solidarität untereinander und zur Toleranz gegenüber Ausländern“ aufzurufen, wie es die „Tagesschau“ am Abend des 3. Oktober zusammenfasste. Bundespräsident Richard von Weizsäcker hatte schon im Vorfeld gemahnt, dass sich der Vereinigungsprozess letztlich in der Fähigkeit zur Mitmenschlichkeit gegenüber „den Ausländern“ erweisen werde. „Wenn wir im Verhältnis zu den Ausländern versagen, dann würden wir auch im Verhältnis unter uns Deutschen nicht Bestand haben.“¹³ Entsprechend waren auch die Reden beim offiziellen Festakt am 3. Oktober nachhaltig von der Anschlagsserie seit Hoyerswerda geprägt. Bundestagspräsidentin Rita Süsmuth etwa bekannte offen, dass die Gewalt an diesem Tage die Freude über die deutsche Einheit überlagere: „Unruhe ist aufgekommen, Emotionen sind in Bewegung geraten, die sonst vielleicht länger im Verborgenen hätten weiterkeimen können. (...) Wir erleben einen gewaltigen Umbruch, weltweite Veränderungen, deren Konsequenzen uns fesseln und zugleich ängstigen. Dazu gehören die offenen Grenzen, die wir gewollt haben, mit denen wir aber erst noch leben lernen müssen.“ Auch dafür müssten alle „Zeichen der Solidarität mit den Zufluchtsuchenden setzen“ und sich „die politisch Verantwortlichen (...) schützend vor die ausländischen Mitbürger“ stellen und sich „jeder Gewalt, jeder seelischen oder körperlichen Verletzung mit allen Mitteln widersetzen“.¹⁴

Doch Demonstrationen, Appelle und mahnende Worte auch anderer Staatsvertreter konnten nicht verhindern, dass die begonnene Serie rechter Angriffe und Anschläge mit dem Nationalfeiertag noch einmal dramatisch zunahm. Ver-

fassungsschutz und Polizei registrierten am Tag der Deutschen Einheit 1991 den „absoluten Höhepunkt der fremdenfeindlichen Krawalle in den 1990er Jahren“, der seinerseits neue Gewalttaten in den folgenden Tagen animierte.¹⁵ Aus der Menge der Angriffe und Anschläge an diesem Tag stach vor allem ein Brandanschlag im niederrheinischen Hünxe hervor.¹⁶ Drei Skinheads hatten sich in dem Dorf auf einer privaten Feier zum Tag der Deutschen Einheit mit Alkohol und Rechtsrock so lange aufgeputzt, bis die Idee Form annahm, den Feiertag zu nutzen, um wie in Hoyerswerda „Asylanten“ zu vertreiben. Einer ihrer Molotowcocktails durchschlug ein Fenster im Erdgeschoss des örtlichen Geflüchtetenheims und explodierte im Kinderzimmer einer libanesischen Familie. Zwei Mädchen im Alter von acht und fünf Jahren erlitten schwerste Verbrennungen. Die ältere der beiden kämpfte tagelang um ihr Leben.

Mit den Nachrichten vom Brandanschlag in Hünxe und der weiteren Gewalt dieses Tages machten Schmerz und Trauer, wie es später der Musiker Reinhard Mey in einem Lied beschrieb, für viele Menschen aus dem Feiertag einen Tag von Wut und Entsetzen.¹⁷ Mit der Schlagzeile „Tag der Einheit: Tag des Hasses“ gab die „Tagesschau“ diesem Gefühl am nächsten Morgen Ausdruck. Vom „Tag des Hasses“ sprach auch die „Bild“, als sie am 4. Oktober 1991 unter der Schlagzeile „Asylantenkind (8) angezündet. Schande!“ den Brandanschlag von Hünxe auf ihren Titel setzte. Und nicht zufällig nutzte Stefan Hermlin an ebendiesem Tag zum ersten Mal die Wendung vom „Deutschen Herbst 1991“.

Zur kollektiven Selbstbetrachtung hatte der neue Nationalfeiertag eingeladen. Doch statt des glücklich geeinten Landes im Herzen Europas war am ersten Jahrestag seiner „Wiedervereinigung“ ein Land zu besichtigen, in dem Staat und Gesellschaft einer Welle rechter Gewalt hilflos gegenüberstanden, die just am „Tag der Deutschen Einheit“ endgültig eskalierte. Dieser Erfahrung gab die Wendung vom „Deutschen Herbst 1991“ Ausdruck.

¹³ Zit. nach Dokumentation: Der Bundespräsident zum ersten Tag der deutschen Einheit, in: Deutschland Archiv 11/1991, S. 1229–1232.

¹⁴ Zit. nach Dokumentation: Ansprache der Bundestagspräsidentin Dr. Rita Süsmuth, in: ebd., S. 1233–1236.

¹⁵ Andrea Herrmann, Ursachen des Ethnozentrismus in Deutschland. Zwischen Gesellschaft und Individuum, Wiesbaden 2001, S. 15.

¹⁶ Vgl. Ingrid Müller-Münch, Biedermänner und Brandstifter. Fremdenfeindlichkeit vor Gericht, Bonn 1998, S. 31–60.

¹⁷ Vgl. Reinhard Mey, 3. Oktober '91, in: Alles geht, 1992.

KOLLEKTIVE SELBSTVERSTÄNDIGUNG IM GEEINTEN DEUTSCHLAND

Die im Herbst 1991 aufgeworfenen Verunsicherungen und Fragen blieben virulent, auch als die Gewaltwelle zunächst wieder abebbte und Wilhelm Heitmeyer beobachtete, wie Anfang 1992 die „abnehmende Zahl von Überfällen auf Ausländer und Heime von AsylbewerberInnen“ vielen politischen Beobachtern „Entspannung zu signalisieren“ schien.¹⁸ Doch mit der erneuten Eskalation der Gewalt in Rostock-Lichtenhagen Ende August 1992 gewannen diese Fragen endgültig überragende Bedeutung für das Selbstverständnis des geeinten Landes. Das Pogrom von Rostock und die ihm folgende Gewaltwelle schockierten die Öffentlichkeit gerade als Wiederholung umso heftiger: als zweites, schlimmeres Hoyerswerda. War die Gewalteruption im vergangenen Jahr nicht einmalig gewesen? Wurden Rassismus und Gewalt zu einer dauerhaften Erscheinung im „neuen“ Deutschland?

Die Erfahrungen und Perspektiven von 1991 gingen 1992 in einen erneuten langen Herbst voller Gewalt auf. Auch deshalb ist uns der „Deutsche Herbst 1991“ heute kaum als besonderer historischer Moment in Erinnerung. Er ist aufgehoben im Rückblick auf „die fremdenfeindliche Gewaltwelle der frühen 1990er Jahre“,¹⁹ in der die Gewalt zwischen „Hoyerswerda“ und „Solingen“ als einheitliches Phänomen erscheint. Sich ihrer besonderen Ausgangssituation bewusst zu werden, erweist sich allerdings für ein historisches Verständnis sowohl der Gewalt als auch des vereinigten Deutschland insgesamt als zentral: Aus ihr heraus wird verständlich, dass die Serie rechter Anschläge und Angriffe in den Jahren 1991 bis 1993 in doppelter Weise einen prägenden, bislang zu wenig beachteten Moment des Übergangs in das neu vereinte Deutschland bildete. Die Gewalt zerstörte Menschenleben und schuf vielerorts ein Klima der Angst und Bedrohung, das vor allem in Ostdeutschland Jahre anhielt. Es prägte den Alltag vieler derjenigen

Menschen massiv, deren Zugehörigkeit zur „Vereinigungsgesellschaft“ in den 1990er Jahren strittig war und denen auch Geschichtswissenschaft und kollektive Erinnerung bislang nicht ausreichend Aufmerksamkeit gewidmet haben. Zugleich schuf die Gewalt einen Diskussionsraum, in dem grundsätzlich über Selbstbild und Selbstverständnis der neuen Bundesrepublik gestritten wurde. Diskussionen über die Ursachen des unerwarteten Gewaltausbruchs, der in deutlicher Spannung zur Freude über die „Friedliche Revolution“ von 1989/90 stand, waren so immer auch Auseinandersetzungen um grundsätzliche Fragen gesellschaftlicher Zugehörigkeit, staatlicher Ordnung und der Wertvorstellungen des neuen Landes.

Dies zeigt sich besonders deutlich an der verbreiteten Tendenz, in den hitzig geführten Debatten der Zeit die Gewalt als ostdeutsch zu begreifen.²⁰ Diese Tendenz ergab sich nicht einfach daraus, dass rechte Gewalttäter in der DDR seit 1989 neue Handlungsspielräume gewonnen hatten und in einer neuen, nicht mehr staatlich kontrollierten Öffentlichkeit in zuvor ungekannter Weise sichtbar geworden waren. Vielmehr schlug sich gerade hier die Konstellation im Herbst 1991 nieder, die den Blick in besonderem Maße auf die „neuen Länder“ lenkte. Die Ursachen der Gewalt vor allem im Erbe der DDR zu verorten – in ihren autoritären Erziehungsstilen, ihrem formelhaften Antifaschismus und einer vielfachen Abschottung gegen „Fremde“ –, war dabei attraktiv, weil es die Gewalt als ein Problem beschrieb, das nicht aus dem neu entstehenden Deutschland heraus entstand. Anders sah es aus, wenn vor allem die Umbrucherfahrung im Osten als Quelle der Gewalt begriffen wurde. Entstand hieraus ein Gefühl, das Neid gegenüber Geflüchteten und gesellschaftlichen Minderheiten schürte, die vermeintlich mehr öffentliche Anerkennung und staatliche Zuwendungen erhielten als man selbst? Diese Deutung band die Gewalt ein in die laufenden Debatten um „Wessis“ und „Ossis“, die Wertschätzung von Lebensleistungen in Ost und West und ihre auch finanzielle Würdigung.

In gleicher Weise entwarfen auch andere Interpretationen der Gewalt allgemeine Gesellschaftsdeutungen, indem sie die Eskalation mal

18 Wilhelm Heitmeyer, Ruhe nach dem Sturm?, in: taz. Die Tageszeitung, 23. 1. 1992, S. 12.

19 Uwe Backes, Extremismus und politisch motivierte Gewalt im vereinten Deutschland, in: Brigit Enzmann (Hrsg.), Handbuch Politische Gewalt. Formen, Ursachen, Legitimation, Begrenzung, Wiesbaden 2013, S. 363–395, hier S. 372.

20 Vgl. zum Folgenden bald ausführlich Till Kössler/Janosch Steuer (Hrsg.), Brandspuren. Das vereinte Deutschland und die rechte Gewalt der frühen 1990er Jahre, Bonn 2023.

mehr, mal weniger der geeinten Bundesrepublik zurechneten. In der heftigen politischen Diskussion zwischen Regierung und Opposition um Zuwanderung und das Asylrecht, die von vielen kritischen Beobachtern als Brandbeschleuniger wahrgenommen wurde, ging es nicht zuletzt um Fragen von Zugehörigkeit und die Grenzen der Nation in einer Zeit beschleunigter Globalisierung und Migrationsbewegungen.

Eine populäre Deutung der Gewalt als Ergebnis einer Jugendkrise, die durch eine Erschütterung jugendlicher Lebenswelten junge Männer zur Gewalt führen würde, lässt sich demgegenüber als Abrechnung auch mit der „alten“ Bundesrepublik und der liberal-kapitalistischen Gegenwartsgesellschaft verstehen, in der verlässliche soziale Bindungen und kulturelle Referenzrahmen verloren gegangen seien. Schließlich lenkte auch die Deutung der Gewalt als Ausdruck verfestigter rechtsextremer Organisationsstrukturen und Mentalitäten die Aufmerksamkeit auf Defizite der bundesdeutschen Vergangenheit und einer unzureichenden Abkehr von düsteren Traditionen der deutschen Geschichte.

PERSPEKTIVEN

All diese Erklärungsansätze, die bis heute die Diskussion bestimmen, erfassen jeweils wichtige Dimensionen des Gewaltgeschehens. Doch für eine angemessene historische Aufarbeitung und ein öffentliches Erinnern an die Gewalt ist es entscheidend, nicht nur wie die Zeitgenossen ihren Ursachen nachzugehen, sondern zugleich sichtbar zu machen, welchen bleibenden Einfluss die Gewalt mit den um sie kreisenden Debatten für das Selbstverständnis des vereinten Deutschland entfaltete. Hierbei ist es essenziell, die Aufmerksamkeit in besonderem Maße auf jene Menschen zu richten, denen die Gewalt galt: Geflüchtete und andere Menschen mit Einwanderungsgeschichte, die oftmals bereits seit Jahrzehnten in Deutschland lebten, Homosexuelle, Obdachlose, alternativ gekleidete Jugendliche und andere, die ins Fadenkreuz der Gewalt gerieten. Bei ihnen prägten sich durch Anschläge und Angriffe ausgelöste Gefühle der Angst und Bedrohung, der

Verletzung und Schutzlosigkeit häufig besonders tief in ihre Vorstellungen von dem nun geeinten Land ein, in dem sie lebten.²¹

Ihre bislang weitgehend übersehenen Erfahrungen gilt es heute einzubeziehen in die Geschichtserzählungen und Erinnerungsdebatten um die 1990er Jahre, die noch immer vor allem vom Blick auf das Verhältnis von „Wessis“ und „Ossis“ geprägt sind. Im neuen Deutschland fanden in den 1990er Jahren nicht nur „Ost“ und „West“ ein spannungsvolles Miteinander. In der Auseinandersetzung mit der Gewalt begann das Land auch langsam damit, sich seiner gesellschaftlichen Vielfalt bewusst zu werden. Dies ging einher mit zahllosen Verletzungen, Blindstellen und Diskriminierungen. Sie gilt es aufzuarbeiten. In Reaktion auf die Gewalt entstanden ab Herbst 1991 aber auch neue Gruppen und Bündnisse, die einen zivilgesellschaftlichen Kontrapunkt gegen die Gewalt setzen wollten und die Erinnerung an die Opfer der Gewalt zum Ausgangspunkt für Forderungen nach einer neuen demokratischen Kultur machten. Beides prägt die Bundesrepublik bis heute. Verstanden als zeitgenössische Wendung, kann uns der „Deutsche Herbst 1991“ in diesem Sinne an einen entscheidenden Moment der jüngeren bundesdeutschen Geschichte erinnern, an dem gesellschaftliche Konflikte und Debatten begannen, die wir bis heute führen.

JANOSCH STEUWER

ist promovierter Historiker und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Pädagogik der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
janosch.steuwer@paedagogik.uni-halle.de

TILL KÖSSLER

ist Professor für Historische Erziehungswissenschaft an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
till.koessler@paedagogik.uni-halle.de

²¹ Vgl. hierzu etwa Lydia Lierke/Massimo Perinelli (Hrsg.), *Erinnern stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive*, Berlin 2020 sowie das Sonderheft *Jalta* 6/2019: „Ver[un]einigung“.

UMKÄMPFTES ERINNERN

Für eine migrantisch situierte Geschichtsschreibung

Massimo Perinelli

Am 22. Februar 2020, drei Tage nach dem rassistischen Anschlag in Hanau, verlasen auf dem dortigen zentralen Freiheitsplatz Angehörige und Freund:innen von einer eigens für die Großkundgebung errichteten Bühne die Namen der neun Mordopfer. Tausende sprachen ihnen laut nach: „Ferhat Unvar, Hamza Kurtović, Said Nesar Hashemi, Vili Viorel Păun, Mercedes Kierpacz, Kaloyan Velkov, Fatih Saraçoğlu, Sedat Gürbüç, Gökhan Gültekin“. Dieses Gedenkritual wurde innerhalb weniger Wochen unter dem Hashtag #SayTheirNames zum erinnerungspolitischen Imperativ antirassistischer Initiativen und migrantischer Selbstorganisationen. Die Aufforderung, sich die Namen der Ermordeten einzuprägen, sollte verhindern, dass sie als namenlose Opfer und als Fremde dem gesellschaftlichen Vergessen anheimfallen würden, und an das Leben erinnern, das sie geführt hatten.

In der Tatnacht waren die Familien der Opfer von der Polizei in einer Turnhalle untergebracht worden, wo sie ohne seelischen Beistand, ohne Betreuung und ohne Versorgung hatten ausharren müssen, bis schließlich ein Beamter die Namen der Verstorbenen von einem Zettel abgelesen hatte – als amtsdienstliche Information, die mit dem Satz endete: „Die haben es nicht geschafft.“ Dieser Zettel war eine Notiz zum Wegwerfen gewesen und mit ihr die Namen der Opfer. Die traumatisierten Familien waren in die Nacht geschickt und sich selbst überlassen worden.

Am Abend darauf, dem 20. Februar, hatten der Bürgermeister von Hanau, der Ministerpräsident von Hessen und der Bundespräsident ihre Erschütterung über die „unbegreifliche Tat“ geäußert, ebenfalls auf einer Bühne auf dem Freiheitsplatz. Dem Vater von Ferhat Unvar wurde indes der Zugang zum Mikrofon mit der Begründung verwehrt, die Bühne sei voll. Ministerpräsident Volker Bouffier, der auf der Bühne sein Beileid bekundete, hatte keine zwei Jahre zuvor die Prüfberichte des hessischen Verfassungsschutzes zu den NSU-Ermittlungen für 120 Jahre als Ge-

heimsache unter Verschluss genommen und somit die Forderungen nach Aufklärung der Angehörigen der Mordopfer der rechtsextremen Terrorgruppe in den Wind geschlagen. Die Angehörigen in Hanau wussten also, dass sie das Erinnern selbst organisieren mussten.

2022/1992

Seit dem „Sommer der Migration“ 2015, als fast eine Million Menschen nach Deutschland kamen, häufen sich Brand- und Sprengstoffanschläge gegen Flüchtlingsunterkünfte, Mordanschläge auf Migrant:innen wie am Olympia-Einkaufszentrum in München 2016, in Halle 2019 oder in Hanau 2020, ebenso Angriffe auf Geflüchtete wie in Chemnitz 2018, aber auch Anschläge auf Politiker:innen, die als zu liberal in der Einwanderungspolitik gelten, wie die Messerattacke auf die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker 2015 oder der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke 2019. Erst im Oktober 2022 wurde im sächsischen Bautzen kurz vor Inbetriebnahme eine Flüchtlingsunterkunft angezündet, wenige Tage zuvor eine weitere in Groß Strömkendorf in Mecklenburg-Vorpommern.

Viele Jüngere mit Migrationsgeschichte erinnern diese Welle der Gewalt an die 1990er Jahre, die sie selbst gar nicht erlebt haben,⁰¹ als es getragen von einer in Teilen hegemonialen rechten Jugendkultur, täglich zu rassistischen Angriffen kam und auch zu vielen Toten. 1992 starben fast 30 Menschen durch die Gewalt von Neonazis. Allein im September 1992, also nur wenige Tage nach dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen, wurden 151 Schüsse, Brand- und Sprengstoffanschläge auf Unterkünfte von Asylbewerber*innen verübt.⁰² Mit dem Begriff „Baseballschlägerjahre“ hat diese Zeit einen eigenen Namen bekommen, der die ständige Bedrohung andeutet.

Die allermeisten Angriffe aus den frühen 1990er Jahren sind undokumentiert, unaufgeklärt und un-

gesüht. Allein für die 1129 erfassten rechtsextremen Brandanschläge zwischen 1990 und 1992 liegt die Aufklärungsrate unter 20 Prozent.⁰³ Die rechte Szene kann auf eine Kultur der Straflosigkeit zurückblicken. Das zeigte sich etwa 2018 bei den gewalttätigen Ausschreitungen in Chemnitz, als dieselbe Generation am Werk war wie 1992 vor dem Sonnenblumenhaus in Rostock-Lichtenhagen.⁰⁴

LÜCKE IM NARRATIV ZUR DEUTSCHEN EINHEIT

Obwohl 1989/90 kaum jemand die Überwindung der Blockkonfrontation bedauerte, stellte die deutsche Vereinigung für viele Menschen hierzulande eine unmittelbare Prekarisierung und Bedrohung ihrer Existenz dar. Es kam zu massenhaften Entlassungen migrantischer Arbeitnehmer:innen in der westdeutschen Industrie, und viele der fast 100 000 ehemaligen Vertragsarbeiter:innen in Ostdeutschland wurden unmittelbar nach dem Mauerfall abgeschoben oder durch Entlassungen und Rückkehrprämien zur Ausreise gedrängt. Von den Ende 1989 rund 60 000 vietnamesischen und 15 000 mosambikanischen Vertragsarbeiter:innen lebten ein Jahr später nur noch etwa ein Drittel bis ein Fünftel in Ostdeutschland.⁰⁵ Im nationalen Taumel des Mauerfalls gingen ökonomischer Druck, massive Entrechtung und grundlegende Anfeindungen mit alltäglichem sowie strukturellem Rassismus einher, den all jene zu spüren bekamen, die nicht zur „nationalen Gemeinschaft“ gezählt wurden. Auch wenn diese Gewalt von den Betroffenen sehr früh gesehen und in ihrer Bedeutung verstanden wurde, spielte ihre Per-

spektive im vorherrschenden Narrativ zur deutschen Einheit keine Rolle.⁰⁶ Eine systematische Geschichtsschreibung zum Mauerfall, die sich der Perspektive von Migrant:innen, von Juden und Jüdinnen, von Rom:nja und Sinti:zze, von ehemaligen Gastarbeiter:innen, von internationalen Studierenden, von Vertragsarbeiter:innen, von Schwarzen Deutschen, von Geflüchteten und Asylsuchenden verschrieben hat, ist bis heute bruchstückhaft.

Zwar dokumentierten und thematisierten vor allem antifaschistische Gruppen und Archive wie das Berliner Apabiz oder die Münchner a. i. d. a. die Gewaltverbrechen im Zuge des deutschen Vereinigungsprozesses. Ohne die Anerkennung migrantisch situierter Geschichte blieben die damaligen Dynamiken jedoch weitestgehend unverstanden.

Bereits früh war bekannt, wie in den 1990er Jahren von „Überfremdung“ und „Asylantenschwemme“ berichtet worden war, wie Politiker:innen mit der Rede von der „Überschreitung der Belastungsgrenze durch Asylmissbrauch“ Verständnis für die rassistische Gewalt signalisierten und die Bundesregierung noch während des Pogroms in Rostock-Lichtenhagen die Grundgesetzänderung zur Abschaffung des Rechts auf individuelles Asyl auf den Weg gebracht und wenige Wochen später ein Abkommen mit Rumänien zur erleichterten Abschiebung von vor allem Rom:nja abgeschlossen hatte. Die Geschichte der Migration als soziale Gesellschaftsgeschichte kam in dieser Perspektive jedoch nicht vor beziehungsweise wurde nicht ins Verhältnis zur rassistischen Gewalt gesetzt. Der scheinbar ahistorisch gegebene Rassismus von Neonazis bedurfte keiner weitergehenden Beschäftigung mit den realen Lebensgeschichten derjenigen, die angegriffen wurden. Migrant:innen wurden auf die Rolle von Opfern reduziert.

Die transgenerationale kollektive Gewalterfahrung in den migrantischen Communities, die seit jeher eng verknüpft war mit ihrem Kampf um soziale und politische Rechte, um Würde und gesellschaftliche Zugehörigkeit, wurde aus einer antifaschistischen Perspektive nicht in den Blick genommen und damit die Möglichkeit verbaut, die Funktionalität rassistischer Gesellschaftsformierung zu verstehen. Dass sich die Geschichte der

01 Für diesen Vorgang ließe sich der im Kontext der Holocaust-Forschung entwickelte Begriff „Postmemory“ entlehnen. Vgl. Marianne Hirsch, *The Generation of Postmemory: Writing and Visual Culture After the Holocaust*, New York 2012.

02 Vgl. Im Jahr 1992 eskalierte die rassistisch motivierte Gewalt, Juli/August 2022, www.der-rechte-rand.de/archive/8537.

03 Vgl. Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, *Rechte Brandanschläge, Straflosigkeit und Entschädigung*, Pressemitteilung, 30.9.2022, https://verband-brg.de/wp-content/uploads/2022/09/20220930_Pressemitteilung_VBRG_Straflosigkeit_rechte-Brandanschlaege.pdf.

04 Vgl. Heike Kleffner/Anna Spangenberg (Hrsg.), *Generation Hoyerswerda*, Berlin 2016.

05 Vgl. Patrice Poutrus, *Fremd im Bruderland. Vertragsarbeit und das Ende des Goldbroilers*, in: Lydia Lierke/Massimo Perinelli (Hrsg.), *Erinnern stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive*, Berlin 2020, S. 277–298, hier S. 290.

06 Eine der wichtigsten historischen Quellen ist der Dokumentarfilm „Duvarlar – Mauern – Walls“ des türkischen Filmemachers Can Candan von 1991, abrufbar unter www.bpb.de/305232.

beiden deutschen Staaten – und in verdichteter Form ihrer Vereinigung – politisch, ökonomisch und ideologisch auf dem Rücken der Migrant:innen vollzogen hatte, konnte mit der Fokussierung auf rechte Gewalt nicht gesehen werden. Die Frage der Zugehörigkeit, die sich im Übergang zu den 1990er Jahren in der jüngeren migrantischen Generation, aber ebenso bei jüngeren Schwarzen Deutschen,⁰⁷ mit Vehemenz neu stellte, war jedoch das entscheidende Moment, auf das der Rassismus der „Baseballschlägerjahre“ mit extremer Gewalt reagierte.

TRANSGENERATIONALE AUFARBEITUNG

Die Schwierigkeit einer migrantisch situierten Geschichtsschreibung über die 1990er Jahre lag auch darin begründet, dass 1989/90 eine Zäsur war, die den Blick auf die ältere Migrationsgeschichte verstellte. Im Sinne einer Unterbrechung der Erinnerung war die deutsche Vereinigung ein historisches Trauma auch für die Nachkommen der Gastarbeiter:innen, die die Geschichte ihrer Eltern nicht kannten und diese oftmals als duldsam und schweigend erlebten. Ohne ein Verständnis für die Geschichte der Einwanderung musste die extreme Gewalt gegen die eigenen Lebenszusammenhänge unbegreifbar bleiben. Diese Unterbrechung führte dazu, dass vor dem Hintergrund der täglichen Angriffe in den frühen 1990er Jahren viele aus der gerade erwachsen gewordenen zweiten Eingewandertengeneration sich aus einer Position der Selbstverteidigung heraus als „fremd“ markierten und in eine Identitätsfalle gingen. Als „Fremd im eigenen Land“, wie die Gruppe Advanced Chemistry 1992 rappete, wurden sie zum Gegenpart innerhalb der gesellschaftlichen Spaltung, die sich im deutsch-deutschen Vereinigungsprozess vertieft hatte.

Andererseits waren die Kinder der ehemaligen Gastarbeiter:innen in den hiesigen Kiezen und Stadtteilen aufgewachsen und fühlten sich auf eine neuartige Weise zugehörig beziehungsweise „behaymatet“.⁰⁸ Aus der Erfahrung, in der alten Heimat als Deutsche gesehen, in Deutschland aber als „Ausländer“ behandelt zu werden, erwuchs eine

hybride Position, aus der nach einem Jahrzehnt der Auseinandersetzung um Rassismus, Zugehörigkeit und Identität am Übergang zum neuen Millennium ein neues postmigrantisches Subjekt hervorging. Dieses gehörte nicht zu einer eindeutig anderen Kultur, lehnte aber auch die Vorstellung von Integration als falschem Versprechen ab und nahm bewusst eine dritte Position ein.

Für die neu gestellte Frage der eigenen Verortung begann diese Generation, die historische Zäsur des Mauerfalls zu überwinden und ihre Eltern nach deren Geschichte zu befragen. Diese transgenerationale Auseinandersetzung eröffnete den historischen Blick auf die 1960er bis 1980er Jahre und lieferte der zweiten Generation erstmals eine Vorstellung von frühen Arbeitskämpfen wie den wilden Streiks zwischen 1969 und 1973, von migrantischen Hausbesetzungen und Mietstreiks sowie der Schaffung eigener Kieze in den verfallenen Innenstädten, von Bemühungen um gerechte Bildungschancen für Kinder, um Staatsbürgerrechte wie dem kommunalen Wahlrecht und um das Bleiberecht politischer Flüchtlinge aus der Türkei und Iran sowie von den Kämpfen gegen die systematische Diskriminierung im Rahmen des damals geltenden Ausländerrechts.

Diese kollektive Aufarbeitung füllte das gesellschaftliche Schweigen mit unzähligen unüberhörbaren Stimmen, die Eingang fanden in kulturelle Formate und allmählich die ersten Archive schufen, aus denen sich dieses migrantisch situierte Wissen schließlich auch wissenschaftlich verdichtete. Ende der 1990er Jahre wurde von vielen jungen migrantischen Filmemacher:innen eine neue Standortbestimmung des deutschen Films eingefordert, in der Literatur entwickelte sich eine neue postmigrantische Sprache, und viele Theater wurden zu Laboratorien dieser neuartigen postmigrantischen Kultur, während migrantischer HipHop die Jugendsprache eroberte. Netzwerke wie Kanak Attak verkündeten „No Integration!“, beendeten die Dialogkultur mit der Mehrheitsgesellschaft und verfassten 1998 ein Manifest,⁰⁹ das vielleicht als erste postmigrantische Selbstverortung gelesen werden kann.

Mit der Ausstellung „Projekt Migration“ 2005 in Köln wurden diese frühen Erzählungen systematisiert,¹⁰ und es folgten erste Dissertati-

07 Vgl. Peggy Piesche (Hrsg.), *Labor 89. Intersektionale Bewegungsgeschichte*n aus West und Ost*, Berlin 2019.

08 Firat Kara/Kristina Kara (Hrsg.), *Haymat. Türkisch-deutsche Ansichten*, Berlin 2019.

09 Siehe www.kanak-attak.de/ka/about/manif_deu.html.

10 Siehe www.kulturstiftung-des-bundes.de/de/projekte/bild_und_raum/detail/projekt_migration.html.

onen zur Geschichte der Einwanderung und ihrer Kämpfe sowie zu neuen Theoriedebatten um Rassismus und poststrukturalistische und intersektionale Konzepte von Zugehörigkeit und Staatsbürgerschaft. Debatten um den Begriff „Multitude“ lösten homogene Vorstellungen von autochthonen Bevölkerungen und ihrem verworfenen Anderen auf, ebenso monolithische Erzählungen von Herrschaft und Subalternität oder von Zentrum und Peripherie. Einst kleine lokale Archive wie das Kölner DOMiD entwickelten sich zu zentralen Registern der historischen Migrationsforschung und stehen heute kurz davor, als Museen Migrationsgeschichte kanonisch zu machen. Erste Professuren und Forschungsnetzwerke wie Kritnet entstanden. Kurzum: Die unterbrochene Erinnerung an die (post)migrantische Transformationsgeschichte dieses Landes wurde von den Nachkommen der Migrant:innen, von jüngeren Schwarzen Deutschen und von einer jüdischen Post-Wende-Generation in Auseinandersetzung mit ihren Eltern, durch kulturelle Interventionen, durch Sichtbarmachung und Systematisierung und schließlich durch Institutionalisierung fortgeführt und zu einer neuen Vision einer inklusiven Gesellschaft verknüpft.

In Ostdeutschland besaß dieser Prozess der transgenerationalen Weitergabe eine andere Zeitlichkeit, ordnet sich aber ebenfalls in die Überwindung der gewaltvollen Unterbrechung ein, die die ehemaligen Vertragsarbeiter:innen und ihre Nachkommen mit dem Mauerfall erleben mussten. Hier fand die „Entdeckung“ der Geschichte der Elterngeneration auf ganz ähnliche Weise statt wie im Westen, allerdings 20 Jahre später. Zwar hatte es mit Polen und Ungarn auch bereits in den 1960er Jahren erste Anwerbeabkommen gegeben, jedoch war die Arbeitsmigration in die DDR im größeren Maße erst ab den 1970er und 1980er Jahren angelaufen, namentlich aus Algerien, Kuba, Mosambik, Vietnam und Angola; hinzu kamen in den 1970er Jahren politische Flüchtlinge vor allem aus Chile. Vor einigen Jahren begannen im Osten die jetzt erwachsen gewordenen Nachkommen der Vertragsarbeiter:innen – aufgrund des verwehrten Familiennachzugs und der erzwungenen Rückkehr oftmals vaterlos aufgewachsene Kinder binationaler Ehen¹¹ –, die Geschichte ihrer Eltern

sichtbar werden zu lassen, nicht zuletzt für sich selbst. Der gegenwärtig zu beobachtende migrationshistorische „Aufbruch Ost“ zeugt von einem heterotopischen Begehren, das strukturell der Geburt des Postmigrantisches in Westdeutschland zu Beginn der 2000er Jahre ähnelt.

MIGRANTISCHER PERSPEKTIVWECHSEL

Die Aufarbeitung der Vergangenheit und die damit einhergehende Eroberung kultureller wie akademischer Sprechpositionen ab den späten 1990er Jahren schufen allmählich einen Resonanzraum für die Perspektive von Opfern rassistischer Gewalt. Die Transformation zu einer postmigrantischen Gesellschaft fand indes unter den Bedingungen der Kontinuität rassistischer Angriffe und struktureller Entrechtung statt. In dem für demokratisches Gelingen grundlegenden doppelten Axiom von Recht und Repräsentation fand vor allem im Letzteren ein großer Paradigmenwechsel statt, wie sich an allgegenwärtigen Diversity-Kampagnen zeigt. Auf der Ebene der Gleichstellung von Migrant:innen, von Schwarzen Menschen, von Geflüchteten oder von Rom:nja und Sinti:zze ist hingegen wenig geschehen. Angesichts fehlender Rechte von Geflüchteten, ihrer über Jahrzehnte fortgesetzten Unterbringung in menschenunwürdigen Lagern, der Praxis der Abschiebung, der Militarisierung der Grenzregime und dem Sterbenlassen an den europäischen Außengrenzen, angesichts faktischer Segregation im Schulwesen und mangelnder Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt, der Persistenz rechter Netzwerke in Ermittlungsbehörden, fehlender Antidiskriminierungsgesetze und juristischer Untätigkeit gegenüber rechten Netzwerken sowie mangelnder politischer Partizipationsmöglichkeiten, etwa durch die Gebundenheit des Wahlrechts an die Staatsbürgerschaft und nicht an den Lebensmittelpunkt, kann von demokratischer Gleichbehandlung der hier lebenden Bevölkerung nicht die Rede sein.

In zivilgesellschaftlicher Hinsicht hat sich in den vergangenen zehn Jahren in Deutschland allerdings vieles grundlegend verändert und steht in einem zunehmenden Gegensatz zu den behördlichen Beharrungskräften und dem staatlichen Handeln. Rassismus wird mittlerweile auf breiter zivilgesellschaftlicher Ebene thematisiert und bekämpft, wobei den Betroffenen eine zentrale Rolle zugesprochen wird. Dies war bis vor we-

¹¹ Vgl. Lydia Lierke/Jessica Massochua/Cynthia Zimmermann, *Ossis of Color. Vom Erzählen (p)ost-migrantischer Geschichten*, in: Lierke/Perinelli (Anm. 5), S. 451–467.

nigen Jahren undenkbar, trotz des Engagements der Angehörigen.

So nahmen die Familien der Opfer des NSU von Beginn an zahlreiche Anstrengungen auf sich, um die Ermordeten durch öffentliches Gedenken in das gesellschaftliche Gedächtnis einzuschreiben. Auf einer zentralen Demonstration nur wenige Wochen nach den beiden Morden an Mehmet Kubaşık in Dortmund und Halit Yozgat in Kassel am 4. beziehungsweise 6. April 2006 trugen die Teilnehmenden die Porträts der neun ermordeten Männer an der Spitze des Protestzuges. Sie machten auf das rassistische Motiv hinter der Mordserie aufmerksam, das noch jahrelang von den Behörden, der Politik und den Medien geleugnet werden sollte, und machten mit dem körpernahen Tragen der Fotos zusammen mit der Parole „Wir lassen euch nicht allein!“ in türkischer Sprache die Toten als unverbrüchlichen Teil der eigenen Community sichtbar.¹² Im Gegensatz zu dem Aufruf #SayTheirNames, der das Erinnern zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe machte, waren die betroffenen Familien im NSU-Komplex isoliert. Zwar appellierten die Familien Yozgat und Kubaşık an den Staat, die Täter endlich festzunehmen, doch war die Trauer auf die eigene Community beschränkt und wurden alle Hinterbliebenen von den Ermittlungsbehörden und der Presse weitere fünf Jahre als Täter:innen stigmatisiert und kriminalisiert.

Jahre zuvor hatten sich die Überlebenden des Pogroms von Hoyerswerda 1991 organisiert und die Angriffe thematisiert, und wenige Tage nach dem Pogrom in Rostock-Lichtenhagen 1992 hatten die überlebenden Vietnames:innen den Verein Diên Hồng gegründet, der bis heute eine maßgebliche Rolle in der Aufarbeitung der Ereignisse spielt. Ebenso erinnert Izabela Tiberiade, Tochter eines überlebenden Rom, an die antiziganistische Dimension der Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen.¹³ Ibrahim Arslan, der 1992 als Kind den Brandanschlag in Mölln knapp überlebte, kämpft seit vielen Jahren für das Erinnern an seine ermordete Cousine Ayşe Yılmaz, seine Schwester Yeliz sowie an seine Großmutter Bahide Arslan.¹⁴ Und die 2022 verstorbene Mevlüde Genç hielt über drei Jahrzehnte die Erinnerung an ihre in Solingen ermordeten Töchter Gürsün Ince und Hatice Genç,

an ihre Enkeltöchter Hülya und Saime Genç und an ihre Nichte Gülüstan Öztürk wach.

Erst die Erinnerung an die eigene Geschichte machte begreifbar, worauf der Rassismus strukturell, alltäglich oder gar terroristisch zielte, und war deswegen für das Aufarbeiten der erfahrenen Gewalt grundlegend. So bot etwa Mitat Özdemir, Überlebender des Nagelbombenanschlags des NSU auf der Kölner Keupstraße 2004, eine der wenigen Analysen für die umfassende Gewalt des NSU-Komplexes, die mit der Mord- und Anschlagsserie, der behördlichen Opfer-Täter-Umkehr und der medialen Stigmatisierung der Betroffenen die migrantischen Lebensrealitäten in diesem Land über viele Jahre angreifbar machte. Auf dem zivilgesellschaftlichen NSU-Tribunal 2017 in Köln schilderte er die Geschichte des einstigen Arbeiterstadtteils in Köln-Mülheim und speziell der Keupstraße, die ehemalige migrantische Industriearbeiter:innen instandgesetzt und zu einer Laden- und Geschäftszeile entwickelt hatten, die zum Stolz der türkeistämmigen Bevölkerung in ganz Nordrhein-Westfalen geworden war, und wie die Bombe sowie die nachgelagerte behördliche, politische und mediale „Bombe nach der Bombe“ die Emanzipationsbewegung und die ökonomische Konsolidierung der einstigen Gastarbeiter:innen destabilisiert und gedroht hatte, aus der Keupstraße ein zu meidendes Getto zu machen – und ihre Bewohner:innen erneut zu Fremden.

Diese Erinnerungen sind nicht nur von multiperspektivischen Geschichten geprägt, sondern auch von vielfältigen und widersprüchlichen Emotionen. Gerade dort aber, wo die Mechanismen von Rassismus, Missachtung und Entrechtung die Erinnerungen an die Vergangenheit unterbrechen, ist auch ihre Verarbeitung strukturell verunmöglicht. Auf der Suche nach Gerechtigkeit und im Kampf um Anerkennung versuchen nachkommende Generationen daher oftmals lebenslang und teilweise unbewusst zu lösen, was für die Eltern- und Großelterngeneration unaussprechbar bleiben musste, weil der gesellschaftliche Raum der Reflexion und Empathie nicht gegeben war. Das transgenerationale Erinnern spielt dabei stets eine doppelte Rolle, da das Wissen um die Kämpfe der Älteren eine gesellschaftliche Neupositionierung der Jüngeren erlaubt, so wie auch die Geschichten der Jüngeren den Älteren ermöglichen, ihr Erlebtes neu zu bearbeiten.

Gerade das offensive Moment in der Erinnerung an die Geschichte rassistischer Gewalt hat sich in

¹² Vgl. Ayşe Güleş, Vortrag auf der Soft Solidarity Assembly, 14. 11. 2020, <https://youtu.be/QLhcphuYNbQ>.

¹³ Siehe www.roma-center.de/izabela-fiberiade.

¹⁴ Siehe <https://gedenkenmoelln1992.wordpress.com>.

den vergangenen Jahren stark verändert, etwa wenn das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen nicht nur als passiv erlebte Katastrophe erzählt wird, sondern mittlerweile die Gegenwehr der angegriffenen Vietnames:innen hervorgehoben wird.¹⁵ Und auch das Beispiel der Keupstraße zeigt, dass hier keine unerklärliche Gewalt aus dem Nichts eine passive Community getroffen hat, sondern dass die Nagelbombe ein Angriff auf die erkämpfte Zugehörigkeit und die heterogene Prägung unserer Städte bedeutete, in der die Geschichte der Migration eine entscheidende Rolle gespielt hat.

MULTIDIREKTIONALES ERINNERN

Das migrantisch situierte Wissen in der Erinnerungsarbeit verdoppelt sich aber nicht nur transgenerational, sondern übersteigt auch die jeweils partikulare Gruppengeschichte und öffnet sich anderen Erfahrungen. Tatsächlich erinnern seit einigen Jahren viele Betroffene unterschiedlicher kollektiver Gewalterfahrungen gemeinsam an ihre Geschichten beziehungsweise erkennen ihre eigene Geschichte in den Erzählungen anderer. Diese Methode, bei der versucht wird, den Raum der Solidarität im Bewusstsein der Heterogenität in der Gesellschaft zu erweitern und damit offensiv der Gefahr einer Opferkonkurrenz zu begegnen, kann mit dem Literaturwissenschaftler für Holocaust-Studies Michael Rothberg als „multidirektionale Erinnerung“ bezeichnet werden.

Das jährliche Gedenkritual der Familie Arslan zum rassistischen Brandanschlag auf ihr Wohnhaus 1992 war hierfür richtungweisend. Im Rahmen der „Möllner Rede im Exil“ teilten 2017 Ibrahim Arslan und die Auschwitz-Überlebende Esther Bejarano ihre Erinnerungen und erzählten, wie sie als Kinder ihre Familien durch die Gewalt von Nazis verloren und selbst knapp überlebten.¹⁶ 2021 wiederholte das Format diese Praxis:¹⁷ Newroz Duman berichtete von ihrer Fluchtgeschichte als Kind, von dem Leben in Lagern, den

Abschiebungen von geliebten Menschen, dem alltäglichen Rassismus und schließlich vom Anschlag in Hanau und der unermüdlichen Arbeit, sich mit den Angehörigen und Freund:innen der Ermordeten zu organisieren, und Naomi Henkel-Gümbel wiederum berichtete von ihren Erlebnissen in der Synagoge in Halle während des terroristischen Anschlags an Jom Kippur 2019.

Als weiteres Beispiel mag die diesjährige Ausstellung „3 Doors“ dienen, die in Zusammenarbeit der Hanauer Initiative 19. Februar und der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh mit dem Institut Forensic Architecture konzipiert wurde, um die offenen Fragen zur Aufklärung der Morde in Hanau 2020 und zum Tode Jallohs in Polizeigewahrsam in Dessau 2005 zu untersuchen.

Diese Beispiele multidirektionaler Erinnerung, in denen wechselseitig aus so unterschiedlichen Kontexten wie der Gewalterfahrung der Shoah, dem Rassismus in der Gastarbeiter-Ära, den sogenannten Baseballschlägerjahren, der Polizeigewalt gegen Geflüchtete, dem Neonazi-Terrorismus der 2000er Jahre und den Anschlägen von Halle und Hanau gesprochen wurde, waren weder selbstverständlich noch unproblematisch. Alle Betroffenen dieser Gewaltdimensionen waren und sind mit Blick auf staatliche Ressourcenverteilung und mediale Wahrnehmungsökonomien gegeneinander in Konkurrenz gesetzt. Dennoch gingen sie gestärkt aus ihrem gemeinsamen „öffentlichen Aufstand der Trauer“ und des Erinnerns hervor.¹⁸

Die unterschiedlichen Erinnerungen von Geflüchteten, Überlebenden, Opferangehörigen oder von Migrant:innen sowie von Juden und Jüdinnen verdichten sich zu einer Geschichtsschreibung, die nicht exklusiv und hierarchisch ist. In ihrer Singularität haben sie sich zu einem gemeinsamen Narrativ verwoben, das nicht weniger, sondern mehr Aufmerksamkeit für die einzelnen Positionen erzeugen und nicht Konkurrenz, sondern zukunftsorientierte Solidarität hervorrufen konnte. Dieses nicht-identitäre Erinnern ist eine Errungenschaft, die, von den exkludierten Rändern der Gesellschaft ausgehend, das erinnerungspolitische Dispositiv dieses Landes grundlegend verändert hat.

MASSIMO PERINELLI

ist Referent für Migration an der Akademie für politische Bildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin.

massimo.perinelli@rosalux.org

¹⁵ Vgl. Nguyen Do Thinh zit. nach Fabian Hillebrand/Vanessa Vu, Das Pogrom und wir, 13. 8. 2022, www.zeit.de/2022/33/rechtsextremismus-rostock-lichtenhagen-1992-pogrom.

¹⁶ Für die Mitschnitte siehe <https://youtu.be/QtmmNsA3tN0> und <https://youtu.be/327Kb0J4gkU>.

¹⁷ Für den Mitschnitt siehe https://youtu.be/39oG_oOPfPk.

¹⁸ Kann man ein gutes Leben im Schlechten führen?, Dankesrede von Judith Butler zur Verleihung des Adorno-Preises, Frankfurt/M., 11. 9. 2012, www.fr.de/-11319646.html.

MÖLLN, SOLINGEN UND DIE LANGE GESCHICHTE DES RASSISMUS IN DER BUNDESREPUBLIK

Franka Maubach

„Wie ich mir die Zukunft vorstelle, weiß ich nicht, aber wenn's noch weiter mit diesen Brandanschlägen geht, möchte ich keine Zukunft. Ich habe keine Lust, mal selber in diesen Flammen zu stecken.“

Nuray, 1993

1993, nach dem Brandanschlag in ihrer Stadt, der fünf jungen Frauen und Mädchen der Familie Genç das Leben gekostet hatte, wurde die 14-jährige Solingerin Nuray zu ihrer Zukunft befragt. Zunächst antwortete sie ganz altersgemäß: Sie gehe gerne zur Schule, habe eine deutsche Freundin und nette Nachbarn. Aber auch wenn Deutschland ihre Heimat sei: Eine Zukunft hier könne sie sich schwer vorstellen, sie fühle sich in der Türkei, dem Heimatland ihrer Eltern, „sicherer“. Ihre Angst brachte sie auf eine erschreckend lakonische und dabei jugendliche Weise zum Ausdruck: Sie habe „keine Lust, mal selber in diesen Flammen zu stecken“.⁰¹ Ob man es, so wie Nuray, formulieren konnte, oder ob man es für sich behielt und schwieg: Es war blanke Todesangst, die unter Menschen mit Migrationsgeschichte in der ersten Hälfte der 1990er Jahre umging, als die rassistische Gewalt in der Bundesrepublik wie nie zuvor eskalierte. Sie gründete auf dem Wissen, was möglich war und passieren konnte.

Ikonische Bilder der ausgebrannten Häuser in Mölln und Solingen, die im November 1992 und im Mai 1993 Deutschland erschütterten, prägten sich vor allem den türkeistämmigen Bevölkerungsgruppen in der Bundesrepublik unauslöschlich ein, begleitet von Ängsten um die eigene Familie und um sich selbst. Ferda Ataman, seit Juli 2022 Unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung, erinnert sich in einem Radiofeature: „Ich weiß noch, dass meine Mutter damals viel Nachrichten schaute, weinte und sagte: ‚Bizi yakıyorlar‘, ‚Sie verbrennen uns‘.“⁰² Der Mord an den Familien Arslan und Genç enthielt eine bedrohliche Botschaft: Es

konnte alle treffen, die als „Ausländer“ angesehen wurden, auch Kinder. Das Wissen darum, dass es „Menschen gab, die sie tot sehen wollten“, wie es Fatma Aydemir in ihrem Roman „Dschinns“ eine weibliche Hauptfigur sagen lässt, war danach ein steter Begleiter.⁰³ So mischten sich die Bilder von Mölln und Solingen mit Rassismuserfahrungen im Alltag. Beides fügte sich zum Wissen um die Kontinuitäten rassistischer Gewalt zusammen – eine Erkenntnis, die sich nicht-betroffene Angehörige der Gesellschaft offenbar erst mühsam kognitiv und immer wieder aufs Neue erarbeiten müssen.

Bei dem von vier rechtsradikalen Tätern verübten Mordanschlag in Solingen kamen in der Nacht vom 28. auf den 29. Mai 1993 fünf Mädchen und junge Frauen ums Leben. Die 28-jährige Gürsün İnce starb nach dem Sprung aus dem Dachgeschossfenster des Einfamilienhauses in der Unteren Wernerstraße 81. Vier Menschen verbrannten im Haus: die 18-jährige Hatice Genç, die neunjährige Hülya Genç, ihre vierjährige Schwester Saime sowie die zwölfjährige Gülüstan Öztürk, die aus der Türkei zu Besuch war. Anlass für den Besuch war das einen Tag später anstehende Opferfest gewesen. Die Mädchen hatten neue Kleider bekommen, die zusammen mit kleinen Geschenken neben ihren Betten lagen, Saime dazu noch einen Kindergartenplatz, über den sie so glücklich war, dass sie den Brief immer wieder ihrer Großmutter zeigte – Mevlüde Genç hat danach in Interviews von diesem letzten Tag erzählt. Ihre Erzählungen machen deutlich, dass und wie der Mordanschlag das Leben einer Familie von jetzt auf gleich zerstörte. Wie gingen die Überlebenden und die potenziellen Opfer rassistischer Gewalt mit der Angst um? In welchem gesellschaftlichen Klima ereigneten sich die Mordanschläge, welche historischen Ursachen lassen sich identifizieren?

Ich möchte hier die These vertreten, dass die Gewaltform des Brandanschlags auf die Wohn-

häuser türkeistämmiger Familien eine historische Genese hat, die in die alte Bundesrepublik zurückführt. Seit den 1970er, vor allem aber in den 1980er Jahren entwickelte sich hier das, was zeitgenössisch als „Türkenhass“ oder „Türkenfeindlichkeit“ bezeichnet wurde, zu einem eigenen Kosmos. Wer in ihm lebte, den begleitete die Angst vor Diskriminierung, aber auch vor Gewalt und Abschiebung, verlässlich durch den Alltag. Die bundesdeutschen 1980er Jahre lassen sich als Pendant zu den „Baseballschlägerjahren“ ein Jahrzehnt später verstehen; zugleich unterscheidet sie ihr Gepräge von dieser Zeit.⁰⁴ In diesen Jahren entstand ein Einwanderungsrassismus, der nicht nur in seinen politischen und gesellschaftlichen, sondern auch in seinen begrifflichen Kontexten verstanden werden muss. Er wird hier zuerst skizziert. Danach wird am Beispiel des Wohnens, das ich als Kreuzungspunkt des Einwanderungsrassismus begreife, gezeigt, wie struktureller Rassismus und Rassismus im Alltag einander verstärkten.

EINWANDERUNGSRASSISMUS IN DER BUNDESREPUBLIK

Fragen nach den Erfahrungen und Umgangsweisen mit rassistischer Gewalt sind zeithistorisch wenig untersucht. Entweder werden die Brandanschläge 1992 und 1993, so suggeriert es die stereotype Reihung der Ortsnamen Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln, Solingen, als Folgeereignisse der Gewaltwelle in Ostdeutschland verstanden. Oder sie werden in einer von der zeitlichen Nähe der Ereignisse nahegelegten kausalen Logik mit dem „Asylkompromiss“ in Verbindung gebracht, der am 26. Mai 1993, drei Tage vor dem Anschlag in Solingen, vom Bundestag verabschiedet wurde.⁰⁵

01 Zit. nach Johannes Motz, Szenen aus dem deutsch-türkischen Alltag in Solingen, in: Manfred Krause/Solinger Geschichtswerkstatt e. V. (Hrsg.), Eine Stadt und ihre ausländischen BewohnerInnen. Geschichte und jüngste Vergangenheit, Solingen 1994, S. 196–200, hier S. 198.

02 Zit. nach Ferda Ataman/Johannes Nichelmann, „Gastarbeiter“-Kultur. 60 Jahre Migration aus der Türkei, Feature, WDR 2021, www1.wdr.de/mediathek/audio/wdr3/wdr3-kulturfeature/audio-gastarbeiter--kultur--jahre-migration-aus-der-tuerkei-100.html, Min. 22:32–22:41.

03 Fatma Aydemir, Dschinns, München 2022, S. 133.

04 Vgl. dazu den Beitrag von Christian Bangel in diesem Heft.

05 Das kritisiert auch Maria Alexopoulou, Deutschland und die Migration. Geschichte einer Einwanderungsgesellschaft wider Willen, Stuttgart 2020, S. 215.

Tatsächlich lassen sich die Brandanschläge auf von Familien türkischer Herkunft bewohnte Häuser nicht jenseits der rassistischen Konstellation verstehen, die sich mit Mauerfall und Vereinigung entwickelte und in der „Vereinigungskrise“ auswuchs – als eine Kombination aus, wie der Historiker Patrice Poutrus pointiert, „politischer Mobilisierung, Kampagnenjournalismus und rassistischer Gewalt“.⁰⁶ Die dadurch erzeugte Dynamik mobilisierte potenzielle Gewalttäter*innen, während sich für die potenziellen Opfer die Angst, im Alltag rassistische Gewalt zu erleben, zu einer Möglichkeit mit immer größerer Wahrscheinlichkeit verdichtete.

Gleichzeitig wohnt diesen Erklärungen, mag die Folge der Ereignisse sie auch plausibilisieren, eine dreifache Gefahr inne: *Erstens* dienen sie als bequemes Argument, um die Ursachen rassistischer Gewalt vom „reinen Westen“ auf den „braunen Osten“ abzuschieben und sich damit der Notwendigkeit zu entziehen, die westdeutsche Parallelgeschichte in ihrer Spezifik und Genese zu untersuchen. *Zweitens* verknüpfen sie lokale Gewaltereignisse und bundespolitische Entscheidungen in zwar plausibler, aber auch suggestiver Weise, denn gründlich gearbeitete empirische Forschungen zur Asylpolitik nach der Vereinigung liegen bislang nicht vor; es fehlt uns an quellenbasiertem Wissen. Daneben verstellt die These den Blick auf mittel- und längerfristige Kontinuitäten, die in die Geschichte der Bundesrepublik zurückreichen. *Drittens* geraten die lokalen Kontexte und individuellen Erfahrungen zu oft aus dem Blick. Um die Allgegenwart rassistischer Diskriminierung verstehen zu können, muss der Kosmos individueller Erfahrungen und Reaktionsweisen viel systematischer ausgeleuchtet werden – auch um aus den oft passivierten Opfern handelnde Akteur*innen zu machen.⁰⁷

RASSISTISCHER BEGRIFFSKOSMOS

Wenn Menschen türkischer Herkunft von den 1980er Jahren erzählen, wie Fatma Aydemir oder

06 Patrice Poutrus, Umkämpftes Asyl. Vom Nachkriegsdeutschland bis in die Gegenwart, Berlin 2019, S. 171. Für den Begriff Jürgen Kocka, Vereinigungskrise. Zur Geschichte der Gegenwart, Frankfurt/M. 1995.

07 Vgl. Teresa Koloma Beck, „I’m a victor, not a victim!“. Verweigerung und Selbstbehauptung in Opfererzählungen, in: Mittelweg 2/2021, S. 84–104.

Ferda Ataman, dann wird deutlich, dass antitürkischer Rassismus zu dieser Zeit auf allen Ebenen der Gesellschaft grassierte.⁰⁸ Ataman spürte damals „an vielen Stellen“, dass sie „Ausländerin“ sei.⁰⁹ Aus der Optik des damaligen Kindes – Ataman wurde 1979 geboren – ließ sich die Diskriminierung vor allem am Verhalten ihrer Lehrer*innen ablesen. So sollte sie in eine, wie es damals hieß, „Ausländerklasse“ eingeschult werden, wogegen ihre Eltern erfolgreich protestierten, und erhielt später keine Gymnasialempfehlung. Solche Entscheidungen gegen die Förderung begabter Kinder beruhten auf der politisch induzierten und gesellschaftlich geläufigen Vorstellung, dass die „Gastarbeiter“-Familien ohnehin in ihre Herkunftsländer zurückkehren würden und dass deren Kinder darum keine deutsche Schulbildung nötig hätten.

Dieser Kosmos eines im Alltag stets präsenten Rassismus stellte sich für Kinder und Jugendliche wie Nuray oder Ferda Ataman anders dar als für ältere Personen, anders für Männer als für Frauen und je unterschiedlich auch für verschiedene soziale Schichten und Milieus. In ihm lebten zudem nicht nur die Angehörigen jener in sich diversen Gruppe, die aus der Türkei nach Deutschland gekommen waren, sondern alle, die als „türkisch“ – und das meinte damals: fundamental „fremd“ – angesehen wurden. Das Wort „Türke“ bedeutete mehr als die Herkunft aus der Türkei; es avancierte zum konstruktiven Synonym für den „Fremden“ an sich, eine kaum überbrückbare Nicht-Dazugehörigkeit und grundlegende Distanz. Aus diesem Grund muss den Begriffen, die damals geprägt wurden und kursierten, mit aller semantischen Vorsicht begegnet werden; mit einer Sprachsensibilität, die keiner abstrakten Political Correctness gehorcht, sondern sich dem Nachdenken darüber verdankt, dass diese Begriffe historische Konnotationen transportieren, die reaktiviert werden, wenn man die Wörter verwendet.

Auch der in den 1980er Jahren gebräuchliche, vom Migrations- und Rassismusforscher Mark

Terkessidis kritisch reflektierte Begriff „Fremdenfeindlichkeit“ wurde schon zeitgenössisch als „Türkenfeindlichkeit“ übersetzt.¹⁰ Nach dem Brandanschlag in Solingen argumentierte der damalige Leiter des Zentrums für Türkeistudien in Essen, Faruk Şen, dass die „Fremdenfeindlichkeit“ im Grunde eine „Türkenfeindlichkeit“ sei, „weil sich die Aggressionen in erster Linie gegen Andersaussehende richten“.¹¹ Selbst die auf Wände geschmierten rassistischen Parolen waren austauschbar: „Ausländer raus“ oder „Türken raus“.¹² „Wenn Sie jemanden nach dem Spruch ‚Ausländer raus‘ fragen, fallen ihm immer gleich die Türken ein“, pointierte ein Solinger mit türkischer Migrationsgeschichte.¹³

RASSISTISCHE ZUZUGBSCHRÄNKUNGS- UND RÜCKFÜHRUNGSPOLITIK

Dieser wirkmächtige Begriffskosmos entwickelte sich parallel zur Einwanderung aus der Türkei und reagierte auf das, was der Historiker Marcel Berlinghoff treffend als „Entdeckung der Einwanderung“ bezeichnet hat.¹⁴ Zunächst war „Gastarbeit“ als ein befristeter Arbeitsaufenthalt verstanden worden, dessen Dauer sich nach seinem ökonomischen Nutzwert bemmaß, in Zeiten der Krise also disponibel war. Parallel zu und zugleich unabhängig von den ersten Rezessionen der Nachkriegszeit, zwischen Mitte der 1960er Jahre und der Ölpreiskrise 1973, wurde deutlich, dass die Arbeitsmigrant*innen nicht nur in Deutschland arbeiteten, sondern dort auch lebten, ihre Familien nachzogen und Freundeskreise aufbauten, sich gewerkschaftlich organisierten oder in Sportvereine eintraten.

Der im November 1973 verhängte „Anwerbestopp“ war primär eine Antwort auf diese „Entdeckung der Einwanderung“ und reagierte nur sekundär auf die ökonomische Krise. Bekanntlich stieg die Zahl von Migrant*innen aus der Türkei

08 Vgl. speziell für die Perspektive der zweiten Generation auf den Mordanschlag Birgül Demirtaş, *Der Brandanschlag in Solingen und seine Wahrnehmung durch die zweite Generation von türkeistämmigen Migranten*, Bachelor-Thesis, Hochschule Düsseldorf 2016, https://landesintegrationsrat.nrw/wp-content/uploads/2016/06/Landesintegrationsrat_Demirtas_Solingen_Internet.pdf.

09 „Ich bin längst nicht so woke, wie manche denken.“ Interview mit Ferda Ataman, 20.7.2022, www.zeit.de/2022/30/ferda-ataman-antidiskriminierungsbeauftragte-migration.

10 Vgl. Mark Terkessidis, *Die Banalität des Rassismus*.

Migranten zweiter Generation entwickeln eine neue Perspektive, Bielefeld 2004, S. 44–71.

11 Weder Heimat noch Freunde. Interview mit Faruk Şen, in: *Der Spiegel* 23/1993, S. 16–29, hier S. 17.

12 Vgl. Philipp Ther, *Die Außenseiter. Flucht, Flüchtlinge und Integration im modernen Europa*, Frankfurt/M. 2018, S. 326.

13 Zit. nach Metin Gür/Alaverdi Turhan, *Die Solingen-Akte*, Düsseldorf 1996, S. 20.

14 Vgl. Marcel Berlinghoff, *Das Ende der „Gastarbeit“. Europäische Anwerbestops 1970–1974*, Paderborn 2013, S. 17.

dennoch: nicht nur wegen des Familiennachzugs, sondern auch, weil nach dem Militärputsch 1980 türkische Flüchtlinge Asyl beantragten.

Die Jahre um 1980 lassen sich als Zäsur in der Rassismushistorie der Bundesrepublik verstehen, in der mit teilweise drastischen Formen einer Zuzugsbeschränkungs-, Rückführungs- oder gar Ausweisungspolitik experimentiert wurde. Dabei unterschied sich die Haltung der beiden großen Volksparteien SPD und CDU/CSU nur graduell, Kontinuitäten in der „Ausländerpolitik“ zwischen den Regierungen Schmidt und Kohl überwogen – aus dieser Perspektive ist die Zustimmung der SPD zum „Asylkompromiss“ 1993 weniger erstaunlich. Die sozialliberale Regierung unter Helmut Schmidt hatte in der Bundesrepublik, analog zu anderen europäischen Staaten, nicht nur den Anwerbestopp verhängt, sondern in einem Kabinettsbeschluss vom November 1981 auch bekräftigt, dass die Bundesrepublik „kein Einwanderungsland ist und auch nicht werden soll“. ¹⁵ Reform- und Gegenstimmen, wie die des Liberalen Gerhart Baum, der zu Protokoll gab, die Bundesrepublik sei „de facto ein Einwanderungsland“, oder des ersten „Ausländerbeauftragten“, Heinz Kühn (SPD), konnten sich nicht durchsetzen. ¹⁶

Stattdessen wurden die Ansätze zu einer ihrerseits zu problematisierenden „Integrationspolitik“ und Vorschläge einer Einbindung durch Partizipation von einer forcierten Zuzugsbeschränkungs- wie Rückführungspolitik verdrängt. Diese operierte auf mehreren Ebenen und musste noch genauer bis in ihre lokalen bürokratischen Details hinein verfolgt werden. ¹⁷ Ein Kerninstrument der Zuzugsbeschränkung war der Familiennachzug: Noch unter Schmidt wurde das erlaubte Nachzugsalter auf 16 Jahre gesenkt, bald darauf folgten heftige Diskussionen über eine Altersbe-

grenzung auf sechs Jahre. ¹⁸ Parallel wurde weit vor dem „Asylkompromiss“ der Zugang über das Grundrecht auf Asyl etappenweise eingeschränkt, gerade mit Blick auf die nach dem Putsch 1980 aus der Türkei kommenden Flüchtlinge, die – mit diesem Begriff – als „unechte“ Flüchtlinge markiert wurden. ¹⁹ Restriktive Asyl- und „Ausländer“-Politik entwickelten sich ab den 1980er Jahren in engem Zusammenhang.

Daneben wurde mit rabiatischen Formen einer Rückführungs- oder gar Ausweisungspolitik experimentiert. Ausländerbehörden setzten diese gelegentlich willkürlich ins Werk, wie die Ausländerbehörde Gelsenkirchen, die – politisch nicht gedeckt – anordnete, Ausländer über 18 Jahren, die nicht in einem Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis stünden, seien auszuweisen. ²⁰ Der rechtskonservative Innensenator Heinrich Lummer (CDU) unterzeichnete in der Folge einen ähnlichen Erlass für Westberlin. Schon Mitte der 1970er Jahre war dort eine Zuzugssperre für die Bezirke Kreuzberg, Neukölln und Tiergarten verhängt worden – für Bezirke mithin, die sich zu Zentren der türkeistämmigen Community entwickelt hatten und medial als „Gettos“ und „Parallelgesellschaft“ stigmatisiert wurden. ²¹ Von diesem politisch beförderten Klima profitierten die Republikaner, die 1989 mit 7,5 Prozent der Stimmen ins Westberliner Abgeordnetenhaus einzogen, ebenso wie die „Bürgerinitiativen Ausländerstopp“, die in vielen Städten regen Anhang fanden und als westdeutsche Frühform populistischen Protests à la Pegida eingeordnet werden können.

Zentral war schließlich das unter der Regierung Schmidt vorbereitete und unter Kohl 1983 ausgearbeitete „Gesetz zur Förderung der Rückkehrwilligkeit von Ausländern“, das die Entscheidung zur Rückwanderung ins Herkunftsland mit Prämienzahlungen belohnte. 10500 D-Mark plus 1500 D-Mark pro Kind erhielt eine Familie, wenn sie die Bundesrepublik verließ; die Communities titulierten das sarkastisch als „Hau-ab-Prämie“. Die Zahl derjenigen, die zurückkehrten, war an-

¹⁵ Protokoll der Kabinettsitzung vom 11. 11. 1981, Tagesordnungspunkt 4: Ausländerpolitik, www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1981k/kap1_1/kap2_48/para3_4.html.

¹⁶ Vgl. ebd. sowie das wegweisende Memorandum von Heinz Kühn, Stand und Weiterentwicklung der Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1979, in dem eine erleichterte Staatsbürgerschaft ebenso vorgeschlagen wurde wie das kommunale Wahlrecht.

¹⁷ Für die Bundesebene wurde das bereits getan von Karin Hunn, „Nächstes Jahr kehren wir zurück ...“ Die Geschichte der türkischen „Gastarbeiter“ in der Bundesrepublik, Göttingen 2005.

¹⁸ Vgl. ebd., S. 459–477.

¹⁹ Im Juni 1980 wurde das „Sofortprogramm zur Begrenzung der Einreise ‚unechter‘ Asylbewerber“ verkündet.

²⁰ Vgl. Hunn (Anm. 17), S. 463f.

²¹ Vgl. Stefan Zeppenfeld, Vom Gast zum Gastwirt. Türkische Arbeitswelten in West-Berlin, Göttingen 2021, S. 60, der hingegen argumentiert, dass das an der Mauer gelegene Kreuzberg durch den Zuzug, die Eröffnung von Geschäften und die intensivierte Gewerbetätigkeit wieder belebt worden sei.

gesichts der Lage in der Türkei gering. Dennoch forcierte die in Betrieben und Nachbarschaften spürbare Rückreisewelle den Rassismus bei all denjenigen, die dafür zugänglich waren. Während die Rückführung bei Mannesmann in Duisburg auf Hochtouren lief – insgesamt 1000 Arbeiter*innen entschieden sich dort für Abfindung und Rückkehr –, brannte im Stadtteil Wanheimerort 1984 ein von türkeistämmigen Familien bewohntes Haus, in dessen Flur das Gepäck für die Rückreise einer Nachbarsfamilie zwischengelagert stand.²² Gelegt hatte das Feuer offenbar eine pathologische Pyromanin mit rassistischen Affekten; sie gestand die Brandstiftung zehn Jahre später, als sie in einer Flüchtlingsunterkunft erneut Feuer legte.

WOHNEN ALS KREUZUNGSPUNKT DES EINWANDERUNGSRASSISMUS

Brandanschläge auf Häuser wie in Duisburg oder 1987 im bayerischen Schwandorf waren die drastischste Form des Einwanderungsrassismus. Häufiger wurde den Arbeitsmigrant*innen das Recht auf und der Zugang zu Wohnraum bestritten. So unscheinbar das Thema zunächst wirken mag: Für Menschen mit Migrationsgeschichte war – und ist – Wohnen nichts Selbstverständliches.

Wohnen lässt sich darum als ein Kreuzungspunkt einwanderungsfeindlicher Politik wie rassistischer Praxis verstehen; als Kern eines Einwanderungsrassismus, der zugleich von oben wie von unten wirkte, durch bundespolitische Entscheidungen wie durch kommunale Bürokratien und lokale Vermieter*innen. Auch Nachbar*innen, die die Zugezogenen im besten Fall ignorierten, oft drangsalierten und im schlimmsten Fall vertrieben, konnten Zugezogenen mit Migrationsgeschichte das Bleiben verleiden. Die Historikerin Maria Alexopoulou hat auf die Bedeutung des Wohnens für die Migrations- und Rassismusgeschichte hingewiesen; der Wohnungsmarkt, schreibt sie, „blieb ein Feld, auf dem im Kleinen, aber flächendeckend

konkrete Anti-Einwanderungspolitik betrieben wurde“.²³ Diese sollte rückgängig machen, was die Häuser und die Familien, die sie bewohnten, symbolisierten: Niederlassung auf Dauer.

Sowohl Aufenthaltstitel als auch Familiennachzug waren an den Nachweis von ausreichendem Wohnraum gekoppelt; um 1980 wurde die nötige Quadratmeterzahl in einigen Bundesländern von acht auf zwölf Quadratmeter erhöht.²⁴ Mitarbeiter*innen der Ausländerbehörden nutzten ihren Ermessensspielraum nicht selten für eine restriktive Behandlung der Anträge, auch die Wohnraumvermittlung war zum Teil offen rassistisch, etwa wenn am Schwarzen Brett des Mannheimer Wohnungsamtes über den Mietangeboten das Schild „Keine Ausländer“ prangte.²⁵

Spuren lokaler Wohnverhinderungspraktiken lassen sich bis in die Nachbarschaften hinein verfolgen, so auch für die Straße in Solingen, wo die Familie Genç ein Haus gekauft hatte. Einer der Täter lebte ganz in der Nähe. Schon vor dem Brandanschlag waren die wenigen türkeistämmigen Familien in der Straße belästigt worden, wie Metin Gür und Alaverdi Turhan in „Die Solingen-Akte“ berichten. Für das 1996 erschienene Buch führten sie Interviews in der Nachbarschaft, unter anderem mit Mehmet Abak, der sich zusammen mit seinem Bruder ein Haus gekauft hatte und nach dem Anschlag seine Kinder zur Sicherheit zurück in die Türkei schickte, denn „meine Kinder, die dürfen mir nicht verbrennen“.²⁶ Nicht nur seien haltlose Beschwerden über Lärmbelästigung vonseiten der „Türken“ erhoben worden, es wurden, gewissermaßen gegenläufig, nachts auch „Flaschen gegen die Fenster geworfen“. Schon damals hätten die Männer begonnen, abwechselnd Wache zu schieben; die Gefahr – das, was passieren könnte und würde – war vielen bewusst. Der Mann der beim Anschlag gestorbenen Gürsün İnce, Achmet İnce, erinnert sich in einem Interview daran, nach Mölln gesagt zu haben, es werde wieder passieren, „und dann erlebt unsere Familie es selbst“.²⁷

22 Die Zahlen nach Evrim Efsun Kızılay, Hoch die internationale Solidarität? Migrantische Organisation und die Rolle der Gewerkschaften, in: Lydia Lierke/Massimo Perinelli (Hrsg.), *Erinnern stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive*, S. 67–97, hier S. 79. Zum Duisburger Brandanschlag vgl. Ceren Türkmen, *Migration und Rassismus in der Bonner Republik. Der Brandanschlag in Duisburg 1984*, in: ebd., S. 99–131, hier S. 113.

23 Alexopoulou (Anm. 5), S. 141.

24 Als lokales Beispiel vgl. ebd., S. 142.

25 Vgl. ebd., S. 146.

26 Vgl. auch für die folgenden Zitate Gür/Turhan (Anm. 13), S. 17 ff.

27 Alle sind noch da, nur die Toten nicht. 20 Jahre nach dem Brandanschlag in Solingen, WDR 2013, Min. 20:00–20:30.

SCHLUSS

Das Wissen um Wiederholung und die endlose Geschichte rassistischer Gewalt ist Menschen mit Migrationsgeschichte stets präsent. Sich eingehend mit der Alltags- und Erfahrungsgeschichte des Rassismus zu beschäftigen, geht darum nicht in dem normativen Anspruch auf, „den Opfern eine Stimme zu geben“. Weit darüber hinaus hat deren Perspektive ein epistemologisches Potenzial: Es generiert historisches Wissen. Familienerzählungen führen in die 1980er Jahre zurück, als sich der „Türkenhass“ zu einem Kosmos auswuchs, dessen Grenzen sich immer weiter verschoben und in dem Menschen mit Migrationsgeschichte auf allen Ebenen mit Rassismus konfrontiert werden konnten.

Diese intime Kenntnis war ein Grund dafür, dass Angehörige der NSU-Opfer schon 2006 – fünf Jahre, bevor die Täter sich selbst entlarvten – bei Demonstrationen an den Tatorten Dortmund und Kassel auf Rassismus als Motiv für die Morde hinwiesen, ohne dass dieses Wissen ermittlungstechnisch relevant geworden wäre. Aus den Erfahrungen der Betroffenen lässt sich also viel lernen über die historischen Ursachen rassistischer Gewalt; eine zeithistorische Rassismusforschung muss auf ihnen basieren.

Wer diese Perspektive konsequent aufnimmt, lernt nicht nur etwas über die Ursachen, sondern auch über die Auswirkungen auf Dauer gestellter Rassismuserfahrungen. Nach den Brandanschlägen etablierten sich variantenreiche Formen der Selbstverteidigung und des Schutzes der eigenen Familie. Das Solinger Stadtgedächtnis dagegen bewahrt vor allem die „Ausschreitungen“ gewaltbereiter türkeistämmiger wie linker, au-

tonomer Demonstranten in den Tagen nach dem Brandanschlag auf, die überregional weitgehend vergessen sind. Diese von rechtsradikalen Kräften wie den „Grauen Wölfen“ instrumentalisierte Gegengewalt stand für das „Ende der Geduld“.²⁸ In der stadtesellschaftlichen Wahrnehmung führten die „Ausschreitungen“ zu einer Opfer-Täter-Umkehr.²⁹

Viel weniger präsent sind – neben solidarischem Engagement und antirassistischen Initiativen in der Stadt, die ein eigenes Thema darstellen – die alltäglichen Umgangsweisen mit der Angst nach den Anschlägen. Der Verkauf von Brandmeldern und Strickleitern stieg, Familien schickten ihre Kinder aus der Stadt zu Verwandten, dachten über eine Rückkehr in die Türkei nach oder verließen das Land tatsächlich. Sie legten ihre Kinder nachts angezogen schlafen, ließen sie nur noch ungerne vor die Tür und begegneten „dem kollektiven Schutzgedanken des Staates“ mit wachsendem Misstrauen.³⁰ Manche besorgten sich Waffen und verteidigten sich gegen lokale Skinhead-Gruppen. Im Feld der literarischen Imagination lassen sich, wie in Fatma Aydemirs verstörendem, grandiosem Roman „Ellbogen“, auch Rachefantasien finden. Das Spektrum dieser Schutzvorkehrungen und Vorsichtsmaßnahmen, Verteidigungsweisen und Gewaltgedanken ist breit – und bisher wenig untersucht.

Die anstehenden 30. Jahrestage könnten einen Anlass bieten, diese Erfahrungs- und Handlungsräume genauer auszuleuchten und in das „Doing Memory“ an rassistische Gewalt zu integrieren.³¹ Lernen lässt sich auf diese Weise sowohl etwas über die historischen Ursachen und langen Kontinuitätslinien rassistischer Gewalt als auch darüber, wie weit die politischen und gesellschaftlichen Räume waren, in denen Rassismus sich ausbreiten konnte, und wie nötig alle Versuche waren und bleiben, sie zu verkleinern.

In Gedenken an Mevlüde Genç (1943–2022).

FRANKA MAUBACH

vertritt im Sommer- und Wintersemester 2022/23 den Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte an der Bergischen Universität Wuppertal.

maubach@uni-wuppertal.de

28 Claus Leggewie/ Zafer Şenocak (Hrsg.), *Deutsche Türken. Das Ende der Geduld/Türk Almanlar*. Sabrin sonu, Reinbek 1993, S. 17–36.

29 Diese Fokusverschiebung lässt sich auch an der lokalen Presse ablesen, die über die „Krawalle“ ausführlicher berichtete als über den Anschlag. Vgl. die zeitgenössische Kritik von Jörg Meyerhoff, *Der Fall Solingen*, in: Sage & Schreibe 5/1993, 10 ff.

30 Kemal Bozay, *Die Wunden liegen tief. „Unser“ Solingen* 1993, in: ders. et al. (Hrsg.), *Damit wir atmen können. Migrantisches Stimmen zu Rassismus, rassistischer Gewalt und Gegenwehr*, Köln 2021, S. 60–71, hier S. 62.

31 Zum „Doing Memory“ vgl. Fabian Virchow/Tanja Thomas, *Doing Memory an rechte Gewalt in Medienkulturen. Grundzüge eines interdisziplinären Forschungsprogramms*, in: Matthias N. Lorenz/dies. (Hrsg.), *Rechte Gewalt erzählen. Doing Memory in Literatur, Theater und Film*, Berlin 2022, S. 29–51, sowie den Podcast „Doing Memory“.

RADIKALE RECHTE ALS OSTDEUTSCHES PROBLEM?

Zur langen Kultur- und Gesellschaftsgeschichte des Rechtspopulismus in Ostdeutschland

Raj Kollmorgen

Handelt es sich bei den Akteuren, Erfolgen und gesellschaftlichen Einbettungen der radikalen Rechten in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik um ein ausschließlich, vor allem oder in besonderer Weise ostdeutsches Problem? Diese Frage wird seit Anfang der 1990er Jahre und verstärkt wieder seit 2014/15 gestellt und in der politischen Öffentlichkeit, aber auch in den Sozialwissenschaften intensiv diskutiert – aktuell im Kontext der sich radikalierenden Proteste gegen die Russland-Sanktionen und Energiepolitik.⁰¹ Bevor ich mich dieser Frage nähere, ist zu bestimmen, was im Folgenden unter der „radikalen Rechten“ verstanden wird. In kritischer Aufnahme einer breiten Debatte fasse ich unter Rechtsradikalismus sowohl rechtsextremistische als auch rechtspopulistische Ideologien, Bewegungen und politische Akteure, die die grundsätzliche Ablehnung des menschenrechtsfundierten, liberalen sowie repräsentativ-demokratischen Rechts- und Wohlfahrtsstaates, seiner politischen Eliten sowie der ihm entsprechenden demokratischen politischen Kultur eint.⁰²

Dabei basiert der zeitgenössische Rechtsextremismus in seinen verschiedenen Varianten – vom Nationalsozialismus bis zum Rassismus – auf der Prämisse einer unaufhebbaren, auf askriptiven Merkmalen wie „Rasse“, Ethnie oder Geschlecht ruhenden Ungleichwertigkeit sozialer Gruppen und Individuen. Die Durchsetzung dieser Ungleichwertigkeitsideologie erfordert eine systematische physische und psychische Gewaltanwendung, letztendlich eine Gewaltherrschaft, also eine Diktatur.

Der gegenwärtige Rechtspopulismus, der durch Parteien wie Lega Nord in Italien, Recht und Gerechtigkeit (PiS) in Polen oder die Alternative für Deutschland (AfD) repräsentiert wird, setzt demgegenüber zunächst auf ein homogen

verstandenes „Volk“ (lateinisch *populus*), das nativistisch, ethnisch oder kulturell begriffen wird und als Träger eines starken Wir- und Heimat-Gefühls fungiert. Diese „Volksgemeinschaft“ erscheint heute grundsätzlich bedroht. Im Inneren sind es die etablierten liberal-demokratischen und kosmopolitischen Eliten, denen Korruption und Verrat am Volk vorgeworfen wird; äußere Feinde sind „einströmende“ fremde Völker und deren Kulturen. Zur Abwehr dieser doppelten Bedrohung muss von der „formalistischen“, bürokratischen oder elitären Demokratie zur „wahren“ Demokratie übergegangen werden, in der nicht nur plebiszitäre oder direktdemokratische Verfahren, sondern in substanzieller Hinsicht geschichtsgesättigte Gemeinschaftswerte dominieren. Rechtspopulistische Bewegungen und Parteien sind outputorientiert, das heißt, sie konzentrieren ihre politische Arbeit weniger auf die demokratische Partizipation der Mitglieder, sondern legitimieren sich vor allem durch Erfolge in der taktisch flexiblen Umsetzung ihrer Interessenpolitik. Mit Blick auf konkrete Politikangebote zeichnen den gegenwärtigen Rechtspopulismus außenpolitisch ein klarer Nationalismus sowie instrumentelle Europäisierungs- beziehungsweise Globalisierungsauffassungen aus. Innenpolitisch dominieren ein nativistisch oder kulturell fundiertes Staatsbürgerrecht, restriktive und instrumentelle Einwanderungsstrategien, konservative bis autoritäre Law-and-Order-Auffassungen unter Kombination mit direktdemokratischen Verfahrenselementen, ein Wohlfahrts(staats)chauvinismus sowie ein teils patriarchaler, autoritärer oder rechtskonservativer, teils auf nicht-westliche Lebensweisen und Weltanschauungen fokussierender Antipluralismus und Traditionalismus.⁰³

Angesichts dieser Merkmale kann es nicht überraschen, dass es Varianten des Rechtspopulismus gibt, die sich weitgehend im Rahmen von Rechtsstaat und Demokratie bewegen, aber auch solche, die fließend in rechtsextremistische Politikformen und -inhalte übergehen. Zum Teil sind beide Strömungen innerhalb einer Partei vorzufinden, wie etwa in der AfD.

IST DIE RADIKALE RECHTE DER BUNDESREPUBLIK OSTDEUTSCH?

Damit zurück zur Ausgangsfrage: Sind nur, dominant oder in spezifischer Weise Ostdeutsche – also die Bevölkerung in den östlichen Bundesländern und Ostberlins, namentlich diejenigen, die entweder selbst noch in der DDR geboren und aufgewachsen sind oder deren Eltern wesentlich durch die DDR-Gesellschaft geprägt wurden – die Träger*innen und Unterstützer*innen der radikalen Rechten in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik? Wenn damit ausgesagt oder suggeriert werden soll, dass der Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik nur oder vor allem ein ostdeutsches Problem ist, braucht es kaum mehr als vier Sätze, um dieser „These“ deutlich zu widersprechen.

Erstens gab es nach dem Zweiten Weltkrieg unter den Bedingungen der deutschen Zweistaatlichkeit vielfältige rechtsradikale Bewegungen, Parteien und terroristische Akteure in der alten Bundesrepublik – von den Republikanern

und der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) bis zur Wehrsportgruppe Hoffmann oder den Attentätern des Münchner Oktoberfestes 1980 –, die offenkundig eine genuin westdeutsche Traditionslinie verkörpern. *Zweitens* lässt sich für die Zeit nach 1990 allein anhand der tödlichen rechtsextremistischen Gewalttaten zeigen, dass der Rechtsextremismus weder auf den Osten beschränkt ist, noch dort hochgradig konzentriert agiert. Dafür ist es hinreichend, an die Toten des Anschlags in Mölln 1992, den Mord an Walter Lübcke 2019 oder an den rassistischen Amoklauf in Hanau mit neun Toten 2020 zu erinnern. *Drittens* zeigen die Wahlergebnisse klassischer rechtsradikaler Parteien wie NPD, Republikaner oder Deutsche Volksunion sowie der AfD, dass sie keineswegs nur im Osten der Bundesrepublik erfolgreich waren beziehungsweise sind, sondern auch im Westen. So erreichte die AfD bei den Landtagswahlen 2016 in Baden-Württemberg 15, 2018 in Bayern 10 oder 2022 in Niedersachsen knapp 11 Prozent der Stimmen. *Viertens* stammt ein beachtlicher Anteil der Führungskräfte rechtsradikaler Akteure auf Bundes- oder ostdeutscher Länderebene nach 1990 aus Westdeutschland. Exemplarisch soll auf Thorsten Heise (Freie Kameradschaften/NPD) und Björn Höcke (AfD) verwiesen werden.

Mein Widerspruch soll aber die These eines wesentlich ostdeutschen Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik keineswegs schlicht umkehren und das Phänomen im Kern als westdeutsches oder nur durch „den Westen“ verursachtes beschreiben. Dagegen spricht nicht nur der Umstand, dass es in den 1980er Jahren eine aktive rechtsextremistische Szene in der DDR gab, sondern auch mit Blick auf die jüngere Vergangenheit, dass die AfD im Osten fast durchgängig zwischen doppelt und viermal so hohe Stimmenanteile in den Bundes- und Landtagswahlen der vergangenen Jahre erreicht hat wie im Westen: Anteile von 25 oder fast 30 Prozent wie in Sachsen-Anhalt oder Sachsen hat es in den westlichen Bundesländern nie gegeben.

Im Folgenden soll vielmehr die These entfaltet werden, dass es sich in Ostdeutschland um eine gegenüber den westlichen Ländern eigentümliche radikale Rechte handelt, die sich langfristig formiert hat, nicht zuletzt im Zuge der Transformations- und Vereinigungsprozesse seit 1989/90. In meiner Analyse konzentriere ich mich auf den Rechtspopulismus, wobei mich weniger die Sei-

01 Vgl. Exemplarisch Matthias Quent, Sonderfall Ost – Normalfall West? Über die Gefahr, die Ursachen des Rechtsextremismus zu verschleiern, in: Wolfgang Frindte/Nicole Haußecker/Franziska Schmidke (Hrsg.), Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“. Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen, Wiesbaden 2016, S. 99–118; Reinhard Bingener/Eckart Lohse, Haben die Ostdeutschen ein Rechtsextremismus-Problem?, 31. 5. 2021, www.faz.net/17366013.html; Marco Wanderwitz, Rechtsextremismus im Osten – „Es wird eher schlimmer als besser“, 15. 9. 2020, www.welt.de/215735958.

02 Zur Debatte vgl. Fabian Virchow, Rechtsextremismus: Begriffe – Forschungsfelder – Kontroversen, in: ders./Martin Langebach/Alexander Häusler (Hrsg.), Handbuch Rechtsextremismus, Wiesbaden 2016, S. 5–42.

03 Vgl. Karin Priester, Rechtspopulismus – ein umstrittenes theoretisches und politisches Phänomen, in: ebd., S. 533–560; Raj Kollmorgen, Rechtspopulismus in Ostdeutschland. Sieben Thesen zu seiner Formierung, Attraktivität und Ausprägung aus historischsoziologischer Perspektive, in: ders./Johannes Schütz/Steven Schaller (Hrsg.), Die neue Mitte? Ideologie und Praxis der populistischen und extremen Rechten, Weimar u. a. 2021, S. 159–188.

te der organisierten Akteure interessiert, sondern die Attraktivität, Annahme und Unterstützung rechtsradikaler Ideologien und Bewegungen durch relevante Teile der Bevölkerung.

HISTORISCHES GEWORDENSEIN

Es ist analytisch und gesellschaftspolitisch ausgesprochen wichtig, Erklärungen sozialer Phänomene sowie Diskussionen ihrer (Um-)Gestaltungschancen nicht auf die unmittelbare Gegenwart zu beschränken, sondern ihr historisches Gewordensein einzubeziehen und zu rekonstruieren. Dazu zählen die intergenerationale Aufschichtung sozialer Erfahrungen und deren Folgen für die gegenwärtigen Wahrnehmungs-, Urteils- und Handlungsschemata sozialer Gruppen. Aufschichtungsprozesse und Wirkungsketten umfassen nicht nur wenige Jahre oder Jahrzehnte, sondern in wichtigen Dimensionen selbst Jahrhunderte, vollziehen sich also in der sogenannten *longue durée*.⁰⁴

Das gilt auch für Mentalitäten oder (politische) Kulturen des Rechtsradikalismus. Diese können für die ostdeutsche Region hier nicht substantiell nachvollzogen, ja nicht einmal ernsthaft skizziert werden.⁰⁵ Zumindest soll hier aber verwiesen werden auf den Status weiter Teile Ostdeutschlands als umkämpfte Grenzgebiete seit dem frühen Mittelalter; auf die in der Reformation entstandene und dann dominierende lutherische Religion und (Staats-)Kirche; auf eine spezifische Industrialisierung im 19. und frühen 20. Jahrhundert – in Mitteldeutschland mit krisenanfälliger Branchenstruktur, vielen Kleinunternehmen und aktiver Arbeiterbewegung; sowie auf die auch deshalb besondere Stärke extremistischer Akteure, nicht zuletzt der kommunistischen, später der nationalsozialistischen Bewegung und des NS-Herrschaftsregimes zwischen 1918 und 1945.

Die staatssozialistische Epoche von 1946/49 bis 1989 schloss in vielfacher Hinsicht an die vorgängigen Wirtschafts- und Sozialstrukturen, Herrschaftsregime und die sie mittragenden (po-

litischen) Mentalitätsmuster mit ihren soziokulturellen Homogenisierungsstrategien, einer kaum versteckten Xenophobie sowie gleichzeitiger Unter- und Überpolitisierung der Gesellschaft unter (post-)totalitären Vorzeichen an. Das führte zur Formierung eines eigentümlichen staatssozialistischen Populismus, der sich dem klassischen Links-Rechts-Schema verweigerte. Als Alltagsideologie und politisches Kulturmuster der deutschen Bevölkerungsmehrheit umfasste dieser ein staatszentriertes Politikverständnis.⁰⁶ Darin verbanden sich die individualisierte Adressierung des Staates als allzuständige Instanz, Pflichtübungen des Engagements in Massenorganisationen sowie der Rückzug in private Lebenswelt-Nischen in paradoxer Weise mit Systemmisstrauen, einer allgemeinen Elitenkritik sowie einem vielfach attentistischen Wir-hier-unten-die-da-oben-Dualismus. Für eine Mehrheit delegitimierte sich das staatssozialistische Regime nicht in erster Linie durch seine demokratischen Beteiligungsdefizite, sondern – outputorientiert – durch die gravierenden Einschränkungen in der Reise- und Meinungsfreiheit sowie die Mangelwirtschaft, namentlich im Konsumgüterbereich. Das werktätige DDR-Volk brachte sich zunehmend gegen den versagenden Fürsorgestaat in Stellung, von dem es zugleich in paternalistischer Weise die Verbesserung der Lage einforderte.

In der Friedlichen Revolution 1989 erfuhren weite Teile der ostdeutschen Bevölkerung eine Mobilisierung und die Wirkmächtigkeit demokratisch-politischen Protests auf der Straße. Vor allem in Mitteldeutschland, hauptsächlich in Sachsen, transformierte sich aber bereits im Dezember 1989 der politische Diskurs in Richtung etatistisch-rechtspopulistischer Orientierungen: von „Wir sind das Volk!“ zu „Wir sind ein Volk!“, vom Hoffen auf einen autonomen demokratischen Neuanfang hin zur Überhöhung der westdeutschen Regierungspolitik und Helmut Kohls zum Heils-, also Wohlstandsbringer, vom politischen Experiment der Runden Tische zum Beitritt und zur Anpassung an den Westen. Das zeigte sich auch im Umgang mit „Anderen“.

04 Fernand Braudel, *Geschichte und Sozialwissenschaften. Die longue durée*, in: ders./Marc Bloch/Lucien Febvre, *Schrift und Materie der Geschichte. Vorschläge zu einer systematischen Aneignung historischer Prozesse*, Frankfurt/M. 1977, S. 47–85.

05 Vieles davon trifft in besonderer Weise auf Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen zu. Vgl. Kollmorgen (Anm. 3), S. 168–188.

06 Dieses populistische Mentalitätsmuster war insbesondere in den ländlich geprägten Regionen und unter Angehörigen proletaroider sowie kleinbürgerlicher sozialer Milieus bis hinein in Teile der sozialistischen Dienstklasse verbreitet, das heißt, nach meiner Schätzung, unter rund 60 Prozent der erwachsenen Wohnbevölkerung.

Nach der Auflösung der autoritären Staatsmacht wurden linke Jugendkulturen vom rechtsradikalen Mob ebenso attackiert wie alle nicht-deutsch erscheinenden Bevölkerungsgruppen. Die Pogrome von Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen sind dafür zwei herausragende Beispiele.

FORMIERUNGSLOGIK NACH 1990

Warum und mit welchen Aufschichtungslogiken es nach dem 3. Oktober 1990 zur Formierung des heute so präsenten und wirkmächtigen (rechts)populistischen Mentalitäts- und politischen Kulturmusters in Ostdeutschland kam, lässt sich in fünf Schritten und Zeitabschnitten rekonstruieren:

Die unmittelbar dem Beitritt folgende Wirtschaftskrise, Entlassungswelle und Deindustrialisierung in den „neuen Ländern“, aber auch frühe Abwertungserfahrungen der Ostdeutschen angesichts ihrer Unkenntnisse und Hilfsbedürftigkeit begründeten eine erste herbe Enttäuschung. Bereits ab Juli 1990 formierten sich daher Massenproteste. Der sich rasch auf die Treuhandanstalt konzentrierende Sozialprotest war allerdings nicht nachhaltig erfolgreich. Das galt ebenso für die Kritik und alternative Strategieentwürfe zur ostdeutschen Transformation, wie sie durch die Protestakteure oder von ostdeutschen Organisationen auf der lokalen Ebene formuliert wurden, etwa von Parteien, Vereinen, Verbänden und Verwaltungen. Das Zerschellen der Hoffnungen auf raschen Wohlstand an den bundes-, also wahrgenommen: westdeutschen Machtzentralen gaben den tradierten populistischen Mentalitäten neue Nahrung und restrukturierten sie unter den veränderten Bedingungen. In diesen und auch den folgenden Jahren noch äußerte sich neben eskalierenden rechtsradikalen Praktiken von unten der organisierte Protest stärker auf der linken politischen Seite. Die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) erschien vielen Ostdeutschen als einzige konsequente system- und elitenkritische Kraft mit einem Verständnis ihrer Arbeits- und Lebenswelten. Das demonstrierten die Wahlerfolge in den ostdeutschen Bundesländern von 10 bis 23 Prozent deutlich.

Die Jahre zwischen 1993 und 2004 waren für eine Mehrheit der Ostdeutschen durch anhaltende Ungleichheits-, Abwertungs- und Ohnmachtserfahrungen geprägt. Das resultierte in der Abwanderung Hunderttausender in die westli-

chen Bundesländer und verschob die Sozialstruktur im Osten nachhaltig hin zu einem Überhang Älterer, Männer und geringer qualifizierter beziehungsweise immobilerer Arbeitskräfte. Wer nicht abwandern wollte oder konnte, stürzte sich in die Arbeit, das eigene Gewerbe und den Konsum (Eigenheim, Freizeit, Reisen). Hier wollten gerade die Angehörigen der Mittelschichten den Anspruch der Freiheit, der Leistungsgesellschaft und der Angleichung von Ost und West schrittweise durch eigene Anstrengung einholen.

Die zweite massive Enttäuschungs- sowie anschließende Empörungs- und Protestwelle formierte sich zwischen 2004 und 2006. Sie ging einerseits auf die Verlangsamung des Angleichungsprozesses in praktisch allen Dimensionen vom BIP bis zum Vermögen seit Ende der 1990er Jahre zurück, andererseits auf die Regelungen und Wirkungen der Agenda 2010. Die Agenda-Politik weitete gerade in Ostdeutschland den prekären Arbeitsmarkt noch einmal aus und Verarmungsrisiken nahmen zu. Dabei konnten Ostdeutsche weniger als Westdeutsche überbrückende Einkommen und Vermögen heranziehen. Zudem verstanden sich die Ostdeutschen mit ihrer DDR-Erfahrung stärker noch als westdeutsche Arbeitnehmer*innen als „Opfer“ eines Systemversagens. Die Versuche, über die etablierten Partizipationsverfahren in Parteien und Verbänden Widerstand und Änderungen herbeizuführen, fruchteten kaum. Daher wurden die neuen „Montagsdemonstrationen“ sowie alternative Empörungsforen organisiert. Wieder reagierte die politische Klasse in den Augen der Betroffenen nur mit hohlen Phrasen und fernen Evaluationsversprechen. In Ostdeutschland ließ das die Unzufriedenheit mit und das Misstrauen gegenüber den politischen und wirtschaftlichen Institutionen auf neue Höchststände steigen.⁰⁷ Zugleich erhielten Parteien und Initiativen auch in Wahlen wachsende Zustimmung, die sich als Fundamentalopposition links oder rechts der die Regierung tragenden Mitte-Parteien positionierten, darunter auch rechtsradikale Parteien wie die NPD.

Die letzte Enttäuschungswelle war gerade halbwegs bewältigt, als sich vor dem Hintergrund der Finanz- und Staatsschuldenkrise ab 2008 bereits die nächste aufbaute. Gerade in Ostdeutschland blieb es für eine überwältigende Mehrheit nicht nachvollziehbar und der blanke Hohn, dass

⁰⁷ Vgl. Helmut Rainer et al., Deutschland 2017, ifo-Institut, Forschungsbericht 96/2018, S. 93–99.

für sie als ostdeutsche Erwerbstätige noch vor wenigen Jahren keine Finanzmittel für die Fortführung des bisherigen deutschen Wohlfahrtsstaates zu Verfügung gestanden hatten, mithin die Agenda-Politik 2010 „alternativlos“ erschien, nun aber nicht nur für die einheimischen und globalen Großbanken, sondern auch noch für die vermeintlich wenig(er) hart arbeitenden, aber hohe Wohlfahrtsleistungen beziehenden Griechen und weitere Südeuropäer Milliarden für Zahlungen und Kredite vorhanden waren. Erneut erschienen die etablierten Eliten entrückt, korrupt und nicht am „Volkswohl“ interessiert.

Die vierte Welle von Enttäuschung, Empörung und Protest wurde 2015/16 durch die Aufnahme Hunderttausender Geflüchteter aus Syrien, Irak, Afghanistan, aber auch von neuen Arbeitsmigrant*innen aus Europa und Afrika ausgelöst. Die massenhaften Aufenthaltsgenehmigungen und humanitäre Versorgung dieser Menschen wurden für viele zu einer weiteren Enttäuschungs- und Entfremdungserfahrung. Nicht nur, dass „der Strom an Fremden“ als Bedrohung ihrer geschützten Lebensweisen erschien, was xenophobe Reflexe auslöste und verstärkte. Auch der Bezug „leistungslosen Einkommens“ stieß einer Mehrheit vor dem Hintergrund der ostdeutschen Enteignungs- und sozialen Verunsicherungsgeschichte sowie ihrer harten Arbeitsanstrengungen unter Krisenbedingungen bitter auf. Vor allem empörte sie sich über die offenkundige Irrelevanz der vermeintlich ostdeutschen Mehrheitsmeinung für die Gestaltung der Migrationspolitik, zum anderen über die linksliberale Kritik an eben dieser Haltung. Die Artikulation radikaler Empörung und Kritik mit Rufen von „Volksverräter!“ bis „Lügenpresse!“ zunächst auf Pegida-Demonstrationen in Dresden waren die eine Folge, die „Suche“ nach einer politischen Kraft, die diese aufzunehmen und im etablierten Politikbetrieb soweit wie möglich durchzusetzen vermochte, die zweite. Die Partei Die Linke kam dafür angesichts ihrer Migrationspolitik und Wirkungslosigkeit unmöglich infrage, wohingegen die AfD rasch zum Sachwalter, Systematisierer und Radikalisierer dieses Habitus aufstieg. Es ist nur folgerichtig, dass die AfD gerade in denjenigen sozialen Milieus und Regionen Ostdeutschlands die größten (Wahl-)Erfolge feiert, in denen materielle Deprivationserfahrungen und Vulnerabilitäten am ausgeprägtesten sind – vom prekären Milieu älterer Männer und junger Menschen mit geringer und mittlerer Bildung bis

zu den peripheren Grenzregionen im Osten und Südosten –, in denen aber auch in der symbolischen Dimension die stärksten Traditionsbestände von Heimatstolz, Xenophobie, Pluralitätsängsten und Systemmisstrauen existieren und am intensivsten rechtsradikale Narrative (weiter)gesponnen wurden.

Neu in der vierten Welle, die sich in der Pandemie- und Energiekrisenpolitik seit 2020 mit der (An-)Klage eines Unwissens, Unwillens und Unvermögens der etablierten Eliten nahtlos fortsetzte, ist nicht nur, dass die „etablierte Politik“ anders als bisher auf die sich Empörenden und Protestierenden kommunikativ und in Teilen auch inhaltlich zuzuging. Vielmehr rückte die Welle Ostdeutschland und die Politiken für Ostdeutsche nach einer Pause von gut 15 Jahren wieder in den Fokus der bundesrepublikanischen Aufmerksamkeit und (umverteilungs)politischer Initiativen. Zwei Gründe sind dafür maßgebend: Zum einen war und ist es nicht nur ein ostdeutsches Problem, wie die Wahlergebnisse im Westen und inhaltliche Debatten um die richtige Politik auch in den anderen Parteien zeigen. Zum anderen aber bedeuten gerade im Osten die hohen Stimmenanteile für die AfD unter Berücksichtigung der Anteile für Die Linke, die bei etwa 10 bis 30 Prozent liegen, dass entweder gegen diese beiden radikalen Parteien gar keine Regierungsbildung mehr oder – wie in Sachsen oder Sachsen-Anhalt geschehen – nur noch durch eine Koalition aller anderen in den Parlamenten vertretenen Parteien möglich ist. Dieses neue Koordinatensystem stellt für die politischen Programmatiken, Strategieentwicklungen und Taktiken der klassischen Parteien wie für die Regierungsbildung und das Regierungshandeln eine historische Zäsur dar. Keine Regierung im Osten, aber auch im Bund kann gegenwärtig jenseits rechtspopulistischer Bewegungen, Interessen und Mentalitäten agieren.

Resümierend ist festzuhalten, dass sich in den skizzierten Erfahrungsaufschichtungen und Formierungslogiken seit 1990 ein ostdeutscher rechtspopulistischer Habitus entwickelt und mittlerweile konsolidiert hat, dessen zentrale Wahrnehmungs-, Urteils- und Handlungsschemata sich auch jenseits der Zukunft der AfD bei etwa 30 Prozent der erwachsenen Wohnbevölkerung diagnostizieren lassen.⁰⁸ Dieser Habitus zeichnet sich insbesondere aus durch eine eigentümliche

08 Davon verfügen bis zu 60 Prozent über ein geschlossenes rechtspopulistisches Weltbild. Vgl. Kollmorgen (Anm. 3), S. 184.

Kombination von regionalem Heimatstolz, darauf bezogenem kollektiven Identitätsüberschuss (etwa als Sachse) und kulturell begründeter Xenophobie; seine wichtige lutherische Grundierung bei heute weitgehend religionsfreier Praktizierung, ja anti-religiöser Aufladung; sein staatssozialistisches Fundament, also sein output- und dabei gleichheitsorientiertes Demokratie- und Staatsverständnis, ein tiefsitzendes Elitenmisstrauen sowie Distanz gegenüber konfliktorientierten intermediären Organisationen; eine eher anarchische Protestkultur; seine Einfärbung durch das Ost-West-Verhältnis nach 1989/90 und die vielfache Wahrnehmung des versagenden Staates und korrupter Eliten als (wesentlich) westdeutsch; eine damit inhaltlich fragmentierte Gestalt, die etwa Orientierungen und Argumentationsmuster links-populistischer Ideologien eher unproblematisch integriert.

FAZIT

Was folgt aus alledem – für das Begreifen und gesellschaftspolitisches Handeln?

Erstens: So wenig die radikale Rechte in der Bundesrepublik ein alleiniges oder auch nur dominant ostdeutsches Problem darstellt, so sehr entpuppt sich der ostdeutsche Rechtsradikalismus und hier konkreter der Rechtspopulismus als besonderer. Dieser lässt sich ohne eine Reflexion seines langzeitigen Gewordenseins, seiner aktuellen regionalen Kontexte und seiner Eigenheiten nicht angemessen verstehen. „Besonders“ heißt aber keinesfalls kausal singular oder „autark“, vielmehr zeigen etwa ostmitteleuropäische rechtspopulistische Kulturen deutliche Verwandtschaften zu den ostdeutschen und bestehen intensive Verknüpfungen mit den westdeutschen Dynamiken, nicht zuletzt im Rahmen der AfD.

Zweitens: Wenn es richtig ist, dass der ostdeutsche Rechtspopulismus als politische Kulturformation auf langzeitigen Erfahrungsaufschichtungen sowie narrativen wie diskursiven Verdichtungen basiert und in relevanten Bevölkerungsgruppen gerade der ländlichen Peripherie habituell verfestigt ist, kann er hier nicht kurz- oder selbst mittelfristig verschwinden oder irrelevant für das soziale Handeln werden.

Drittens: Der ostdeutsche Rechtspopulismus speist sich wesentlich aus den in der DDR geformten Mentalitäten, den widersprüchlichen Erfahrungen der revolutionären Transformation und

der Vereinigungspolitik, darin insbesondere aus den materiellen wie symbolischen Verteilungs-, Partizipations- sowie Anerkennungsdefiziten gegenüber wichtigen Gruppen von Ostdeutschen. Eine Debatte, die die Erklärung und Überwindung des Rechtspopulismus nur auf eine dieser Dimensionen beschränken will, wird nicht erfolgreich sein.

Viertens: Die angesichts der fließenden Übergänge in den Rechtsextremismus von nicht wenigen geforderte Ausgrenzung rechtspopulistischer Akteure und ihrer Unterstützer aus dem demokratischen Diskurs ist verständlich, bleibt aber politisch problematisch. Neben einer harten Abgrenzungslinie gegenüber Rechtsextremisten und extremistischen Rechtspopulisten, die einen starken Rechtsstaat benötigt, braucht es Artikulationsmöglichkeiten für eine diskursive Offenheit gegenüber und die konfliktbereite Integration von rechtspopulistischen Akteuren und Argumentationen in den demokratischen Prozess. Politische Abschottungen und Kommunikationsverweigerungen machen demokratische Konfliktintegration sowie Lernprozesse unmöglich und würden zudem rechtspopulistische Vorurteile wie Systemkritik bestätigen.

Fünftens: Eine langfristig erfolgreiche Auseinandersetzung mit dem ostdeutschen Rechtspopulismus erfordert neben der kritischen Aufarbeitung der Geschichte der DDR, der friedlichen Revolution und der Vereinigung sowie einer auch darauf bezogenen neuen Selbstanerkennung und Selbstkritik der Ostdeutschen und ihres Handelns den systematischen Versuch eines politischen Diskurses, der die Grenzen von Ost und West, von sozialen Schichten und Milieus und von politischen Lagern sowie von Weltbildern überschreitet – mit dem Ziel des Perspektivwechsels, des wechselseitigen Lernens und der Gewinnung auch systemverändernder Handlungschancen. In der gegenwärtigen neuen Transformationsperiode wird der Rechtspopulismus – und nicht nur der ostdeutsche – unsere Demokratie vielfach herausfordern. Darauf sollte sie, sollten also wir alle, vorbereitet sein.

RAJ KOLLMORGEN

ist Professor für Soziologie und Management Sozialen Wandels an der Hochschule Zittau/Görlitz.
r.kollmorgen@hszg.de

JUNG, MÄNNLICH, OSTDEUTSCH, GEWALTTÄTIG?

Die Debatte um Jugendarbeit und rechte Gewalt seit den 1990er Jahren

Lucia Bruns

Im Hintergrund erstrecken sich die Plattenbausiedlungen von Weimar, Nordhausen oder Jena-Lobeda. Die Fotos sind schwarz-weiß, doch auch mit einem Farbfilm würde man wahrscheinlich eher kahle und graue Umgebungen erblicken. Ein Container oder Bauwagen, auch mal ein Garagenteil, ist Ort des Geschehens. Jugendliche mit Bohrmaschine, Schraubenzieher oder Spachtel verputzen Hausfassaden oder streichen Wände. Auf weiteren Fotos sind Alltagsszenen aus dem Inneren der Räumlichkeiten abgebildet: ein Jugendlicher beim Training im Kraftsportraum, zwei Mädchen mit Zigarette in der Hand auf einem Sofa, junge Männer mit kurzrasierten Haaren, Bomberjacke samt Reichskriegsflagge-Aufnäher und Springerstiefeln.

Die Fotos sind Teil einer Dokumentation der Fotografin Anna Lingscheid, die Ende 1992 an mehreren Orten in Thüringen unterschiedliche Jugendclubs besuchte.⁰¹ Es sind Dokumente, die einen Einblick in den Alltag der Clubs und ihrer Besucher*innen gewähren. Die Geschichte dieser Fotos ist verwoben in die politischen Geschehnisse der Transformationsgesellschaft. Die porträtierten Projekte wurden gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Als Reaktion auf den enormen Anstieg rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalttaten, die oftmals dem jugendlichen Rechtsextremismus zugeordnet wurden, legte die Bundesregierung unter Kanzler Helmut Kohl Anfang der 1990er Jahre das „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ (AgAG) auf. Es handelte sich um das erste sogenannte Modell- und Sonderprogramm, das sich in Ostdeutschland gezielt gewalttätigen rechten Jugendlichen widmete.⁰² Durch sozialpädagogische Projekte sollte die Gewalttätigkeit der Jugendlichen minimiert werden.

Die zwischen 1992 und 1996 finanzierten Maßnahmen in 30 „Brennpunktregionen“ reichten von offener Jugendarbeit über Angebote des betreuten Wohnens, Streetwork, erlebnispädagogische Formate bis hin zu internationalen Jugendbegegnungen.⁰³ Der Großteil der 144 Projekte richtete sich an rechte beziehungsweise rechtsorientierte Jugendliche.⁰⁴

In den Projekten arbeiteten 147 Mitarbeiter*innen, die größtenteils – nämlich zu 60 bis 71 Prozent – über keine fachliche Ausbildung oder einschlägige Vorerfahrungen im Bereich der Sozialen Arbeit, Jugendarbeit oder Pädagogik verfügten.⁰⁵ Hingewiesen werden muss vor diesem Hintergrund auf eine enorme Überforderungssituation, die sowohl die Transformationsgesellschaft als auch die Arbeit der Projektmitarbeiter*innen auszeichnete. Einzelne Sozialräume waren mit einem bis dato ungekannten Ausmaß offener rechter Gewalt und einem rasanten Erstarken rechter Jugendsubkulturen konfrontiert. Dazu kam, dass die Jugendarbeit und Jugendhilfe der DDR mit der Wende abgewickelt worden war und ein großes Vakuum hinterlassen hatte. Damit hatte das Aktionsprogramm auch die Aufgabe, den Ausbau der Jugendhilfe- sowie Jugendarbeitsstrukturen in den neuen Bundesländern voranzutreiben.⁰⁶ Die Mitarbeiter*innen der AgAG-Projekte standen somit vor der doppelten Herausforderung, sich parallel zur täglichen Arbeit mit neuen Handlungsansätzen und -konzepten zu beschäftigen.⁰⁷

AKZEPTIERENDE JUGENDARBEIT

In dieser Gemengelage entfaltete das Konzept der akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Ju-



Jugendliche bei AgAG-finanzierten Umbauarbeiten der früheren Station junger Naturforscher im thüringischen Arnstadt zu einem Jugendtreff 1992

© Anna Lingscheid

gendcliquen, das Ende der 1980er Jahre in Westdeutschland entwickelt worden war, eine enorme Attraktivität. Praxisorientierte Konzepte wie die akzeptierende Jugendarbeit mit ihren klaren Prämissen erschienen für Akteur*innen in Ostdeutschland wie „rettende Strohhalme, an denen sich die Mitarbeiterinnen durch den sozialpädagogischen Alltag zu hangeln versuchten“.⁰⁸

Die Leitideen der akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen resultierten aus einem Praxisprojekt mit rechten Skinhead-Cli-

quen Ende der 1980er Jahre in Bremen. Unter der Leitung von Franz Josef Krafeld wurden die Praxiserfahrungen von fünf studentischen Mitarbeiter*innen in einem aufwändigen und methodisch gerahmten Prozess aufgearbeitet, systematisiert und strukturiert.⁰⁹ Der Ansatz der akzeptierenden Arbeit war bis dato in der Arbeit mit Suchtmittelabhängigen anerkannt und wurde auf den Bereich Jugendarbeit und Rechtsextremismus übertragen. Nicht zu Unrecht bezeichnet Krafeld diesen Prozess rückblickend als Beispiel innovativer Praxisforschung und Praxisentwicklung.¹⁰

01 Vgl. Gerd Becker/Anna Lingscheid (Hrsg.), *Gewaltig. Texte und Fotos zum Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt in Thüringen*, Frankfurt/M. 1993.

02 Vgl. Angela Merkel, *Jugend im Kontext von Gewalt, Rassismus und Rechtsextremismus*, in: Hans-Uwe Otto/Roland Merten (Hrsg.), *Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland*, Opladen–Bonn 1993, S. 402–406.

03 Vgl. Irina Bohn et al., *Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt*, in: Otto/Merten (Anm. 2), S. 301–309.

04 Vgl. Franz Josef Krafeld, *Jugendarbeit mit rechten Jugendszenen. Konzeptionelle Grundlagen und praktische Erfahrungen*, in: Otto/Merten (Anm. 2), S. 310–318.

05 Vgl. Andreas Buderus, *Fünf Jahre Glatzenpflege auf Staatskosten. Jugendarbeit zwischen Politik und Pädagogik*, Bonn 1998.

06 Vgl. Merkel (Anm. 2).

07 Vgl. Ilona Weber, *Chancen und Grenzen des „akzeptierenden Ansatzes“ in der Jugendarbeit*, in: Zentrum Demokratische Kultur (Hrsg.), *Keine Akzeptanz von Intoleranz. Grenzen der akzeptierenden Jugendsozialarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen*, Berlin 1999, S. 13–18.

08 Ebd., S. 13.

09 Vgl. Franz Josef Krafeld, *Konzeptionelle Überlegungen für die Arbeit mit Cliques*, in: Ulrich Deinert/Benedikt Sturzenhecker (Hrsg.), *Konzepte entwickeln*, Weinheim–München 1996, S. 211–227.

10 Vgl. ebd.



Jugendliche im Jugendclub „Winzer-Club“ in Jena 1992

© Anna Lingscheid

Es kann davon ausgegangen werden, dass sich das Konzept der akzeptierenden Jugendarbeit auch mithilfe des Aktionsprogramms zum wichtigsten Konzept der offenen und aufsuchenden Arbeit mit der Zielgruppe rechter Jugendlicher entwickelte.¹¹ In expliziter Abgrenzung positionierten sich Krafeld und sein Team gegen antifaschistische Bildungskonzepte und pädagogische Praktiken, die sich „konventioneller Belehrungs-, Informations- und Aufklärungsansätze“ bedienen.¹² Dabei sahen Krafeld und seine Kolleg*innen den Versuch, die Jugendlichen auf einer argumentativen Ebene zu erreichen und zu überzeugen, als vollkommen ungeeignet an. Im Gegensatz dazu erhoben sie das Akzeptieren rechter Jugendlicher zur Grundprämisse der Jugendarbeit. Sozialarbeiter*innen sollten sich „als eine

Art von ‚Sozialisationshelferin‘ bzw. ‚Sozialisationsförderin‘ zur Verfügung stellen“. Das Konzept baute folglich auf der Vorstellung abgehängter Jugendlicher auf und fußte „auf der Überlegung, daß Rechtsorientierungen Symptome erheblicher Schwierigkeiten und Konflikthaftigkeiten der Lebensführung darstellen, deren Kern existentielle Instabilitäten, soziale Desintegration, Orientierungsverunsicherungen, Ängste und politisch-soziale Ohnmachtsempfindungen ausmachen“.¹³

Rechtsextreme Orientierungen werden damit allein als Produkte „gesellschaftlicher und sozialer Alltagserfahrungen“¹⁴ begriffen – nicht auch als Erscheinungen verfehlter Erziehung oder mangelnder Aufklärung über gesellschaftlich vorhandene Ideologien der Ungleichwertigkeit. An dieser Stelle spiegelt sich der Einfluss des Soziologen Wilhelm Heitmeyer und seiner Forschungen zu rechtsextremen Orientierungen unter Jugendlichen wider. Heitmeyer verweist in seiner Theoretisierung auf die Bedeutung von Moder-

11 Das Ausmaß der Bedeutung der akzeptierenden Jugendarbeit für die Programmentwicklung und spätere Praxis der AgAG-Projekte wird kontrovers diskutiert. Krafeld äußert retrospektiv eine deutliche Kritik am Programm und bestreitet, dass die akzeptierende Jugendarbeit das Konzept des AgAG gewesen sei. Vgl. Franz Josef Krafeld, *Emanzipatorische Arbeit mit stressenden Jugendlichen: Umstritten, aber erfolgreich*, Weinheim–Basel 2022.

12 Ders. (Anm. 9), S. 215.

13 Franz Josef Krafeld et al., *Jugendarbeit in rechten Szenen*, Bremen 1993, S. 35.

14 Krafeld (Anm. 4), S. 312.

nisierungs- und Desintegrationsprozessen in der Entwicklung rechtsextremer Einstellungen.¹⁵ Daraus abgeleitet, steht im Konzept der akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen das Verstehen und nicht das Aufklärenwollen an erster Stelle. Krafeld plädiert für eine Jugendarbeit, die sich auf die Lebenswelt und damit einhergehende Alltagserfahrungen und Nöte der Jugendlichen einlässt, da diese – in Anlehnung an Heitmeyer – der Grundstein für Aggression und Gewalt seien.¹⁶ Die Jugendlichen sollen in ihrer Lebenswelt und ihrem eigenen jugendkulturellen Erscheinen als Subjekte mit eigenen Erfahrungen, Problemen und Bedürfnissen ernst genommen werden.¹⁷ Gleichzeitig sieht Krafeld den Sinn der eigenen Arbeit nicht erst in der Veränderung der Jugendlichen. Zentrales Ziel ist ihre Unterstützung in der eigenen Lebensrealität, damit die Jugendlichen befähigt werden, „befriedigende Wege der Lebensbewältigung [zu] entfalten“.¹⁸

„GLATZENPFLEGE AUF STAATSKOSTEN“?

Das Konzept der akzeptierenden Jugendarbeit sowie das AgAG blieben nicht ohne Widerspruch. Sie waren in den 1990er Jahren Gegenstand einer zuweilen sehr kontrovers und emotional geführten Debatte, die innerhalb der Sozialen Arbeit und Pädagogik über den Umgang mit rechten Jugendlichen geführt wurde.¹⁹ Diese Kontroverse wurde nicht nur innerhalb der Fachdisziplinen verhandelt, sondern fand unter dem Schlagwort „Glatzenpflege auf Staatskosten“²⁰ auch Eingang in die Feuilletons überregionaler Zeitungen. Die Debatte hält bis heute an und ist bis auf wenige Ausnahmen kaum wissenschaftlich aufgearbeitet worden.

15 Vgl. Wilhelm Heitmeyer, Das Desintegrations-Theorem. Ein Erklärungsansatz zu fremdenfeindlich motivierter, rechtsextremer Gewalt und zur Lähmung gesellschaftlicher Institutionen, in: ders. (Hrsg.), Das Gewalt-Dilemma, Frankfurt/M. 1994, S. 29–72.

16 Vgl. Krafeld (Anm. 14).

17 Rekuriert wird im Konzept der akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen auf die Theorie der Alltags- und Lebensweltorientierung nach Hans Thiersch, Soziale Arbeit und Lebensweltorientierung: Konzepte und Kontexte, Weinheim–Basel 2015. Vgl. Krafeld (Anm. 9).

18 Krafeld (Anm. 14).

19 Ausführlich zur Fachdebatte vgl. Lucia Bruns, Die akzeptierende Jugendarbeit und der NSU-Komplex, Oldenburg 2019.

20 Frank Drieschner, Glatzenpflege auf Staatskosten, 13.8.1993, www.zeit.de/1993/33/glatzenpflege-auf-staatskosten.

Grundlegend ging es dabei um die Frage, welche Rolle die Jugendarbeit bei der Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus einnehmen und wie ihr Umgang mit rechten Jugendlichen aussehen kann. Die allgemeine Notwendigkeit der Arbeit mit rechten Jugendlichen wurde im Fachdiskurs selten infrage gestellt, vielmehr ging es um eine spezifische Kritik am Konzept der akzeptierenden Jugendarbeit sowie dem AgAG und der darin vorhandenen inhaltlichen Ausrichtung, dessen Prämissen und Leitideen. Grundsätzlich waren die unklare Konzeptionierung, die zeitliche Befristung sowie die prekären Strukturen des AgAG insbesondere mit Blick auf die Qualifikation der Angestellten Gegenstand der Kritik.²¹ Zudem wurde die Fokussierung auf den Bereich Jugend problematisiert, da diese den Rechtsextremismus isoliert betrachte und fernab der erwachsenen Mehrheitsgesellschaft behandle.²² Ein weiterer Kritikpunkt war die Übertragung eines Konzeptes aus einer westdeutschen, migrantisch geprägten Großstadt auf ostdeutsche Sozialräume der Transformationsgesellschaft. Damit stand zugleich die Auswahl von „Brennpunktregionen“ in der Kritik, die allein in ostdeutschen Sozialräumen angesiedelt waren. Erklärt wurde dies seitens der politischen Verantwortlichen mit der Vielzahl rassistischer und rechter Gewalttaten in Ostdeutschland, wobei Kritiker*innen auf die reale Bedrohung und zugleich quantitativ höheren rassistischen Übergriffe in Westdeutschland hinwiesen.²³

Bemängelt wurde also, dass der Rechtsextremismus nicht als politisches Problem der gesamten Gesellschaft begriffen werde. Durch die Übertragung eines Konzeptes aus dem Bereich der Drogenarbeit auf das Phänomen Rechtsextremismus entstehe zudem das Bild von Rechtsextremismus als einer Art Krankheit, die mit den gleichen Mitteln therapiert werden könne. Rechtsextremismus werde dadurch verharmlost und entpolitisiert.²⁴

Neben der Kritik an der Eingrenzung, Isolierung und Entpolitisierung des Problems Rechtsextremismus durch das AgAG und das

21 Vgl. Albert Scherr, Gegen „Leggewisierung“ und „Heitmeyerei“ im Antifaschismus? Antikritisches zur Debatte um eine Pädagogik mit rechtsorientierten Jugendlichen, in: ders. (Anm. 14), S. 17–36.

22 Vgl. Weber (Anm. 7).

23 Vgl. Buderus (Anm. 5).

24 Vgl. Weber (Anm. 7).

Konzept der akzeptierenden Jugendarbeit betraf ein weiterer zentraler Einwand die Auswahl der Zielgruppe. Im Fokus standen in erster Linie rechte, gewalttätige Jugendliche, (potenzielle) Opfergruppen wurden nicht repräsentiert. Dieses Desiderat spiegelte sich auch in Zahlen wider: Nur 11 der 144 Projekte im AgAG richteten sich an „ausländische“ Jugendliche.²⁵ Kritiker*innen wiesen darauf hin, dass durch diese Schwerpunktsetzung die materiellen und finanziellen Ressourcen allein in Projekte flossen, in denen (potenzielle) Täter*innen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt verkehrten. Diese „akzeptierende“ Betrachtung und Bereitstellung von Räumen verstärkte dabei nicht die Abkehr von rechter Gewalt, sondern im Gegenteil Hinwendungsprozesse zu rechten und rechtsextremen Kreisen: „Die Berichte über AJA-Projekte [Akzeptierende Jugendarbeit, *Anm. d. Aut.*] scheinen eher dafür zu sprechen, dass unter dem Motto der ‚Akzeptanz‘ rechtsextremistische Aktivitäten geduldet, zum Teil sogar unterstützt wurden.“²⁶ Verschärft wurde die Diskussion in den 1990er Jahren durch Berichte, die die Verharmlosung und Unterstützung rechtsextremer Strukturen und vereinzelt auch direkte Verstrickungen von Clubmitarbeiter*innen in rechtsextreme Strukturen thematisierten.²⁷ Diese Warnungen erscheinen seit der Selbstenttarnung des NSU 2011 in einem neuen Licht. Denn auch das Kerntrio des rassistischen Terrornetzwerks verkehrte im jungen Erwachsenenalter in einem Jugendclub in Thüringen, der in den 1990er Jahren durch das AgAG finanziert wurde.²⁸

Wie die Adressierung der (potenziellen) Opfer bildeten auch genderreflektierende Perspektiven eine Leerstelle im Konzept und in der Praxis des AgAG. So wurden junge Frauen als Zielgruppe zwar aufgeführt, lediglich ein Bruchteil der geförderten Projekte richtete sich jedoch expli-

zit an weibliche Jugendliche.²⁹ Bei der Problematisierung der zeitgenössischen Rechtsextremismusforschung verwiesen die Psychologin Birgit Rommelspacher sowie der Sozialpädagoge Rudolf Leiprecht auf das Fehlen geschlechtertheoretischer Perspektiven, das wiederum Auswirkungen auf die damalige Jugendarbeit hatte. Durch die Fokussierung auf offene Gewalttaten richteten sich sozialpädagogische Angebote vornehmlich an männliche Jugendliche; die spezifischen Ausdrucksformen rechter und rechtsextremer Einstellungen von Frauen wurden dabei verkannt und übersehen.³⁰

HANDLUNGSSTRATEGIEN IM FOKUS

Das AgAG lief 1997 aus. Das danach implementierte Bundesprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ markierte einen Paradigmenwechsel hin zur Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft durch umfangreichere präventive Maßnahmen gegen Rechtsextremismus. Dazu zählten Angebote der politischen Bildung, des „interkulturellen Lernens“ oder sozialräumliche Ansätze, die die Lebensbedingungen aller Menschen in einem Dorf oder einem Stadtteil in den Mittelpunkt rücken. Diese programmatische Umorientierung kann als direkte Kritik an der Ausrichtung des AgAG verstanden werden.³¹ Das Konzept der akzeptierenden Jugendarbeit wurde wiederum von Krafeld zu einer „gerechtigkeitsorientierten Jugendarbeit“ weiterentwickelt,³² anhand derer nicht

25 Vgl. Bundestagsdrucksache 12/4906, 12.5.1993, S. 13.

26 Sebastian Fischer, Rechtsextremismus bei Jugendlichen. Eine kritische Diskussion von Erklärungsansätzen und Interventionsmustern in pädagogischen Handlungsfeldern, Oldenburg 2006, S. 162.

27 Vgl. Norddeutsche Antifragruppen, „Rosen auf den Weg gestreut ...“. Kritik an der „Akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen“, Hamburg 1998.

28 Vgl. Heike Kleffner, Die Leerstelle in der Fachdiskussion füllen. Sozialarbeit und der NSU-Komplex, in: APuZ 40/2015, S. 44–48; Bruns (Anm. 19).

29 Vgl. Sabine Behn, Mädchenarbeit und geschlechtsspezifische Arbeit im Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt, in: Monika Engel/Barbara Menke (Hrsg.), Weibliche Lebenswelten – gewaltlos? Analysen und Praxisbeiträge für die Mädchen- und Frauenarbeit im Bereich Rechtsextremismus, Rassismus, Gewalt, Münster 1995, S. 163–169; Elke Lutzebäck/Gisela Schaar/Carola Storm, Mädchen in rechten Jugendcliquen, in: Sabine Behn/Helmut Heitmann/Stephan Voß (Hrsg.), Jungen, Mädchen und Gewalt – ein Thema für die geschlechtsspezifische Jugendarbeit?, Berlin 1995, S. 153–161.

30 Vgl. Birgit Rommelspacher, Männliche Gewalt und gesellschaftliche Dominanz, in: Otto/Merten (Anm. 2), S. 200–210.

31 Vgl. Peter Rieker, Rechtsextremismus: Prävention und Intervention. Ein Überblick über Ansätze, Befunde und Entwicklungsbedarf, Weinheim 2009.

32 Vgl. Franz Josef Krafeld, Von der akzeptierenden Jugendarbeit zu einer gerechtigkeitsorientierten Jugendarbeit, in: Deutsche Jugend 6/2000, S. 266ff.

nur die Interessen von rechten Jugendlichen, sondern die Gerechtigkeitsinteressen aller Menschen in der Jugendarbeit forciert werden sollen. Das gilt auch und gerade für diejenigen, die von rechten Jugendlichen diskriminiert, ausgegrenzt und bedroht werden. Trotz programmatischer Veränderungen und konzeptioneller Weiterentwicklungen hielt die Debatte über den sozialpädagogischen Umgang mit rechten Jugendlichen aber an.

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin legte 2006 erstmals Handlungsstrategien vor, die zwischen den Zielgruppen der rechten und rechtsextremen Jugendlichen unterscheiden. Plädiert wurde hier für eine deutliche Grenzziehung in der sozialpädagogischen Arbeit mit solchen Jugendlichen, die als rechte Aktivist*innen oder Kader auftreten.³³ Die Frage, welche Ansätze und Methoden für welche Zielgruppe geeignet sind, wurde ein paar Jahre später auch von dem Erziehungswissenschaftler Peter Rieker aufgegriffen, der zwischen einem primären, sekundären und tertiären Präventionsbereich im Kontext Rechtsextremismus unterscheidet.³⁴

Nach dem Auslaufen des AgAG wurde die Notwendigkeit der primären Präventionsansätze gegen Rechtsextremismus verstärkt betont, etwa durch Projekte der politischen Bildung für dezidiert demokratische und/oder migrantische Jugendliche sowie progressive Jugendkulturen. Auch genderreflektierende Perspektiven verbreiteten sich zunehmend, und im Fachdiskurs wird heute auf die Bedeutung der Rolle von Mädchen und deren „doppelter Unsichtbarkeit“ im Rechtsextremismus hingewiesen.³⁵ Auch die

Kategorie Männlichkeit im Rechtsextremismus und die Bedeutung genderreflektierender Angebote für männliche Jugendliche jenseits tradierter Männlichkeitsvorstellungen werden verhandelt.³⁶ Dass es sich bei diesen Perspektivierungen um keine Trivialität handelt, zeigen Ergebnisse des Forschungsprojektes „Jugendarbeit, Polizei und rechte Jugendliche in den 1990er Jahren“.³⁷ Am Beispiel eines Jugendclubs in Brandenburg wird hier veranschaulicht, dass durch den fehlenden Einbezug genderreflektierender Perspektiven männliche Räume und Vergemeinschaftungsprozesse ermöglicht wurden, die eine konstitutive Bedeutung für rechtsextreme Szenebildungsprozesse besaßen.³⁸

Seit 2010 werden im Fachdiskurs Fragen zur Jugendarbeit mit rechten beziehungsweise rechtsorientierten Jugendlichen wieder verstärkt verhandelt.³⁹ Unter dem Schlagwort „Deradikalisierung“ sind in den vergangenen Jahren vermehrt Projekte entstanden, die im Sinne der Präventionsarbeit gewalttätige und straffällige und damit meist männliche Jugendliche erneut in den Fokus sozialpädagogischen Handelns stellen. Neben der terminologischen Unschärfe des Deradikalisierungsbegriffs, der seinen Ursprung in der Bekämpfung von islamistischem Terrorismus hat, wird hier auch die unkritische Verwendung von

werden häufig als unpolitisch und friedfertig betrachtet – Stereotypisierungen, die im Kontext von Rechtsextremismus eine verschärfte Bedeutsamkeit besitzen. Vgl. auch Andreas Hechler/Olaf Stuve (Hrsg.), *Geschlechterreflektierte Pädagogik gegen Rechts*, Opladen u. a. 2015.

36 Vgl. Kurt Möller, *Zur Grundlegung geschlechterreflektierender Ansätze sozialer und pädagogischer Arbeit zur Prävention von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen*, in: Deutsches Jugendinstitut e. V. (Hrsg.), *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Aufgaben und Grenzen der Kinder- und Jugendhilfe*, Leipzig 2000, S. 59–76; Andrea Pingel/Peter Rieker, *Pädagogik mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen. Ansätze und Erfahrungen in der Jugendarbeit*, Leipzig 2002; Olaf Stuve, *Geschlechterreflektierende Arbeit mit Jungen als Prävention gegen rechtsextremistische Einstellungen und Handlungsmuster*, in: Robert Claus et al. (Hrsg.), *„Was ein rechter Mann ist ...“: Männlichkeiten im Rechtsextremismus*, Berlin 2010, S. 226–236.

37 Vgl. Vero Bock et al., *Jugendarbeit, Polizei und rechte Jugendliche in den 1990er Jahren*, Weinheim–München 2023.

38 Vgl. Lucia Bruns/Esther Lehnert, *Zur Entpolitisierung von Männlichkeiten im Kontext des sozialpädagogischen Handelns mit rechten Jugendlichen Anfang der 1990er Jahre*, in: *Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung* 2/2022, S. 251–267.

39 Vgl. Kevin Stützel, *Jugendarbeit im Kontext von Jugendlichen mit rechten Orientierungen*, Wiesbaden 2019.

33 Vgl. Verein für demokratische Kultur in Berlin e. V./Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (Hrsg.), *Integrierte Handlungsstrategien zur Rechtsextremismus-Prävention und -Intervention bei Jugendlichen*, Berlin 2006.

34 Primäre Prävention zielt auf eine allgemeine Adressat*innen-gruppe, um unerwünschte rechte beziehungsweise rechtsextreme Ideologiefragmente und Handlungsweisen gar nicht erst entstehen zu lassen. Sekundäre Prävention forciert Zielgruppen, die im Vorfeld bereits als gefährdet und potenziell rechtsextrem gelten. Im Bereich der Tertiärprävention haben sich im Laufe der 2000er Jahre staatliche und nicht-staatliche Aussteigerprogramme etabliert. Diese richten sich an Personen, die Teil rechtsextremer Lebenswelten sind und entsprechende Orientierungen, Haltungen und Ideologien teilen. Vgl. Rieker (Anm. 31).

35 Esther Lehnert/Heike Radvan, *Rechtsextreme Frauen. Analysen und Handlungsempfehlungen für Soziale Arbeit und Pädagogik*, Opladen u. a. 2016, S. 71. Mädchen und Frauen

Prämissen kritisiert, die ursprünglich der akzeptierenden Jugendarbeit zugeordnet werden können. Mädchen und junge Frauen geraten erneut ins Abseits der Betrachtung.⁴⁰

AUSBLICK

Die skizzierte Entwicklung des Fachdiskurses verdeutlicht die breite Diskussion über Handlungsstrategien seit den 2000er Jahren. Konstatiert werden muss gleichwohl, dass im Nachgang der kontroversen Debatte über die akzeptierende Jugendarbeit kaum vergleichbare anwendungsbezogene Konzepte für die Zielgruppe der rechten Jugendlichen entwickelt wurden.⁴¹

Soll an den Potenzialen einer lebensweltorientierten Jugendarbeit festgehalten werden, bietet sich die Auseinandersetzung mit lokal-räumlichen, mitunter autoritär sowie völkisch-nationalistisch geprägten Alltagserzählungen von Jugendlichen an. Der Sozialpädagoge Kai Dietrich veranschaulicht, wie in einem gemeinsamen Prozess mit dieser Zielgruppe verbreitete Erzählungen von Demokratie und Gesellschaft modifiziert und weiterentwickelt werden können.⁴²

Zudem sind in den vergangenen Jahren vielfältige fachliche Standards im Bereich der Rechtsextremismusprävention erarbeitet worden, die neben genderreflektierenden Ansätzen auch die Reflexion über notwendige Grenzziehungen in der Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen ins Zentrum rücken. Hingewiesen wird im gegenwärtigen Fachdiskurs auf den Stellenwert prä-

ventiver Ansätze, die sich dezidiert der Stärkung des demokratischen Gemeinwesens oder emanzipatorischer Jugendkulturen widmen. Als unhintergebar gestalten sich daneben gezielte rassismuskritische Angebote, wie etwa Empowermenttrainings für geflüchtete oder nicht-weiße Jugendliche. Dies kann als eine direkte Lehre aus den Erfahrungen der 1990er Jahre angesehen werden, in der sich die Jugendarbeit vornehmlich an der Lebenswelt weißer deutscher Heranwachsender orientierte und von Gewalt Betroffene kaum Unterstützung, zum Beispiel in Form von Beratungsangeboten, erhielten.

Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Polarisierung in der Gesellschaft erweisen sich die skizzierten Bedarfe dringlicher denn je. Aktuell steht dabei zur Debatte, wie die Soziale Arbeit auf eine sich wandelnde und selbstbewusster agierende rechtsextreme Szene reagieren kann. So berichten Mitarbeiter*innen von Praxisprojekten der Sozialen Arbeit verstärkt von Einschüchterungsversuchen durch rechtspopulistische Akteur*innen. Dabei handelt es sich um Versuche der Delegitimierung genderreflektierender und rassismuskritischer Projekte.⁴³ In Sozialräumen, in denen rechte und autoritäre Einstellungen zu mehrheitsgesellschaftlicher Hegemonie avancieren, bilden rechte und rechtsextreme Jugendliche keine randständige oder deviante Gruppe. Wie in der Rückschau auf die 1990er Jahre gilt es auch heute, zu betonen, dass rechtsextreme Jugendliche integraler Bestandteil der Gesellschaft sind und von dieser nicht losgelöst betrachtet werden können.⁴⁴ Ferner wird durch den Blick zurück auf die Erfahrungen, Kontroversen und Debatten der 1990er Jahre deutlich, dass eine Verengung des Problems Rechtsextremismus auf den Bereich der Jugend und des offenen Gewalthandelns eine einseitige Erzählung produziert. Darin wird die Rolle der Mehrheitsgesellschaft bei der Entstehung rechtsextremer Gewaltverhältnisse ausgeklammert, und Lebenswelten von nicht-weißen, migrantischen, weiblichen sowie queeren Personen kommen schlichtweg nicht vor. Es gilt daher, diese Perspektiven verstärkt ins Zentrum sozialpädagogischen Handelns zu rücken.

LUCIA BRUNS

ist Erziehungswissenschaftlerin und arbeitet als Doktorandin und Lehrbeauftragte an der Alice-Salomon-Hochschule Berlin.

lucia.bruns@ash-berlin.eu

40 Vgl. Enrico Glaser/Esther Lehnert, *Verstellter Blick. Eine Absage an „Deradikalisierung“ im Zusammenhang mit Jugend- und Präventionsarbeit*, in: Friedrich Burschel (Hrsg.), *Durchmarsch von Rechts. Völkischer Aufbruch: Rassismus, Rechtspopulismus, Rechter Terror*, Berlin 2016, S. 125–130.

41 Vgl. Stützel (Anm. 39).

42 Vgl. Kai Dietrich, *Erzählungsbezogene Ansätze der Jugendarbeit zur Bearbeitung lebensweltbasierter Ablehnungshaltungen*, in: Lukas Boehnke et al. (Hrsg.), *Rechtspopulismus im Fokus*, Wiesbaden 2019, S. 233–251.

43 Vgl. Gudrun Ehlert et al., *Verunsicherungen und Herausforderungen. Strategien im Umgang mit Rechtsextremismus und Antifeminismus in Hochschule und Profession*, in: *Sozial Extra* 2/2020, S. 102–106.

44 Vgl. Nils Schuhmacher/Gillian Zimmermann, *„Großversuch“ im Schatten der Gewalt. Erfahrungen im „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ sowie in weiteren Ansätzen der Arbeit mit rechts(extrem) orientierten Jugendlichen in Sachsen bis Ende der 1990er Jahre*, November 2021, www.mja-sachsen.de/wp-content/uploads/2021/12/Schuhmacher-Zimmermann-2021-Grossversuch-im-Schatten-der-Gewalt.pdf.

Der APuZ-Podcast

Monatlich eine neue Folge
zu einem spannenden Thema



Im Podcast „Aus Politik und Zeitgeschichte“ nehmen wir Sie mit zu unseren Expertinnen und Experten. Wir sind uns sicher, dass Sie und wir nach einer halben Stunde schlauer sind als vorher.

Neue Folgen gibt es einmal im Monat auf bpb.de/apuz-podcast und überall, wo Sie Podcasts hören.

Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 25. November 2022

REDAKTION

Anne-Sophie Friedel (verantwortlich für diese Ausgabe)
Jacob Hirsch (Volontär)
Sascha Kneip
Lea Merschformann (Praktikantin)
Johannes Piepenbrink
Anne Seibring
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
www.bpb.de/apuz-podcast
twitter.com/APuZ_bpb

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG,
Mörfelden-Walldorf

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
Das **Parlament** ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
fazit-com@cover-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 4.0 International.



APuZ

Nächste Ausgabe
51-52/2022,
19. Dezember 2022

BAUEN UND WOHNEN



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz